

Substanzielles Protokoll 149. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. Juni 2021, 17.00 Uhr bis 22.01 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiowow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Christine Seidler (SP), Vera Ziswiler (SP), Dominique Zygmunt (FDP), 2 Sitze vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2021/213 | Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022 | |
| 3. | 2021/203 | * Weisung vom 19.05.2021:
Postulat der FDP-Fraktion betreffend Bericht über einen möglichen Betrieb von städtischen Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb und der notwendigen Tankstelleninfrastruktur, Bericht und Abschreibung | FV |
| 4. | 2021/204 | * Weisung vom 19.05.2021:
Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2020 durch den Gemeinderat | FV |
| 5. | 2021/188 | * Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:
Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes | STP
E |
| 6. | 2021/191 | * Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021:
Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution | VS
E |

7.	2021/207	* A	Postulat von Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 19.05.2021: Verzicht auf den temporären Mehrzweckstreifen und den Abbau der Fussgängerstreifen auf der Nordbrücke und Wiedereinführung von Tempo 50	VTE
8.	2021/209	*	Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.05.2021: Aufhebung der Warteliste der Stiftung Alterswohnungen, Angaben zum bisherigen Vermietungssystem, zur Warteliste, zu den «Personen in Wohnnotlagen», zum Umgang mit Wohnungssuchenden auf der Warteliste und zur Bedarfsplanung der Stiftung sowie zur Fachstelle «Wohnen im Alter»	VGU
9.	2021/41		Weisung vom 03.02.2021: Tiefbauamt, Neubau Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, Ausgabenbewilligung	VTE
10.	2020/584		Weisung vom 16.12.2020: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Leimbach, Quartier Leimbach, Ersatzneubau, Projektierungskredit	VHB VSS
11.	2021/190	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 21.04.2021: Einrichtung von zwei Allwetterplätzen bei der Schule Leimbach	VHB
12.	2021/208	A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 19.05.2021: Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies, Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und kinderfreundliche Gestaltung	VSI
13.	2020/520		Weisung vom 19.11.2020: Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht	VIB
14.	2021/140	E/A	Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021: Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können	VIB
15.	2020/534		Weisung vom 02.12.2020: Postulat von Marcel Bührig, Markus Kunz und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung	VGU
16.	2019/335	E/A	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019: Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen	VGU

- | | | | | |
|-----|-------------------------|-----|---|-----|
| 17. | 2020/22 | E/A | Postulat von Nadia Huberson (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 22.01.2020:
Beitritt zum Netzwerk «C40 Cities» für einen aktiven Wissenstransfer und Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen | VGU |
| 18. | 2020/81 | A/P | Motion von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden vom 04.03.2020:
Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz | VGU |
| 19. | 2020/83 | A/P | Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Ezgi Akyol (AL) vom 04.03.2020:
Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

3993. 2021/229 Ratsmitglied Emanuel Eugster (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Emanuel Eugster (SVP 7+8) auf den 27. Mai 2021 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

3994. 2021/224 Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021: Verzicht auf eine Zulassung von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung

Stephan Iten (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Der Stadtrat beschloss, dass Ausländer die Polizeischule absolvieren können und verweist im Beschluss auf eine Motion, die er umsetze. Diese Motion wurde in unserem Gemeinderat aber noch nicht behandelt. Gleichzeitig prescht er vor, im Wissen, dass im Kantonsrat zu genau diesem Thema eine parlamentarische Initiative hängig ist. Mit der Dringlicherklärung gehen wir den politisch richtigen Weg.

Der Rat wird über den Antrag am 9. Juni 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

3995. 2021/220

Motion von Reto Brüesch (SVP), Sabine Koch (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 26.05.2021:

Zonenplanänderung für den Ersatz der wegfallenden potenziellen Wohnfläche in der angrenzenden Zone zur Parzelle AF 45050 im Rahmen der Zonenplanänderung «Im Isengrind»

Reto Brüesch (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Guter Schulraum ist wichtig. Bei diesem Anliegen besteht aber leider ein kleiner Nachteil. Mit dem Schulhaus, das wir an dieser Stelle bauen, vernichten wir Wohnzonen – insgesamt 5800 Quadratmeter, auf denen etwa 80 Wohnungen gebaut werden könnten, werden in öffentliche Zonen umgezont. Unsere Motion verlangt, dass die umliegenden W4-Zonen diesen Verlust kompensieren. Bereits jetzt stehen vier Hochhäuser in diesen umliegenden W4-Zonen. Mit dem Ersatz des Schulhauses werden es viel mehr Kinder, die – wie alle Kinder – in der Nähe ihres Schulhauses wohnen möchten, so dass sie möglichst wenig Strassen überqueren oder – wie in einem anderen Fall – eine Holzpasserelle nutzen müssen.

Der Rat wird über den Antrag am 9. Juni 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3996. 2021/234

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 02.06.2021:
Velodemonstration Critical Mass**

Namens der SVP-Fraktion verliest Derek Richter (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Egoismus und vorsätzliche Gefährdung von Leib und Leben

Am Freitagabend, dem 28. Mai 2021, fand erneut eine Velodemonstration in der Stadt Zürich mit gegen 1'000 Personen statt.

Obschon die Stadtpolizei über die geplante und illegale Demonstration informiert war, trat gemäss eigenen Angaben lediglich ein Dialogteam der Stadtpolizei mit den Demonstranten in Kontakt und die Durchführung wurde toleriert. Dies, obwohl keine Bewilligung dafür vorlag und gemäss Verfügung des Bundesamtes für Gesundheit Ansammlungen von mehr als 300 Personen zurzeit strikt untersagt sind.

Privatpersonen und Gewerbetreibende müssen strengste Auflagen des BAG einhalten und können ihre Freizeit lediglich reduziert gestalten und vor allem die Arbeit nur unter starken Einschränkungen und Vorschriften ausführen. Während die Nichteinhaltung der Vorgaben Bussen oder sogar Gefängnisstrafen nach sich ziehen können, lässt die Sicherheitsvorsteherin Stadträtin Karin Rykart eine solche Grossveranstaltung grosszügig gewähren. Dies ist eine Ohrfeige für all jene, welche die BAG-Vorschriften des Bundes nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen und dadurch einen hohen Aufwand hinnehmen müssen und dabei zum Teil drastische Umsatzverluste erleiden. Die Verantwortlichen lamentieren, dass ein Eingreifen bei diesen Menschenmengen nicht verhältnismässig sei. Bereits Tage zuvor wurden in den sozialen Medien Aufrufe zu dieser Demonstration gemacht. Diese illegale Veranstaltung war demnach angekündigt. Sie wäre im Vorfeld mit der konsequenten Haltung «Wir tolerieren keine illegalen Demonstrationen, welche die Gesundheit und die Sicherheit unserer Bevölkerung gefährden!» zu verhindern gewesen.

Die Stadt Zürich ist zu einem gesetzlosen Affentheater für Wohlstandsverwahrloste verkommen. Illegale Demonstrationen können hier ohne irgendwelche Konsequenzen jederzeit stattfinden. Recht und Ordnung werden nicht mehr durchgesetzt und die Verslumung schreitet mit Siebenmeilenstiefeln voran. In der Stadt Zürich geniesst eine gewisse Klientel mittlerweile faktisch Narrenfreiheit.

Im Umfeld der Demonstration kam es einmal mehr zu einem künstlich produzierten Verkehrskollaps. Dies betraf den MIV, den ÖV und sogar die Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung. Die Behinderung des öffentlichen Verkehrs ist ein Straftatbestand und gehört ohne Wenn und Aber geahndet! Über Stunden standen

Verkehrsteilnehmer im Stau, Passagiere der VBZ waren in den Fahrzeugen eingeschlossen und Einsatzfahrzeuge wurden trotz eingeschaltetem Blaulicht und Martinshorn vorsätzlich an der Weiterfahrt gehindert. Hier wurde bewusst Schaden an Infrastruktur und – noch viel schlimmer – die Bedrohung von Leib und Leben in Kauf genommen!

Die SVP zeigt sich schockiert ab solch einem egoistischen und verantwortungslosen Verhalten und verurteilt diese Vorkommnisse in schärfster Form.

Durch diese illegale Demonstration wurden erneut nur Verlierer geschaffen. Das Corps der Stadtpolizei Zürich, welches sich unnötigen Gefahren aussetzen musste, die Gewerbetreibenden, die VBZ-Kunden, die Handwerker, die Logistiker und viele mehr mussten diese Nötigung hinnehmen. Und dies alles aus purem Egoismus und dem Interesse von ein paar wenigen.

Stadträtin Karin Rykart, welche sich zu fein war, dies persönlich zu kommentieren, trägt auch hier die volle Verantwortung und muss für sämtliche Konsequenzen zur Rechenschaft gezogen werden. Die SVP akzeptiert nicht, dass die geltende Rechtsordnung durch den Stadtrat einmal mehr ignoriert und mit Füßen getreten wird. Wir erinnern daran, dass die SVP am 6. Juni 2020 eine aufsichtsrechtliche Beschwerde beim Stadthalteramt des Bezirks Zürich eingereicht hat. Die Verantwortlichen haben wiederholt und eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht gewillt sind, die geltende Rechtsordnung zu respektieren beziehungsweise durchzusetzen. Sie nehmen damit billigend in Kauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung und sogar Menschenleben vorsätzlich und aus niedrigen Beweggründen aufs Spiel gesetzt werden.

Die SVP der Stadt Zürich verlangt, dass sich der Stadtrat ab sofort an die geltende Rechtsordnung und Auflagen hält, diese entsprechend umsetzt und keine Ausnahmen im Sinne ihrer Klientel duldet!

Persönliche Erklärungen:

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Velodemonstration Critical Mass und zur Fraktionserklärung der SVP-Fraktion.

Ernst Danner (EVP) hält eine persönliche Erklärung zu den vorhergehenden Wortmeldungen und zur Velodemonstration Critical Mass.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum CO₂-Gesetz.

Martina Zürcher (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Velodemonstration Critical Mass.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur nicht erteilten Bewilligung der Stadt für die Ausstellung Phänomene in der Allmend.

Urs Riklin (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Velodemonstration Critical Mass sowie zur Infrastruktur für Velofahrende .

Susanne Brunner (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Velodemonstration Critical Mass und zu den vorhergehenden Wortmeldungen.

Johann Widmer (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Velodemonstration Critical Mass und den vorhergehenden Wortmeldungen

G e s c h ä f t e

3997. 2021/213

Eintritt von Roland Hurschler (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 13. Januar 2021 anstelle von Marcel Bührig (Grüne 10) mit Wirkung ab 1. Juni 2021 für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 als gewählt erklärt:

Roland Hurschler (Grüne 10), Geschäftsleiter, geboren am 15. Oktober 1971, von Engelberg/OW, Lettenstrasse 26, 8037 Zürich

3998. 2021/203

Weisung vom 19.05.2021:

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Bericht über einen möglichen Betrieb von städtischen Fahrzeugen mit Wasserstoffantrieb und der notwendigen Tankstelleninfrastruktur, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021

3999. 2021/204

Weisung vom 19.05.2021:

Finanzdepartement, Kongresshaus-Stiftung Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2020 durch den Gemeinderat

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021

4000. 2021/188

Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:

Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4001. 2021/191

**Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021:
Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in
Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4002. 2021/207

**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 19.05.2021:
Verzicht auf den temporären Mehrzweckstreifen und den Abbau der Fussgänger-
streifen auf der Nordbrücke und Wiedereinführung von Tempo 50**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Johann Widmer (SVP) vom 26. Mai 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3949/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 51 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 62 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4003. 2021/209

**Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.05.2021:
Aufhebung der Warteliste der Stiftung Alterswohnungen, Angaben zum bisheri-
gen Vermietungssystem, zur Warteliste, zu den «Personen in Wohnnotlagen»,
zum Umgang mit Wohnungssuchenden auf der Warteliste und zur Bedarfspla-
nung der Stiftung sowie zur Fachstelle «Wohnen im Alter»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 26. Mai 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3950/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 116 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 62 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4004. 2021/41

Weisung vom 03.02.2021:

Tiefbauamt, Neubau Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, Ausgabenbewilligung

Antrag des Stadtrats

Die für den Neubau der Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über die SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, bereits bewilligten Ausgaben von Fr. 1 410 000.– werden wie folgt erhöht:

- a) für die Durchführung eines Studienauftrags und die Ausarbeitung eines Vor- und Bauprojekts um Fr. 4 620 000.– auf neu Fr. 6 030 000.– (Preisbasis: 1. April 2020); sowie
- b) für die Vorbereitung der Baumeistersubmission um weitere Fr. 370 000.– auf neu insgesamt Fr. 6 400 000.– (Preisbasis: 1. April 2020).

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Markus Knauss (Grüne): Weil der Titel so sperrig ist, erlaube ich mir, im Folgenden vom Viaduktsteg zu sprechen, auch wenn dies nicht der offizielle Name ist. Zwischen dem ehemaligen Areal des Güterbahnhofs im Kreis 4 und dem stillgelegten Lettenviadukt im Kreis 5 soll eine attraktive Fuss- und Velowegverbindung über die Gleise der SBB geschaffen werden. Dafür braucht es eine neue, rund 500 Meter lange Brücke. Die planerischen Grundlagen für dieses Bauwerk sind: ein Eintrag im kommunalen Richtplan für einen geplanten Fussweg mit erhöhter Aufenthaltsqualität; und ein Eintrag im regionalen Richtplan für einen geplanten Radweg. Den regionalen Richtplan berieten wir im Jahr 2016 und er wurde vom Regierungsrat ein Jahr später festgesetzt. Diese Weisung hat zwei Vorläufer: die damalige Tiefbauvorsteherin Ruth Genner gab im Jahr 2009 einen ersten Auftrag für die Ausarbeitung eines Vorlageprojekts im Umfang von 680 000 Franken. Acht Jahre später bewilligte der damalige Tiefbauvorsteher STR Filippo Leutenegger eine Vorinvestition im Umfang von 730 000 Franken für diesen Steg – dies im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für das Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ). Der andere Vorläufer ist eine Uraltmotion, in der zwei ehemalige Gemeinderäte einen Veloweg über die Hardbrücke verlangten. Die Verkehrskommission plante dann im Auftrag des Gemeinderats selbst den Veloweg über die Hardbrücke. Meiner Meinung nach wurde ein taugliches Projekt entwickelt, die kantonale Volkswirtschaftsdirektion befand aber, man rede nicht mit dem Gemeinderat. Es ist aber bemerkenswert, dass sie sagte, man wolle zwar nichts mit der Hardbrücke zu tun haben, aber sie finanziere den Viaduktsteg – obwohl sie damals nicht dazu verpflichtet gewesen wäre. Der Gemeinderat sistierte daraufhin die Weisung zum Veloweg auf der Hardbrücke bis zur Vorlage eines Vorprojekts für den Viaduktsteg. Das ist nun doch eine Weile her. Der damalige Stadtingenieur Krähenbühl sagte im Jahr 2016, dass dies innerhalb zweier Jahre umsetzbar sein sollte. Heute haben wir eine Weisung, die dieses Projekt endlich konkretisiert. Der Stadtrat schlägt in dieser Weisung ein zweistufiges Vorgehen vor, das in einem Kreditbetrag enthalten ist. Zum einen wird eine Studie in Auftrag gegeben, da man sich mit diesem Projekt an einem sensiblen Ort dieser Stadt befindet. Städtebaulich ist der Ort exponiert, es gibt wenig Platz und eine Brücke über die SBB-Gleise sowie die Zusammenarbeit mit der SBB sind komplex. Nach diesem Studienauftrag will man – immer noch im Rahmen und mit dem Geld dieser Weisung – ein Vor-Bauprojekt ausarbeiten und anschliessend das Bewilligungsprojekt erarbeiten. Danach folgt der eigentliche Objektkredit. Der Stadtrat legt uns einen Kreditantrag vor, bei dem die bereits vom Stadtrat bewilligten 1,4 Millionen Franken um 4,6 Millionen Franken erhöht werden sollten. Dazu kommen weitere 370 000 Franken – das hätte man eigentlich nicht machen müssen,

aber man will Zeit gewinnen, damit man mit diesen 370 000 Franken bereits mit der Bau-meistersubmission beginnen kann. Ich komme zur Mehrheit der Kommission, für die diese Brücke von enormer Bedeutung ist. Wir haben einerseits die Fusswegverbindung für die Fortführung des bereits heute sehr attraktiven Fusswegs des Lettenviadukts vom Kreis 5 in den Kreis 4. Was für eine Bedeutung solche Brücken haben können, konnten Sie beim Negrellisteg sehen. Die Medien überboten sich geradezu mit euphorisierender Berichterstattung über diese neue Fussgängerbrücke. Für den Veloverkehr ist dieser Steg aber wahrscheinlich noch wichtiger, denn wir alle wissen, dass die Gleisanlagen in der Stadt Zürich für den Veloverkehr ein grosses Hindernis darstellen. Wir werden hoffentlich bald einen Stadttunnel für die Stadt ausbauen können. 700 Meter neben dem Hauptbahnhof liegt die Langstrassenunterführung, die extrem überlastet ist. Die Hardbrücke – die weiter aussen liegt – ist für Velofahrende ein Totalausfall. Darum ist es sinnvoll, anderthalb Kilometer vom Bahnhof entfernt eine neue Verbindung zu schaffen. Diese neue Brücke hat das Potenzial, die wohl wichtigste Veloverbindung der Stadt Zürich zu werden, ist sie doch der wichtigste Teil einer Tangente, die westlich der Innenstadt hindurchführt und die Kreise 3; 9 und 4 auf der einen und die Kreise 5; 6 und den Zürichberg auf der anderen Seite verbindet. Diese Brücke verspricht, ein Leuchtturmprojekt für die Stadt Zürich zu werden. Die Mehrheit unterstützt darum diese Weisung. Damit ich nicht nochmals sprechen muss, präsentiere ich nun auch die Position der Grünen und ziehe dafür eine grüne Brille an, damit das für Sie auch optisch unterscheidbar ist. Es ist ein Freudentag für die Grünen, aber diese Weisung zeigt ganz klar, warum wir in der Veloförderung noch nicht weiter sind und warum sich Velofahrende in der Stadt Zürich nicht ernstgenommen fühlen. 2009 gab man den ersten Planungsauftrag. In der Weisung wird ausgeführt, dass die Realisierung der Brücke geschlagene 20 Jahre später, im Jahr 2029, gemacht werden soll. Es ist klar, dass die nächsten 8 Jahre nicht abgekürzt werden können, da es sich um ein komplexes Projekt handelt. Die grosse Frage für mich ist: Warum mussten wir zwölf Jahre warten, um dahin zu kommen, wo wir heute stehen? Es gab keine Interessenabwägung zwischen Auto- und Velofahrenden, es müssen keine Bäume gefällt werden und auch der Kanton stand dem Projekt immer wohlwollend gegenüber. Wir Grünen unterstützen diese Weisung mit viel Freude, aber wir können nur den Kopf darüber schütteln, wie die Veloplanung in den letzten Jahren in der Stadt Zürich betrieben wurde.

Kommissionsminderheit:

Derek Richter (SVP): Markus Knauss (Grüne), deine Brille sollte nicht nur grün sein, sondern auch mit rosaroten Gläsern versehen werden. Weil nur durch solche, ist es möglich, die Kosten, die diese Brücke verursacht, entgegennehmen zu können. Ich teile die Auffassung von Markus Knauss (Grüne), dass wir bei der Hardbrücke über ein taugliches Projekt verfügten, mit dem man den Velo- und den Fussgängerverkehr hätte separieren können. Dieses Projekt ist auf der Linie der SVP. Nun will man mit der grossen Kelle anrichten mit einem Kreditantrag von zusammengerechnet rund elf Millionen Franken – und dies, obwohl noch kein einziger Stein verlegt wurde. Man darf sich fragen, was die Brücke wohl schlussendlich kosten wird. Die einzige Befriedigung in dieser Hinsicht ist, dass der Souverän über dieses Projekt entscheiden wird. Die Strecke soll vom PJZ bis zur Badmintonhalle führen – quer über die ganze Gleisanlage der SBB. Es stimmt, dass die SBB die Stadt zerschneidet. Mittlerweile haben wir den Negrellisteg, eventuell bald den Velotunnel und seit dem letzten Wochenende in der Langstrassenunterführung oben und unten Velowege. Da kann man wirklich nicht mehr von einem Flaschenhals sprechen. Die neue Brücke soll für den Fussgänger- und den Veloverkehr taugen. Der MIV und der ÖV bleiben aussen vor und haben ausser den hohen Kosten nichts davon. Das ist der Hauptablehnungsgrund der SVP: Wir sind in der heutigen Zeit nicht bereit, solche Kosten zu tragen. Diese exorbitante Summe entspricht einer absoluten Dekas-

denz. Wenn die Grünen diese Brücke selbst bezahlen würden, könnte man sie gerne errichten, aber unter diesen Umständen sagen wir Nein. Die SVP wird die Dispositivpunkte A und B ablehnen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Die Meinungen sind offenbar gemacht. Es ist ein toller Moment: Nachdem erst kürzlich das Projekt Velotunnel vorgestellt werden konnte – über das bald abgestimmt wird – ist nun auch die Langstrassenunterführung in der Mitte für Velos befahrbar. Das geschah auf Kosten einer Busspur. Zuerst haben wir aus einem Autobahntunnel einen Velotunnel gemacht, dann aus einer Busspur zwei Velospuren und nun machen wir aus einer Eisenbahnbrücke eine Veloquerung über die Gleise der Stadt Zürich. Man muss dieses Bedürfnis anerkennen, aus dem auch die erwähnte Velodemonstration entstand, die fordert, dass mehr und schneller gearbeitet wird. Man muss aber auch erkennen, dass diese Stadt einiges für das Velo unternimmt – dieses Projekt ist ein Teil davon. Ich bin froh, dass man dies möglichst erfolgreich über die Runden bringt. Noch ein kleiner Nebensatz an die SVP: Betrachtet man die vergangenen 100 Jahre, wurde sehr, sehr, sehr viel mehr für den Autoverkehr investiert, als dies in den vergangenen fünf oder zehn und in den kommenden fünf oder zehn Jahren für den Veloverkehr geschieht. Es gibt keinerlei Grund auf der rechten Seite zu klagen, dass nun auch ein paar Franken fürs Velo ausgegeben werden.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Markus Knauss (Grüne), Referent; Präsident Pascal Lamprecht (SP), Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Res Marti (Grüne), Severin Meier (SP), Markus Merki (GLP), Willi Wottreng (AL) i. V. von Olivia Romanelli (AL), Dominique Zygmunt (FDP)
Minderheit:	Derek Richter (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die für den Neubau der Fuss- und Veloverbindung von Kreis 4 und 5 über die SBB-Gleise, Abschnitt Kohlendreieck bis Lettenviadukt, bereits bewilligten Ausgaben von Fr. 1 410 000.– werden wie folgt erhöht:

- a) für die Durchführung eines Studienauftrags und die Ausarbeitung eines Vor- und Bauprojekts um Fr. 4 620 000.– auf neu Fr. 6 030 000.– (Preisbasis: 1. April 2020); sowie
- b) für die Vorbereitung der Baumeistersubmission um weitere Fr. 370 000.– auf neu insgesamt Fr. 6 400 000.– (Preisbasis: 1. April 2020).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2021)

4005. 2020/584

Weisung vom 16.12.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Leimbach, Quartier Leimbach, Ersatzneubau, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Leimbach, Wegackerstrasse 40, 8041 Zürich, wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit STRB Nr. 1202/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 6 400 000.– auf Fr. 7 000 000.– erhöht.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/584, 2021/190 und 2021/208.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Stefan Urech (SVP): Vor 120 Jahren wurde das Schulhaus Leimbach als Landschulhaus erstellt. An der Fassade dieses kleinen Schulhauses erinnert heute noch ein Wandbild an eine andere Zeit. Es zeigt das Stadtzürcher Wappen neben dem Leimbacher Wappen, umgeben von fast idyllischen Szenen mit Schulkindern, die zwischen Bäumen, Sträuchern und Wiesen mit einem Schulbuch in der Hand sitzen. Umgeben sind diese Schülerinnen und Schüler von Rehen, Füchsen und einem plätschernden Bach. Auch wenn Leimbach noch ein wenig dieses dörflichen Charakters beibehalten konnte, sind diese Zeiten sicherlich vorbei. Obwohl das Schulhaus 1942 komplett erneuert und 2009 mit einem zweigeschossigen Zürimodularpavillon erweitert wurde, wird seine Kapazität von 13 Primarschulklassen dem starken Wachstum, das auch in Leimbach stattfindet, nicht mehr gerecht. Zudem ist das Schulhaus in einem schlechten baulichen Zustand und das Gebäude steht nicht unter Denkmalschutz. So soll dieses kleine, alte Schulhaus inklusive Sporthalle und Pavillons einem Neubau weichen. Zudem soll auch ein Wohnhaus, welches 1922 erstellt wurde, weichen. Dieses gehört der Stadt Zürich und die Mieter sind informiert, dass sie bald gehen müssen. Im Bauperimeter des Schulhauses befindet sich zudem ein 1974 im Landstil errichteter Kindergarten. Vor kurzem hat man das Schulhaus Triemli C zum Tode verurteilt, das ebenfalls im Landstil gebaut war. Dieser Kindergarten ist noch nicht zum Abschluss freigegeben, sondern befindet sich schlicht auf dem Bauperimeter. Die Stadt wünscht sich, dass der Kindergarten in den Neubau integriert werden könnte – das muss nicht sein, ich persönlich wünsche es mir aber. Ebenfalls verläuft die Wegackerstrasse mitten durch den Bauperimeter. Diese soll gemäss der Weisung zu einer Begegnungszone abklassiert werden. Der Schulkreis Uto soll mittelfristig um 650 Kinder wachsen. Dieses Wachstum wird nicht allein durch den Neubau der Schulanlage Leimbach aufgefangen, denn diese ist nur ein Puzzlestein unter vielen. Einigen dieser Puzzlesteinen haben Sie hier drin bereits zugestimmt wie etwa der Schulanlage Allmend und der Schulanlage Höckler. Dieser Neubau steht, wie so viele neue Schulhäuser, im Zeichen des Clusters. Cluster sind drei Klassenzimmer und ein oder zwei zusammengebaute Gruppenräume, die gemeinsam genutzt werden können. Der Neubau soll auch als Tagesschule genutzt werden können. Die dementsprechenden Einrichtungen sind vorhanden. Fünf Räume sind der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) zugeteilt. Es soll eine Doppelsporthalle mit Zuschauerinfrastruktur sowie ein Gymnastik- und Kraftraum erstellt werden. Ich wusste gar nicht, dass Primarschüler bereits Krafttraining betreiben. Die Pestalozzibibliothek, die aktuell im Schulhaus Falletsche einquartiert ist, zügelt in diesen Neubau. Dadurch werden in der Schulanlage Falletsche Flächen frei, die Bibliothek erhält etwas mehr Platz und ersetzt die Bibliothek im heutigen Schulhaus Leimbach. Es ist eine grosszügige Beschattung vorgesehen – dabei wird der denkmalgeschützten Gartenanlage rund um das Schulhaus Rechnung getragen. Weiter

sollen zwei Allwetterplätze entstehen, vermutlich – gemäss den Diskussionen in der Kommission – auf den Dächern des Neubaus. Das dürfte anschliessend bei den Anträgen der Grünen noch zu reden geben. Die Kaltluftströme wurden ebenfalls beachtet. Wir stellten verschiedene Fragen und sind einstimmig zum Schluss gekommen, Sie zu bitten, dem Projektierungskredit von 7 Millionen Franken – das Schulhaus wird also etwa 70 Millionen Franken kosten – zuzustimmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2021/190 (vergleiche Beschluss-Nr. 3894/2021): Wir Grüne stehen dem beschriebenen Ersatzneubau der Schule Leimbach sehr positiv gegenüber. Es ist eine Planung mit Weitblick. Wenn Sie jetzt noch unseren beiden Begleitpostulaten zustimmen, sind wir Grüne rundum glücklich. Nach dem Bezug der Ersatzneubauten werden auf dem Schulareal Leimbach 20 Klassen geführt: 2 Kindergärten und 18 Primarklassen. Die 400 Schülerinnen und Schüler wollen draussen spielen und Sport treiben – zum Beispiel in der Mittagspause, aber auch im Sportunterricht. Am beliebtesten für Spiel und Sport sind Allwetterplätze mit Körben für das Basketball- und Toren für das Fuss- und Handballspiel. Nach den Richtlinien des Kantons Zürich sind für eine so grosse Schule zwei Allwetterplätze von je 1040 Quadratmetern Fläche notwendig. Gemäss der Weisung und der Auskunft an der Sitzung der zuständigen Spezialkommission vom 26. Januar 2021 sind auf der Schulanlage Leimbach zwei neue Allwetterplätze vorgesehen mit je 390 Quadratmetern Fläche. Stellen Sie sich diese Mini-Allwetterplätze vor: 22 Meter lang, 18 Meter breit. Diese Allwetterplätzchen sind nicht einmal halb so gross, wie es der Kanton empfiehlt. Einer davon soll erst noch auf dem Dach des Schulhauses errichtet werden. Auf den Zürcher Schulanlagen sollen genügend grosse Allwetterplätze den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen – für Spiel und Sport. Bewegung ist für die gesunde Entwicklung der Kinder enorm wichtig – sowohl was ihre körperliche Fitness betrifft als auch für die psychische Stabilität. Regelmässige Bewegung fördert sogar die kognitiven Fähigkeiten. Dies belegen diverse wissenschaftliche Untersuchungen. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, den Kindern Bewegungsräume zur Verfügung zu stellen und dies in der Nähe des Lebensraums der Kinder – etwa bei Schulanlagen. Allwetterplätze sind bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt und dienen nicht nur den Schülerinnen und Schülern, sondern der ganzen Quartierbevölkerung. Am Wochenende begegnen sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene beim Spielen und Sporttreiben. Es ist eindrücklich, wie in der Stadt Zürich die Allwetterplätze an sieben Tagen die Woche rege genutzt werden. Darum haben wir Grüne dieses Postulat eingereicht: für zwei möglichst grosse Allwetterplätze bei der Schulanlage Leimbach. Weil auf der Schulanlage selbst der Platz knapp ist, soll man auch benachbarte Grundstücke in die Standortsuche miteinbeziehen – beispielsweise das Areal der reformierten Kirche Leimbach, das jetzt der reformierten Kirchgemeinde Zürich gehört. In diesem kirchlichen Zentrum unmittelbar neben dem Schulareal finden bereits jetzt schulische Nutzungen statt: ein Hort und eine grosse Mensa sind dort eingerichtet. Oberhalb dieses Gebäudes besteht ein ziemlich grosser, wenig genutzter Platz mit einer direkten Wegverbindung zum Schulareal. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, um die Forderung dieses Postulats zu erfüllen.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Mai 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Ich hätte nicht gedacht, dass ich dies als Oppositionspolitik einmal sagen werde: Manchmal tut mir die Verwaltung wirklich leid. Seit Jahren predigen uns die Grünen, dass mit jedem neu versiegelten Quadratmeter der Weltuntergang um ein paar Tage näher rückt. Mit jedem Quadratmeter an Pausenplatzfläche, den man den Schülern wegnimmt, wird deren physisches und psychisches Wohl beeinträchtigt. Diese Message wird von den Grünen und auch immer wieder von der SP gepusht. Die Verwaltung hat sich dies offensichtlich zu Herzen genommen und sich gefragt, wie man möglichst wenig Boden versiegeln könnte. Ihre Lösung: Der Allwetterplatz kommt auf das Dach. Das ist die neue Strategie, die zum ersten Mal in der Schulanlage

Höckler zur Anwendung kommt, und nun soll es wieder geschehen. Das ergibt durchaus Sinn und entspricht allen Ihren Forderungen. Plötzlich ist dies aber auch nicht gut genug und der Platz auf dem Dach vermutlich zu klein. Der kleine Kirchenplatz hin oder her: Es ist ein Fakt, dass mit dem im Postulat geforderten, grösseren Allwetterplatz auf dem Boden mehr Fläche versiegelt wird. Ich erinnere daran, wie Dr. Balz Bürgisser (Grüne) jedes Insekt aufzählte, das in der Stadt Zürich durch Versiegelung verschwindet. Genau das fordern Sie jetzt. Noch ein Satz zur Zugänglichkeit durch die Öffentlichkeit: Diese Frage wurde beim Allwetterplatz auf dem Dach gestellt. Die Antwort durch die Verwaltung war, dass dies mittels einer Treppe über den Aussenraum, einer im Innenraum und über einen Lift sichergestellt werde. Es stimmt nicht, dass dieser Platz nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein soll. Wir bitten Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2021/208 (vergleiche Beschluss-Nr. 3928/2021): Ein Auto fährt auf der Wegackerstrasse – oberhalb der Strasse liegt das Schulhaus Leimbach, unterhalb das Schulhaus Bruderwies. Das Auto fährt mit den erlaubten 30 Kilometern pro Stunde. Die Schule ist aus, ein Kind kommt in Gedanken versunken aus dem Schulhaus und läuft entlang der Wegackerstrasse und 10 Meter vor dem Auto läuft es plötzlich vor dem Auto auf die Strasse. Was passiert? Der Reaktionsweg bei Tempo 30 beträgt durchschnittlich 8,3 Meter, der Bremsweg bei trockener Strasse 6,75 Meter. Der Anhalteweg des Autos beträgt also rund 15 Meter bei trockener Strasse. Ist die Fahrbahn nass, ist der Anhalteweg länger. Bei meinem Beispiel kann das Auto also nicht mehr rechtzeitig anhalten und es kommt zum Zusammenstoss zwischen dem Auto mit einer Masse von gut 1000 Kilogramm und dem Kind. Das Kind wird verletzt, vielleicht so schwer, dass es Auswirkungen auf sein ganzes Leben haben wird. Von so einem Unfall ist nicht nur das Kind betroffen, sondern es ist ein Schock für alle Beteiligten, die Kameraden und natürlich die Eltern. Wir stehen in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um solche Unfälle zu vermeiden. In der Stadt Zürich gibt es jährlich gut 50 Verkehrsunfälle mit Kindern. Die Zahl blieb in den vergangenen 15 Jahren ungefähr konstant, trotz steigender Anzahl Kindern. Das ist ein gewisser Erfolg der Verkehrserziehung, die die Eltern tagtäglich praktizieren und vom regelmässig durchgeführten Verkehrsunterricht der Stadtpolizei. Wir sollten damit aber nicht zufrieden sein. Jeder Verkehrsunfall mit einem Kind ist einer zu viel. Darum sollte die Sicherheit der Kinder – insbesondere in der Umgebung eines Schulhauses – höchste Priorität haben. Zurück zur konkreten Situation in Leimbach. Der grosse Ersatzneubau des Schulhauses ist vorgesehen. Deutlich mehr Kinder werden in Zukunft also dort zur Schule gehen. Das sollte der Anlass sein, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Das gesamte Areal der Schule Leimbach umfasst ein Grundstück oberhalb und eines unterhalb der Wegackerstrasse. Auf dem einen steht das Schulhaus Leimbach und auf dem anderen das Schulhaus Bruderwies. Die Wegackerstrasse quert also das Schulareal entlang der beiden Grundstücke. Indem man diese Strasse auf dem kurzen Abschnitt bis zum Bruderwies vom motorisierten Individualverkehr befreit, erhöht man die Sicherheit der Kinder. Die Schule kann den Strassenraum damit für die Kinder sinnvoll gestalten. Durch diese Massnahme wird die Zufahrt mit dem Auto für die Anwohnenden nicht tangiert. Auch die Erschliessung des Areals der reformierten Kirchgemeinde Zürich bleibt via Leimbach- und Wegackerstrasse gewährleistet. Was wir Grüne mit unserem Postulat fordern ist also sehr sinnvoll und sollte zum Wohl der Kinder möglichst bald umgesetzt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Bei der Wegackerstrasse handelt es sich heute um eine verkehrsberuhigte Quartierstrasse mit Tempo 30, wie wir es vorher gehört haben. Bei der Planung des Ersatzneubaus des Schulhauses Leimbach liegt der Fokus nicht nur auf dem Privatgrund, sondern auch auf der Erschliessung. Im Projektwettbewerb wurden die Anforderungen an den Ersatzneubau zusammengefasst. Dabei ist die Arealerschliessung durch

den motorisierten Individualverkehr sorgfältig zu planen und darf keine gefährlichen Schnittstellen mit dem Schulbetrieb – also Schulkinder und Schulweg – aufweisen. Die Wegackerstrasse ist Bestandteil dieser Betrachtung. Die Gestaltung des öffentlichen Strassenraums berücksichtigt natürlich die erhöhten Sicherheitsanforderungen für Schulkinder, die die Strasse überqueren müssen. Darum wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h, beziehungsweise eine Begegnungszone, geprüft. Eine Sperrung der Wegackerstrasse wird also als unverhältnismässig betrachtet, da die Schulhäuser und Pausenplätze auch über Privatgrund verfügen werden, auf dem die Kinder spielen können. Da die Wegackerstrasse eine Quartierstrasse ohne Durchgangsverkehr ist, ist das Verkehrsaufkommen auch sehr gering. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Huser (FDP): Zur Weisung selbst muss ich nicht mehr sprechen und es freut mich, dass diese angenommen wurde, also alle mitgemacht haben und vor allem, dass keine unnötigen Dispoänderungsanträge gestellt wurden. Ich spreche zum Postulat 2021/190. Wir von der FDP lehnen dieses Postulat ab. Bereits im Begründungstext des Postulats wurde gesagt, dass der Allwetterplatz auf dem Dach von der Bevölkerung als Spiel- und Begegnungsort genutzt werden können sollte. Die Verwaltung beantwortete den Grünen die entsprechende Frage bereits damit: «Falls ein Allwetterplatz auf dem Schulhausdach erstellt wird, soll dieser über eine Innentreppe mit Lift, als auch über eine Aussentreppe für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden». Ich weiss nicht, warum man ein Postulat machen soll, wenn es doch schon so deutlich hier steht. Abgesehen davon lässt sich noch immer ein Allwetterplatz realisieren, auch wenn eine Photovoltaikanlage über das ganze Dach installiert wird. So wie im Fall Schulhaus Allmend. Dort wird sogar das Licht zu einem grossen Teil durchgelassen, was wirklich angenehm ist.

Sarah Breitenstein (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2021/208: Dem Postulat 2021/190 werden wir zustimmen. Wir sehen auch, dass die beiden Plätze à 390 Quadratmeter sehr klein sind und finden es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler genügend Platz haben, um sich zu bewegen und zu spielen und dass auch für das Quartier Sportplätze zur Verfügung stehen. Beim Postulat 2021/208 kann ich mich dem anschliessen, was STR Karin Rykart sagte. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler hat oberste Priorität. Wir halten eine Sperrung der Strasse, auf der kein Durchgangsverkehr herrscht und auch sonst wenig Verkehr vorkommt, jedoch für wenig verhältnismässig. Nur wenige Anwohnende müssen diese Strasse für die Anfahrt nutzen. Wird auch nur dieser kleine Teil gesperrt, müssten diese einen doch beträchtlichen Umweg in Kauf nehmen, was zu Umwegverkehr im restlichen Quartier führen würde. Wir schlagen darum eine Textänderung vor, «für den MIV gesperrt» zu streichen und stattdessen «als Begegnungszone und kinderfreundlich gestaltet werden kann» zu schreiben. Mir ist bewusst, dass dieser Abschnitt in der Projektierung bereits als Begegnungszone geplant ist, aber mit der Überweisung des Postulats mit der Textänderung, kann man diesem Ansinnen nochmals Nachdruck verleihen.

Stefan Urech (SVP): Ich habe Ihnen anfangs das Wandbild geschildert, das das Quartier anno 1947 widerspiegelt. SP und Grüne setzen sich in diesem Quartier, das stark gewachsen ist und in dem viel betoniert wurde, für eine zusätzliche Versiegelung ein, statt, dass man eine sinnvolle und innovative Lösung bevorzugt und den Allwetterplatz aufs Dach verlegt. Noch ein Wort zum Postulat 2021/208: Der Textänderungsantrag der SP fordert die Begegnungszone anstelle der Sperrung der Strasse. Ich habe gehört, dass dieser von den Grünen angenommen wird. Ich möchte den Leuten Zuhause klar machen, was wir hier für ein Affentheater veranstalten. In der achtseitigen Weisung steht unter dem Titel «Wegackerstrasse»: «Die Wegackerstrasse ist gegenwärtig als Quartierstrasse klassifiziert. Es wird geprüft, ob der entsprechende Abschnitt der Wegacker-

strasse als Begegnungszone ausgebildet werden kann.» Nun diskutieren wir über ein Postulat, das den Stadtrat «auffordert, zu prüfen», ob dieser Abschnitt «als Begegnungszone ausgebildet werden kann». Merken Sie etwas? Das ist ein Leerlauf. Was treibt Sie an, so etwas zu machen? Genau das, was Sie den Stadtrat auffordern, zu tun, macht er bereits. STR Karin Rykart hat gerade vorher live gesagt, sie werde das tun. Kann mir jemand erklären, was das soll? Auch im Hinblick auf das Ziel des Ratspräsidenten, schneller vorwärtszumachen: An der nächsten Sitzung probieren wir eine neue, pädagogische Methode aus, damit wir schneller reden und nun sprechen wir über ein solches Postulat. Es ist nicht das erste Mal, dass 1:1 das gefordert wird, was bereits in der Weisung steht.

Simone Hofer Frei (GLP): Die Schulanlage Leimbach wird eine grosse Schulanlage. Diese braucht es unbestrittenemassen wegen des grossen Wachstums des Quartiers. Ich möchte mich zu den Allwetterplätzen äussern. Als Mutter kann ich bestätigen, dass diese wirklich wichtig sind für Kinder und Jugendliche – aber nicht nur. Der Allwetterplatz in unserem Quartier wird beinahe rund um die Uhr genutzt. Es ist tatsächlich so, dass hier ein Zielkonflikt besteht zwischen dem Bewegungsbedürfnis von Kindern und Jugendlichen, dem knappen Raum und dem Erfordernis, möglichst viel naturbelassenen Raum zu erhalten. In diesem Fall entschieden wir uns für das Bedürfnis der Kinder und Jugendlichen, für einen einfach zugänglichen Allwetterplatz zu stimmen und dass der Stadtrat dies zumindest nochmals prüfen soll. Darum werden wir diesem Postulat zustimmen. Ebenfalls stimmen wir dem Postulat zur Wegackerstrasse mit der Textänderung der SP zustimmen.

Natalie Eberle (AL): Auch wir werden dieser Weisung zustimmen. Wir werden ebenfalls dem Postulat zu den Allwetterplätzen zustimmen. Dies genau aus dem Grund, dass die Plätze, so wie sie jetzt geplant sind, zu klein sind. Man darf nicht ausser Acht lassen, dass ein Allwetterplatz auf dem Dach weniger gut zugänglich ist, als wenn er ebenerdig gebaut wird – auch wenn es einen Lift nach oben hat. Aber vielleicht kommt das Hochbaudepartement (HBD) auf die Idee, dass man einen Platz auf dem Dach und zwei Plätze am Boden erstellt – also einen weiteren ausserhalb des Perimeters.

Yasmine Bourgeois (FDP): Ich spreche zum Postulat 2021/208. Die Grünen bringen bei jeder Schulhausweisung Anträge und Begleitpostulate, die die Verwaltung zumeist unnötig beschäftigen, wie es Stefan Urech (SVP) sagte. Bei diesem Vorstoss ist dies genauso. In der Präsentation des Stadtrats wird deutlich erklärt, dass man plant, eine Begegnungszone zu erstellen – zugunsten der Schulkinder. Auch STR Karin Rykart hat deutlich gemacht, warum eine Sperrung dieses Strassenabschnitts abzulehnen ist: weil die Strasse wenig befahren ist und die Sicherheit der Kinder oberste Priorität hat. Die FDP lehnt das Postulat darum im Original ab. Mit der Textänderung unterstützen wir es. Die gleiche Textänderung wollte ich eigentlich auch machen, sah dann aber, dass bereits in der Weisung steht, dass eine Begegnungszone geplant ist.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Sicherheit der Kinder ist unser oberstes Anliegen. Stefan Urech (SVP), du weisst genau, dass die Sperrung dieses Stücks der Wegackerstrasse nicht in der Weisung steht. Darum haben wir Grüne dies als Postulat eingereicht. Die Textänderung der SP ist für uns die zweitbeste Lösung, um das Sicherheitsproblem der Schule Leimbach zu bewältigen. Wir Grüne sind flexibel und stimmen der Textänderung zu. Zu den Allwetterplätzen: Wählt man den von uns vorgeschlagenen Platz beim Kirchzentrum, dann ist dieser Allwetterplatz bereits heute versiegelt. Da wird keinerlei Grünraum beansprucht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Postulat 2021/208 ist im Vergleich zur Weisung überflüssig. Es rennt brüllend offene Türen ein. Es ist aber nicht vollständig nicht-durch-

dacht. Liest man nämlich den Text, so steht, man solle den Abschnitt für den «motorisierten» Individualverkehr sperren. Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) wurde anschaulich dargestellt, wie die Gefährdung dieser Schüler stattfinden würde, wenn ein Auto mit Tempo 30 daherkommt. Aber ich glaube nicht, dass es um die Sicherheit der Schüler geht, sondern um etwas ganz anderes, denn es fehlt etwas in diesem Postulat und das ist der Veloverkehr. Auch wenn ein Velo mit Tempo 40 oder 50 – vielleicht ein eBike – dahergerast kommt, besteht eine Gefährdung. Es kann natürlich ein Tempolimit von 30 vorgeschrieben sein, aber ein Velo kann sich darüber hinwegsetzen, da keine Nummer existiert, die man kontrollieren könnte. Das Postulat richtet sich also ausschliesslich gegen den motorisierten Individualverkehr und nicht gegen die Gefährdungen, die vom Velo ausgehen. Dass diese Gefährdung nicht einfach so dahergeredet ist, kann ich Ihnen anhand von Beispielen aufzeigen. An der Stelle, an der ich mein Haus an der Irchelstrasse verlasse, wurde ich bereits viermal von einem Velo über den Haufen gefahren, das auf dem Trottoir den Hang hinunter gefahren kam. Mit diesem Postulat unternimmt man nichts gegen die Velorowdys und das Auto wird als das Böse abgestempelt. Das zeigt, wie einseitig und ideologisch das Postulat ist. Von einem Markus Knauss (Grüne) überrascht das nicht.

Stefan Urech (SVP): *Ich muss nur noch etwas der Form halber klarstellen. Bezüglich der reformierten Kirche, die schon mehrmals ins Feld geführt wurde, klingt es so, als hätten die Grünen das schon eingeplant. Das Problem ist: Die Kirche weiss noch nichts von ihrem Glück. In der Kommission wurde gefragt, ob die reformierte Kirche hier miteinbezogen wurde und ob Gespräche stattgefunden hätten. Diese Gespräche wurden bestätigt, man habe gar eine gemeinsame Entwicklung in Betracht gezogen, «dazu war die reformierte Kirche aber nicht bereit». Es ist Wunschenken, dass man diesen Platz einfach für einen Allwetterplatz beanspruchen kann. Es wurde der Eindruck erweckt, es sei mit der Kirche abgesprochen, aber das ist nicht der Fall.*

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP), Shaibal Roy (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 62 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Leimbach, Wegackerstrasse 40, 8041 Zürich, wird der vom Stadtrat am 16. Dezember 2020 mit STRB Nr. 1202/2020 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 6 400 000.– auf Fr. 7 000 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2021)

4006. 2021/190

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 21.04.2021:

Einrichtung von zwei Allwetterplätzen bei der Schule Leimbach

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/584, Beschluss-Nr. 4005/2021.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3894/2021).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Mai 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4007. 2021/208

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 19.05.2021:

Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies, Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und kinderfreundliche Gestaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/584, Beschluss-Nr. 4005/2021.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3928/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Sarah Breitenstein (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Abschnitt der Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies für den MIV gesperrt als Begegnungszone und kinderfreundlich gestaltet werden kann.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 100 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4008. 2020/520

Weisung vom 18.11.2020:

Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht

Antrag des Stadtrats

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/520 und 2021/140.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Michael Kraft (SP): Es geht um folgende zwei Beteiligungen: Einerseits ist die Stadt über das Elektrizitätswerk Zürich (ewz) mit 15 Prozent an der Kernkraftwerke Gösgen AG beteiligt und andererseits mit 20,5 Prozent an der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern, kurz AKEB. Diese AKEB hat wiederum langfristige Energiebezugsrechte aus Leibstadt und aus den französischen Anlagen Bugey und Cattenom. 2016 – das wissen Sie alle – hat die Stimmbevölkerung der Stadt den Auftrag erteilt, bis 2034 alle Beteiligungen an AKWs aufzugeben. Der Stadtrat hat den Prozess in den vergangenen Jahren aufgegleist. Unter anderem wurden durch den Gemeinderat 2,2 Millionen Franken für Beratungsdienstleistungen gesprochen. In der Weisung damals wurde auch das weitere Vorgehen definiert. Der Prozess wurde in zwei Phasen gegliedert: einerseits die Vorabklärungen und andererseits, in der zweiten Phase, der eigentliche Verkauf. Dieser soll aber nur erfolgen, wenn die Erfolgsaussichten als intakt eingestuft werden. Experten und Expertinnen beurteilten die Rechtslage als unsicher und die Transaktion als hürdenreich. AKEB, KKG, Partner, Aktionäre – viele Player spielen mit, die alle über Möglichkeiten verfügen, eine solche Transaktion zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Geht dies zu lange, kann es geschehen, dass sich ein Käufer oder eine Käuferin wieder zurückzieht. Das ewz führte bereits 2019 Sondierungen durch. Es wurden 93 Unternehmen in der Schweiz und im nahen Ausland kontaktiert. Es gibt grundsätzlich Interessenten für den Kauf der Beteiligungen, aber nicht in der Schweizer Energiewirtschaft. Der Stadtrat startete daraufhin einen globalen Verkaufsprozess. Dafür wurden Dienstleistungen eines Beratungsbüros in Anspruch genommen und – mit verschiedenen Kriterien wie etwa «keine Kinderarbeit», «wenig Korruption», «Menschenrechte», «Nachhaltigkeit» – die Interessenten wurden damit einer Reputationsanalyse unterzogen. Von ursprünglich 189 blieben in der sogenannt grünen Kategorie noch 109 übrig. Diese wurden formell angeschrieben, worauf mehrere, nicht-bindende Angebote eingingen. Diese Offerten wurden dann anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien beurteilt. Am Schluss blieben zwei Angebote europäischer Tochterfirmen global tätiger Energieunternehmen, die im Nuklearbereich aktiv sind. Bei einem ist die Anbieterin eine nicht-europäische Investmentgesellschaft aus der westlichen Hemisphäre und beim anderen ein nicht-europäisches Energieunternehmen aus der östlichen Hemisphäre. Damit war die Phase eins abgeschlossen. Der Stadtrat beurteilte die Situation zu diesem Zeitpunkt neu und stellte fest, dass für eine Weiterführung des Verkaufsprozesses mehr finanzielle Mittel benötigt werden. Dies ohne Gewähr, dass alle Risiken übertragen werden können, dass es auch zu einem Verkauf kommt und mit verschiedenen nicht-unerheblichen Transaktions- und Reputationsrisiken versehen. Es könnte gar sein, dass die AKW noch länger betrieben werden, als man möchte, wenn man die Beteiligungen verkauft. Dies schlicht aus dem Grund, weil die Interessenten das Maximum aus ihrem Einkauf herausholen möchten. Das würde der Intention der Volksabstimmung und dem städtischen Ziel widersprechen. Kurz: den Kosten und Risiken steht eine zu geringe Erfolgsaussicht gegenüber. Der Stadtrat hat darum beschlossen, den Verhandlungsprozess mit den beiden übriggeblie-

benen Interessenten nicht weiterzuführen. Der Auftrag zum Verkauf bleibt weiter bestehen. Die Situation soll deshalb regelmässig neu beurteilt werden und, wenn sich die Chancen verbessern, entsprechende Verkaufsbemühungen wieder aufgenommen werden. Die Kommission hat den Bericht und seine Erkenntnisse diskutiert, dankt für die ausführliche Darstellung des Prozesses und hält die Ausführungen für nachvollziehbar. Die Bemühungen des Departements und von ewz wurden gewürdigt. Es ist klar – und das hat der Stadtrat betont – dass der Verkaufsauftrag weiter bestehen bleibt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber nicht sinnvoll, weiter zu suchen. Dies wäre es, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern und beispielsweise der Bund einen Stilllegungstermin für die Schweizer AKW festlegt. Die Situation ist aus Sicht der Kommission ernüchternd und vielleicht auch unbefriedigend, aber der Bericht ist so zur Kenntnis zu nehmen. Über allfällige weitere Aktivitäten werden wir mit einem Begleitpostulat diskutieren. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig, der Weisung zuzustimmen.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 4009/2021)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4009. 2021/235

Erklärung der GLP-Fraktion vom 02.06.2021: Verkauf von Kernenergiebeteiligungen

Namens der GLP-Fraktion verliest Beat Oberholzer (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Kein Zürcher Atomstrom ab 2034 – Der Verkauf der Kernenergiebeteiligungen ist gescheitert, nun muss das Stilllegungsziel aktiver eingefordert werden

Mit einem Begleitpostulat der Fraktionen GLP, SP und Grüne soll sichergestellt werden, dass die Stadt Zürich das Ziel der Bevölkerung ernsthaft weiterverfolgt, keinen Atomstrom mehr zu produzieren.

Die Stadt Zürich hat den Auftrag der Bevölkerung ernst genommen und versucht, die städtischen Beteiligungen an den Atomkraftwerken zu verkaufen. Es wäre ein eleganter Ausstieg der Stadt Zürich aus der Atomenergie gewesen. Doch nun gehören der Stadt weiterhin 15% des Atomkraftwerks Gösgen-Däniken und 20.5% der AKEB, welche wiederum Anteile am Kraftwerk Leibstadt und vier Reaktoren in Frankreich besitzt. Die Grünliberalen nehmen zur Kenntnis, dass der Verkauf trotz des grossen finanziellen Aufwands nicht geklappt hat. Ebenso stellen wir fest, dass die Stadt auf weitere teure und aussichtslose Verkaufsbemühungen verzichtet.

Nichtsdestoweniger fordern wir den Stadtrat nun auf, aktiv und resolut das Stilllegungsziel in den Kraftwerksgesellschaften einzufordern. Dabei soll er zielstrebig Allianzen mit anderen ausstiegswilligen Aktionären ausbauen und dem Gemeinderat regelmässig über diese Bemühungen berichten. Deshalb haben wir zusammen mit der SP- und der Grünen-Fraktion ein Begleitpostulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert, auf die Stilllegung hinzuwirken.

Das Volk hat entschieden: Ab 2034 ist Schluss

Der Auftrag, den das Volk 2016 erteilt hat, bleibt unabhängig davon bestehen: Ab 2034 soll die Stadt Zürich keinen Atomstrom mehr produzieren und verkaufen. Der Zeithorizont 2034 tauchte nach der Katastrophe von Fukushima auf. Die Fukushima-Kernschmelze liegt nun zwar «schon» zehn Jahre zurück. Aber was sind schon zehn Jahre aus atomarer-geologischer Zeitperspektive? Eine nächste Kernschmelze kann leider überall eintreten, auch wenn nach jedem Unglück neue Sicherheitsmassnahmen ergriffen werden und unsere AKWs offiziell als sicher gelten. Das Nachrüsten der alten Meiler ist ein gefährlicher Balanceakt zwischen Verminderung horrender Kosten und dem Sicherstellen von Sicherheitsstandards. Deshalb stehen wir Grünliberalen weiterhin hinter dem Ziel im Jahr 2034.

Wir sind zuversichtlich – Alternativen zur Atomkraft sind da

Der Energiebedarf der Schweiz kann dank grosser Mengen an Wasserkraft mit zusätzlichen Investitionen in Wind- und Sonnenenergie auch ohne Atomkraftwerke gedeckt werden. Die Stadt Zürich hat von den jährlich 2 TWh, die die Atomenergie produziert, bereits die Hälfte durch erneuerbare Energien ersetzt. Die Produktion aus erneuerbaren Energien wird das EWZ weiter ausbauen, da sich diese auch wirtschaftlich sinnvoller

betreiben lässt als unsichere Atomenergie. Der Rahmenkredit über 200 Mio. Franken, über den am 13. Juni abgestimmt wird, beschleunigt den EWZ-Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und macht den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke noch irrelevanter.

Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich gleichgesinnte Aktionärspartner finden wird und gemeinsam die Mehrheitsaktionäre dazu bringen kann, dass die Kernkraftwerksgesellschaften eine Stilllegung seriös prüfen werden.

4008. 2020/520

Weisung vom 18.11.2020:

Elektrizitätswerk, Verkauf Kernenergiebeteiligungen, Bericht

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3795/2021): Im Jahr 2016 sprach sich die Bevölkerung ganz klar für den Atomausstieg bis ins Jahr 2034 aus. Der Stadtrat hat den Verkauf der städtischen Beteiligungen an den Kernkraftwerken daraufhin in die Wege geleitet. Er wurde professionell unterstützt, der Prozess hat auch über zwei Millionen Franken gekostet. Das ernüchternde Ergebnis wurde von allen auch so erwartet – insbesondere von den Departementsvorstehern, die dem ewz vorstanden. Es lässt sich kein akzeptabler, solventer und valabler Käufer finden. Die derzeitigen Aktionäre – verschiedene Schweizer Elektrizitätsproduzenten und die SBB – wollten nicht aufstocken. Energie de France war nicht interessiert. Die einzigen beiden Interessenten sind nicht akzeptabel. Sie verfügen nicht über das Credit Rating der Stadt. Problematisch ist insbesondere die Übertragung der Risiken an diese Firmen. Die Partneraktionäre der Beteiligungsgesellschaft haben ausserdem ein Vorkaufsrecht und Einsprachemöglichkeiten. Sie können jeden Käufer ablehnen, wenn das Credit Rating nicht das gleiche ist wie jenes der Stadt, was logischerweise bei fast allen der Fall ist. Sie haben Angst vor den Risiken bei Stilllegung und Rückbau: Werden die Interessenten ihren Anteil übernehmen? Bei Käufern ohne lokale Verankerung besteht ein zusätzliches Problem: Diese möchten die AKW möglichst lange betreiben, was logischerweise dem Willen der Stimmbevölkerung widerspricht. Zusätzlich bestehen Reputationsrisiken, weshalb der Stadtrat den Verkauf an diese Interessenten nicht weiterverfolgte. Wie geht es nun weiter? Das ewz hat angekündigt, die Situation regelmässig neu zu beurteilen und sobald sich die Chancen für den Verkauf verbessern, werden die Bestrebungen wieder aufgenommen. Wir begrüssen das, halten das Ziel aber für nicht realistisch. Die GLP steht weiterhin für ein Fading Out bei der Kernenergie. Hintergrund sind das enorme Risiko, die hohen Sicherheitskosten und die ungelöste Frage der Endlagerung atomarer Abfälle. Im Schadensfall gibt es keine genügende Versicherung und die finanziellen Reserven reichen für den Rückbau und die Lagerung der Abfälle nach der Stilllegung nicht aus. Damit wir auch künftig über genügend Strom verfügen, sind wir weiterhin für zusätzliche Investitionen in erneuerbare Energien. Was haben wir nun unternommen? Die GLP, zusammen mit der SP und der Grüne-Fraktion haben ein Begleitpostulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert, auf eine Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034 hinzuwirken und dem Gemeinderat alle vier Jahre über diese Bemühungen zu berichten. Wir sind gespannt, was in diesen Berichten steht und auf die Entwicklung in den noch kommenden drei Berichten. Zur Erinnerung: Wir können dieses Stilllegungsziel allein nicht erreichen. Die Partneraktionäre müssen zustimmen. Sollten wir diese nicht überzeugen können, verstossen wir ab 2035 gegen die Gemeindeordnung. Zur Klarstellung: Dieses Postulat fordert nicht die Stilllegung. Das können wir leider nicht. Es fordert die konsequente Hinwirkung bei den Partneraktionären auf eine Stilllegung. Man soll konsequent nach Allianzen suchen, damit wir die Gemeindeordnung einhalten und unsere AKW 2034 stilllegen können.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Es freut mich, dass es nun etwas ruhig geworden ist und ich Ihnen die ablehnende Haltung der SVP begründen darf. Ich

beginne mit der Geschichte, weil diese immer wieder vergessen geht. Das Schweizer Stimmvolk hat die extremistische Schweizer Atomausstiegsinitiative im November 2016 abgelehnt. 2017 nahmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das revidierte Energiegesetz als Mogelpackung an. Das Gesetz dient dazu, den Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen, die erneuerbaren Energien zu fördern und den Bau neuer Kernkraftwerke zu verbieten. Bundesrat und Parlament setzen im Rahmen der Energiestrategie 2050 auf einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Die bestehenden KKW sollen bis zu ihrem altersbedingten Ende weiterlaufen, dürfen aber nicht durch neue ersetzt werden. Das ist der aktuelle Stand. Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben sich mit 70 Prozent für einen beschleunigten Ausstieg ausgesprochen. Das deutliche Ja verpflichtet die Stadt, bis 2034 auszusteigen. Während also die Lichter in der Schweiz erst 2050 ausgehen, gehen sie in der Stadt schon 2034 aus. Es wird dann stockdunkel. Es wird ja wohl einen Grund haben, warum sich die Bundespolitik bis 2050 Zeit gibt. Die linke Politik in der Stadt hat zu einem Deadlock geführt. Das freut die SVP, weil wir das immer aufgezeigt haben – leider immer ohne erkennbare Rückkehr zur Vernunft bei den Linken und Grünen AKW-Ausstiegsturbos. Die linke Stadtregierung und ihre willfährigen linken Gemeinderäte sollen diese Suppe auslöffeln. Ihr wollt bis 2034 abstellen und versuchen, diese Anlagen jemandem anzudrehen. Das ist weltfremd und muss scheitern. Auch dagegen hat sich die SVP leider erfolglos mehrfach gewehrt. Nun hat die Realität die Linken eingeholt. Das nennt man Politikversagen. Das Postulat verlangt nun das nächste Versagen: man soll als Minderheitsaktionär die anderen Aktionäre dazu bewegen, das KKW abzustellen – dass sie also auf Rendite verzichten sollen, die durch das Produzieren von Strom bis ans Ende der Lebensdauer entsteht. Das ist eine beispiellose Vernichtung von Wert, wie sie nur in einer planwirtschaftlichen Ökonomie ernsthaft ins Auge gefasst werden kann. Macht man es trotzdem, werden von den anderen Aktionären Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe an die Stadt getragen werden. Oder ihr müsst dem Stimmbürger erklären, warum ihr so eine durchführbare Vorlage zur Abstimmung gebracht habt. Das ist aus meiner Sicht eine politische Bankrotterklärung, es wird aber die logische Folge eures Handelns sein. Dazu muss man kein Hellseher sein. Die Stadt soll sich gefälligst an die Vorlagen des Bundes halten. Ich habe noch ein Rätsel: Was haben die folgenden Länder gemeinsam und was bedeuten die Zahlen, die ich nenne? Tschechien, Bulgarien, Finnland, Rumänien, Grossbritannien, Ungarn, Türkei und Ukraine je 2; China 44; Russland 24; Indien 14; Usbekistan 2; Pakistan 1. Die Lösung: Das sind die cleveren Volkswirtschaften, die das CO₂ vermindern und gleichzeitig eine solide Energiebasis schaffen für ihre Industrien. Die Zahlen sind die Anzahl der KKW, die aktuell oder demnächst gebaut werden. Die Schweiz wird die Utopie der KKW teuer bezahlen müssen. Zur Erinnerung: Die KKW sind die effizientesten; neue KKW haben kaum Abfallprobleme; KKW sind die einzige Energiequelle, die eine positive CO₂-Bilanz aufweisen. Sie nützen auf jeden Fall mehr als dieses unsägliche CO₂-Gesetz. Ihr habt dem Stimmvolk versprochen, eine Lösung bis 2034 zu haben. Das Postulat mit dem konzeptlosen Herumrudern zeigt aber: Ihr habt sie nicht. Ihr habt das Volk belogen. Unsere Wirtschaft geht den Bach runter; unsere Arbeitsplätze sind wegen eurer utopischen Husarenstücke gefährdet; die vielen neuen Zuwanderer, die ihr ins Land lasst, werden mit uns zusammen frieren und im Dunkeln sitzen. Das ist verantwortungslos. Darum sollte man die KKW so lange wie möglich laufen lassen – wie es der Bund auch vorhat. Darum lehnt die SVP das Postulat ab und warnt vor den katastrophalen Folgen der Umsetzung solcher Ansinnen.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Theodor W. Adorno ist recht zu geben, wenn er sagt, es gebe kein richtiges Leben im falschen. Er schrieb seine *Minima Moralia* aber nicht als Generalabsolution für jene, die jede Dummheit mit den Umständen entschuldigen, sondern im Gegenteil. Ich gebe zu, dass die Umstände schlecht sind. Erstens: Die Stadt Zürich hat

in Zeiten, als die Kernenergie als sauber galt – es gibt heute noch Leute, die aus dieser Zeit übriggeblieben sind – Anteile der Gösgen-Däniken AG und der AKEB erworben. Die Stadt tat dies nicht zuletzt deshalb, um die Stromversorgung zu sichern. Zweitens: Der Bund will bis heute partout kein Ausstiegsdatum für die Atomenergie nennen. Drittens: Die Stimmbevölkerung hat im Jahr 2016 einer Vorlage mit dem irreführenden Titel «Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie» zugestimmt. Was sagt uns der vorliegende Bericht? Er zeigt in aller Deutlichkeit, was die AL-Fraktion – leider nicht die AL als Partei – anlässlich der unseligen Ausstiegsdebatte in diesem Rat bereits ausführte. Erstens: Ein Verkauf von Beteiligungen ist kein Ausstieg aus der Atomenergie. Es ist geradezu das Gegenteil, denn kaufen tut jemand nur etwas Attraktives. Wir gehen aber zu Recht mit der Behauptung in die Diskussion, dass Kernenergie in keiner Weise attraktiv ist. Weder ökologisch noch wirtschaftlich. Allfällige Käufer – da war der Stadtrat wohl weniger überrascht als links-grün – sind nicht sonderlich attraktiv. Sie genügten den zu Recht aufgestellten Kriterien nicht; stammen aus Ländern, in denen ganz andere Atomenergiestrategien gelten – wir haben es von Johann Widmer (SVP) gehört. Mehrere sagten – und das hat mich gefreut – der Bericht sei ernüchternd. Ich schaue jetzt nach links – rechts muss weghören, da sie nichts davon haben: Die Ernüchterung kommt nach dem Rausch. Sie haben mehrfach bestätigt: Aus einem Rausch heraus, aus der Stadt Zürich eine atomstromfreie Insel zu machen, hat man dem Volk eine Vorlage präsentiert, bei der klar war, dass sie unerfüllbar war. Für diese Übung hat man bereits – und das wiederum gegen die erklärte Meinung der AL-Fraktion – fast zwei Millionen Franken für Fremdleistungen ausgegeben. STR Michael Baumer wird dazu vielleicht noch etwas sagen, dass sicher nochmal so hohe Beträge für Eigenleistungen ausgegeben wurden. Der Grüne-Vertreter in der Kommission nahm das mit einem Achselzucken hin und sagte, es sei noch interessant und man sei nicht sonderlich überrascht. Mit welchem Erfolg hat man dieses Geld ausgegeben? Einzig, um auszuweisen, dass die AL von Anfang an Recht hatte. Das freut mich natürlich, aber denken Sie nicht, dass das etwas teuer war? Beteiligungen sind nur zu verkaufen, wenn AKW möglichst lange laufen. Denn eine Kapitalanlage weckt kein Interesse, wenn nicht möglichst lange eine staatlich geschützte Rendite erzielt werden kann. In letzter Konsequenz müsste die Koalition der Verkaufswilligen für eine möglichst lange Laufzeit der AKW weibel, damit die Stadt Zürich zumindest vordergründig zu einer atomfreien Zone wird. Es ist dem Stadtrat hoch anzurechnen, dass er mittels des vorliegenden Berichts den Stopp der Aktivitäten erklärt. Auch die stadträtlichen, erwartbaren poetischen Auslassungen zur Begrenzung dieses Desasters sind für einmal erfreulich bescheiden ausgefallen. Ich fordere nun die Koalition der Verkaufswilligen auf, der Bevölkerung endlich reinen Wein einzuschenken und Artikel 125 der Gemeindeordnung streichen zu lassen. Alle weiteren Bemühungen und Bittschriften, die Sie der Regierung hier vorne zustellen, sind absolut sinnlos und beschäftigen die Verwaltung mit noch mehr Kostenfolgen, ohne einen Mehrwert zu generieren.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Andreas Kirstein (AL) hat es schön formuliert: Nach dem Rausch kommt die Ernüchterung. Ich würde dazu sagen: Nach dem Rausch und der Trunkenheit kommt der Kater. In der Abstimmungsvorlage wurde ein Kater im Sack verkauft. Will man das schönreden, war es aus politischem Idealismus geschehen. Der Realismus hat diesen aber längst eingeholt. Es ist sicherlich zu respektieren, dass der Stadtrat alles unternommen hat, um die Anteile zu verkaufen. Es muss nicht weiter verwundern, dass es nicht möglich war, diese unmögliche Mission zu erfüllen. Es war nicht die erste Volksabstimmung, die etwas vorgaukelte, das nicht erfüllbar ist. Bei der 2000-Watt-Gesellschaft ist es ähnlich. Wollte man diese konsequent durchziehen hiesse es: kalt duschen oder stinken? Hier könnte man die ganze Atomdiskussion nochmals starten. Die Möglichkeiten eines Blackouts kommen, wenn man alles elektrifizieren will. Die Schweiz will aus der Atomenergie aussteigen und das bei regelmässiger Westwindlage.

In Frankreich stehen viele Atommeiler. Das ist also ein hoffnungslos idealistisches Unterfangen, das nirgendwohin führt. Johann Widmer (SVP) hat sehr gut aufgelistet, was andere Länder tun. Noch schlimmer: In China, das im Jahr 2060 Netto-Null erreichen will, sind 40 Kohlekraftwerke in Bau gegangen. Wir begeben uns auf ein Feld, auf dem wir uns verrennen. So wie sich der Stadtrat verrennen würde, wollte er die Anteile verkaufen – er müsste etwas zahlen, um sie verschenken zu können.

Michael Kraft (SP): Ergänzend zu dem, was ich aus der Kommission sagte, möchte ich die Position der SP darstellen. Wir nehmen den Bericht zu Kenntnis und können die Ausführungen nachvollziehen. Alle sind sich einig, dass die aktuelle Situation unbefriedigend ist. Wir haben einen Auftrag von der Stimmbevölkerung zum Verkauf der Anteile und dieser besteht nach wie vor. Aus meiner Sicht ist weniger das konkrete Ausstiegsdatum entscheidend, sondern die Sicherheit, die eine potenzielle Käuferin oder ein potenzieller Käufer haben müsste. Darum wäre es so wichtig, auf nationaler Ebene klare Rahmenbedingungen zu haben, damit klar ist, was man allenfalls einkauft. Da setzt die Geschichte des Begleitpostulats an: Umso wichtiger scheint uns, dass der Stadtrat weitere Schritte unternimmt. Es geht in erster Linie um die Bündelung der Interessen von Partnern, die ebenfalls einen solchen Ausstieg anstreben. Es ist nicht so, dass die Stadt Zürich eine politische Insel ist, um die nur Atomturbos sind. Man sollte auch auf Bundesebene bei jeder sich bietenden Gelegenheit daraufhin wirken, die gewünschten Rahmenbedingungen zu erhalten. Das Postulat von SP, Grüne und GLP will an diesen Punkten ansetzen. Es geht um ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Aktionärinnen und Aktionären und darum, dass der Gemeinderat weiterhin ein Auge auf den Fortschritt des weiterhin bestehenden Auftrags haben kann – darum die Berichterstattung einmal pro Legislatur.

Markus Kunz (Grüne): Heute ist offenbar der Abend der Gratis-Häme und der politischen Süffisanz. Geschichte ist geduldig. Ich möchte ein paar Dinge klarstellen und Fakten in diese Aufregung hineinbringen. Zum Zeitpunkt, zu dem die Zürcher Stimmbevölkerung mit 70 Prozent den Atomausstieg beschloss, war es nicht so ganz klar, was das genau bedeutet. Ich bin überzeugt, dass dies in der Tat möglich ist – wie, werde ich Ihnen noch sagen. Ich würde also bezweifeln, dass es sich dabei um einen Rausch handelte. Die atomkritischen Leute, die ich kenne, berauschen sich nicht an der Idee, eine gefährliche Atomenergie einmal abschalten zu können. Dass dies nicht geschah, ist wohl zuallerletzt die Schuld von Links und Grün. Andreas Kirstein (AL) irrt, wenn er sagt, der Ausstieg bedeute nicht, dass man das Zeug verkaufen müsse. Der Ausstieg für die Stadt Zürich bedeutet: Wir haben bekanntlich keine eigenen AKW, sonst hätte man sie abschalten oder dies mit einem sauberen Ausstiegsszenario einleiten können. Der Ausstieg bedeutet zweierlei: Man muss seine Beteiligungen verkaufen können und – wenn man redlich ist – die entsprechende Menge Energie muss erneuerbar erzeugt werden können, die ansonsten von den AKW bezogen wird. Da sind wir bekanntlich auf gutem Weg, das ewz leistet dies durchaus. Der Verkauf dieser Beteiligungen ist der zweite Teil dieser Komponente – ein klarer Volksauftrag. Mich beelendet, wie man diese 70 Prozent der Bevölkerung hinstellt. Wenn ich Andreas Kirstein (AL) zusammenfasse, ist das ein verwirrtes Häufchen, das von linken Verführern und grünen Charmebolzen überredet wurde, dem zuzustimmen, wohlwissend, dass das nicht funktionieren wird. Das lief damals nicht so. Man setzte sich dieses Ziel und sagte sich: Jetzt muss man das probieren. Was wir heute diskutieren, ist so ein Versuch, den ich ebenfalls als redlich, kompetent und professionell bezeichne. Wessen Schuld das ist, dass er nicht gelang, wäre eine interessante Debatte wert. Daher ist das, was wir hier mit dem erneuten Postulat machen genau das, was ein Parlament machen kann. Nicht, weil STR Michael Baumer dies nicht sowieso machen könnte. Er und ich sind uns diesbezüglich 100 Prozent einig. Wenn jemand findet, es sei allein redlich, den Artikel in den Übergangsbestimmungen der Gemeindeordnung aufzuheben, steht euch eine Volksinitiative absolut frei. Ich wäre

gespannt, wie der Wortlaut einer solchen Initiative lauten würde, wenn damit wieder AKW eingeführt werden sollten. Es ist sehr einfach, heute Abend nach den Geschehnissen der vergangenen dreissig Jahren zu sagen, man habe es schon immer gewusst, dass das nicht funktioniert und alles ein komisches Spiel sei. Ich weise zaghaft darauf hin, wer uns die AKW-Technologie eingebracht hat. Nur so viel: Wir Grünen waren es nicht. Wir entstanden erst, weil ein AKW explodierte. Aber auch das führt uns nicht zu einer Lösung. Der Hinweis, wir hätten keine Lösungen, mag ja stimmen, aber, Johann Widmer (SVP), ich muss Sie darauf hinweisen, dass im Jahr 2034 Ende Feuer ist. Was das genau bedeutet, wird tatsächlich interessant. Das Datum steht in der Verfassung, bleibt dort drin und ich habe heute Abend kein Votum der Gegnerinnen und Gegner gehört, das mir irgendwie geholfen hätte, aus dem Schlamassel herauszukommen.

Ernst Danner (EVP): Die Verkaufsabsichten waren von Anfang an nicht realistisch, wie es Andreas Kirstein (AL) glänzend aufzeigte – dem muss nichts mehr beigelegt werden. Beim Postulat haben wir eine zwiespältige Situation. Das Postulat verlangt, dass man versucht, die AKW stillzulegen, sofern man diese nicht verkaufen kann. Das heisst, wenn man sie verkaufen kann, bemüht man sich nicht um deren Stilllegung. Wenn man also jemanden im In- oder Ausland findet, der diese Anteile kauft, könnten die AKW weiterbetrieben werden. Das hiesse ja, sie wären nicht mehr gefährlich, wenn sie uns nicht mehr gehören. Letztlich ist es ein absurdes Postulat, dem wir auf keinen Fall zustimmen können. Ich weiss nicht, was sich die Autoren dabei überlegt haben. Neben dieser Polemik möchte ich sagen, dass wir ein gespaltenes Verhältnis haben: Sind wird dagegen, dass die AKW bis 2034 stillgelegt werden, nehmen wir in Kauf, dass sie länger betrieben werden – das Risiko eines Grossunfalls besteht so oder so in den nächsten 15 Jahren. Wir sind also jetzt schon in der Situation, dass wir das Risiko bewusst in Kauf nehmen, wenn wir sie laufen lassen. Die Frage ist: Sind wir ethisch besser dran, wenn wir dieses Risiko nur 13 Jahre in Kauf nehmen oder 20 oder 30. Das hängt letztlich davon ab, ob diese Anlagen mit der heute vermuteten Sicherheit betrieben werden können. Ist dies der Fall, ist es für uns keine zentrale, ethische Frage, ob die Anlagen noch etwas länger betrieben werden oder nicht. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Matthias Probst (Grüne): Diese Debatte ist schräg. Drei Punkte sollten uns allen heute zu denken geben, auf die ich auch die Zuschauenden im Stream und die Medienschaffenden bitte, ein Auge zu werfen. Vielleicht ist das, was wir hier diskutieren nicht nur ein städtisches Thema, sondern wir sind schon tief drin in der nationalen Politik. Punkt 1: Wir haben es mitunter mit einer der krassesten Formen von Zwangswirtschaft zu tun, die mir in der Schweiz jemals begegnet ist. Dass von rechter Seite gegen diese Form von Planwirtschaft und staatlich betriebener Kraftwerke, finanziert mit Geldern der Nationalbank nicht mehr reklamiert wird, wundert mich. Und dann dürfen wir es nicht abstellen, obwohl 70 Prozent der Bevölkerung dies wünschen, weil es sich nur um Beteiligungen handelt. Aber selbst diese Beteiligungen dürfen wir nicht abschieben. Das sollte euch zu denken geben. Punkt 2: Diese Kraftwerke haben offensichtlich keinen ökonomischen Wert, sonst hätte man jemanden gefunden, der sie kauft. Das ist eine Bankrotterklärung der Atomindustrie. Hätte man diesen Satz vor zehn Jahren gemacht, hätte man mich dafür öffentlich genagelt. Punkt 3: Die Sicherheit ist offenbar nicht gewährleistet. Wäre es so, dass das eine sichere Sache ist und das ENSI seine Arbeit machen und hin und wieder bei den AKW vorbeigehen würde, könnte man es irgendjemandem verkaufen, denn die Sicherheit wäre gewährleistet. Das ist nicht der Fall, darum können wir sie nicht verkaufen. Sonst könnte gar die SVP sie kaufen und selbst betreiben. Sie hätte es für einen Franken erhalten. Aber die Sicherheit ist nicht gewährleistet, wenn es die SVP betreibt, weshalb sie es nicht erhalten. Offenbar ist unser Staat nicht in der Lage, die Sicherheit zu gewährleisten, was nicht weiter erstaunlich ist. Wir haben die mitunter ältesten Reaktoren der Welt. Es kam wiederholt zu kritischen Vorfällen in Schweizer AKW und sie wurden schon wiederholt aufgrund von Sicherheitsbedenken heruntergefahren.

Darum ist der Merksatz von heute Abend für die Schweizer Gesamtbevölkerung: Lasst die Finger von dieser Technologie! Kommt nicht im Traum auf die Idee, weitere dieser Dinger zu bauen! Lasst uns auf nationaler Ebene zu einem Abschaltdatum kommen. Wenn man noch nicht einmal die Beteiligungen abschieben kann, dann beteiligt euch auch nicht an diesen Kraftwerken.

Samuel Balsiger (SVP): Markus Kunz (Grüne) reagierte fast schon beleidigt, weil ein leeres Versprechen Ihrerseits nicht umgesetzt werden kann. Heute ist ein interessanter Tag, denn Sie versprechen viele Luftschlösser mit Daten, bis zu denen Dinge gemacht werden sollen. Es sind nie konkrete Anliegen mit einem Preisschild mit denen Sie der Bevölkerung reinen Wein einschenken. Das neueste Luftschloss ist Netto-Null bis 2030. Früher war es die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2040. Es ist brillant, diese Luftschlösser so weit in die Zukunft hinaus zu versprechen, denn wenn der Zeitpunkt der Abrechnung kommt, sind die politisch Verantwortlichen schon längst nicht mehr in dieser Verantwortung. Das Interessante ist, dass es heute so deutlich wird, dass nichts von dem umsetzbar ist, was Sie versprechen. Auch Netto-Null bis 2030 – ich bin froh, haben Sie nicht 2050 gesagt, sonst müsste ich noch länger warten, bis Sie sich blamieren, bis 2030 werde ich aber noch in einer politischen Funktion sein – ist nicht umsetzbar und Sie müssen das den Leuten erklären, warum das so ist. Auch die günstigen Wohnungen, wie toll die Masseneinwanderung doch sei und alles andere, was Sie versprechen sind alles leere Versprechen. Die Daten rücken langsam näher. Das erste haben wir erreicht: nicht umsetzbar! Das nächste Datum wird 2030 sein mit Netto-Null und auch das wird nicht umsetzbar sein.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist bezeichnend, dass Markus Kunz (Grüne) diese Debatte in Zeiten des Wahlkampfs nicht anreissen möchte. Er weiss, warum. Denn dann müssten die Grünen ein Eigentor nach dem anderen aus dem Netz fischen, was sie unter keinen Umständen möchten. Die Luftschlösser von Links und Grün basieren auf Forderungen, die man in den Raum stellt, ohne etwas zu leisten. So basiert man seine Politik auf leeren Forderungen. Die Klimajugend tut das auch so. Diese Luftschlösser sind wie Fata Morganas: Man glaubt, einer rettenden Oase näher zu kommen, aber diese löst sich am Schluss in Nichts auf. Eine solche Politik wird nun gemacht. In der Wüste verdurstet man, hier geht's uns auch schlecht. Auf die Polemik der linken Seite möchte ich nicht weiter eingehen, sondern nur ein Beispiel aufzeigen, das zu dieser Wende geführt hat, nämlich Fukushima. Nie wurde thematisiert, dass die Betreiber-gesellschaft Tepco Prüfprotokolle fälschte. Das war kriminell. Hier in der Schweiz gibt es das nicht, sondern das Gegenteil ist der Fall: Besteht irgendwo der kleinste Zweifel, wird ein solches Kraftwerk heruntergefahren, bis die Sicherheit zu 100 Prozent wieder gewährleistet wird. Dieses Verhalten als Mangel darzustellen, ist der Gipfel der Polemik. Darin sind die Grünen und die Klimajugend stark. Die Klimajugend wird ihre Ziele ohne Atomkraft nicht erreichen können, aber fordern ist halt einfach, leisten nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Die Hauptbotschaft ist, dass wir grosse Anstrengungen unternommen haben, um den Auftrag zu erfüllen, konnten schlussendlich aber kein geeignetes Angebot finden. Wirklich überraschen kann das nicht. Schon in der Debatte im März 2018 wies man auf die Schwierigkeiten hin, wenn man etwas zu verkaufen versucht, dass man eigentlich abschalten möchte. Da ist auch ein Fehler im Votum der GLP: Ein Verkauf ist keine Stilllegung. Da waren Sie nicht ganz ehrlich. Alle haben anerkannt – und dafür danke ich Ihnen – dass das ewz diese Anstrengungen zusammen mit dem Departement wirklich angegangen ist. Wir sind mit grosser Energie an die Sache herangetreten und haben über 100 potentielle Käufer weltweit und in der Schweiz gesucht.

Wir erhielten zwei unverbindliche Offerten, bei denen zu wenig Aussicht auf Erfolg bestand. Die Leistungen wurden von Ihnen gesprochen, um allein diesen Punkt zu erreichen – dies umfasst natürlich auch die Eigenleistungen. Erst jetzt wären wir in einen wirklichen Verkaufsprozess eingetreten. Für diesen Schritt hätten wir Ihnen ungefähr sechs Millionen Franken beantragen müssen. Angesichts der geringen Erfolgsaussichten wäre dies unverantwortlich gewesen. Michael Kraft (SP) legte Ihnen die Gründe dar, warum wir davon ausgingen, nichts zu erreichen. Einen Punkt möchte ich noch ergänzen: Die anderen Aktionäre müssen jeweils zustimmen, wenn ein neuer Partner teilhaben sollte. Darum wird die Lösung, wonach eine Partei das Kraftwerk für einen Franken übernimmt, zu keinem Ziel führen. Festzustellen ist, dass die Partner nicht bereit sind, ihre Anteile zu erhöhen. Ich bin der Meinung, dass hier eine Chance vertan wurde. Das Anstreben einer Konsolidierung in der Schweiz wäre sinnvoll gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass sich hier jemand mal noch bewegt und erkennt, dass das einfacher wäre für den Umgang mit all den Fragen, die sich rund um die Kernkraft stellen. Ein Grund, warum unsere Partnerwerke nicht übernehmen wollten: Sie können sich gewissermassen auf dem Sofa ausruhen und ablehnen, bis wir es ihnen gratis geben würden, ohne die Risiken übernehmen zu müssen. Das kann es aber nicht sein. Der ganze Ablauf führte aber durchaus auch zu einem positiven Ergebnis: Wir haben mit diversen anderen Partnern herausgefunden, dass sie ähnliche Interessen verfolgen. Die Gespräche, die wir mit ihnen führten, zeigten auf, dass wir diese Plattformen auch künftig nutzen möchten. Damit sind wir bei der Frage, wie wir weiter verfahren möchten. Einen Punkt hat Markus Kunz (Grüne) ausgeführt: Mit der Produktion der erneuerbaren Energien, die wir Ihnen in den vergangenen Jahren beantragt und seither umgesetzt haben, haben wir auch betriebswirtschaftlich die Voraussetzungen erfüllt, damit wir in der Stadt Zürich unseren Kundinnen und Kunden ausschliesslich erneuerbare Energie anbieten können – dies auch mit den 200 Millionen Franken für Rekonzessionierungen und Windkraftwerke, die am 13. Juni 2021 zur Abstimmung gelangen. Für die Frage der Beteiligungen ändert dies allerdings noch nichts. Der Gemeindeordnungsauftrag mit dem Verkauf bis 2034 bleibt bestehen – bliebe ich etwas länger im Amt als mein Vorgänger, würde ich dann berichten, was geschieht. Wir werden das Umfeld laufend analysieren und Gespräche mit allfälligen Interessenten führen. Den Auftrag, den Sie uns mit dem Postulat geben möchten, dürfen Sie uns gerne geben, weil er durch die Gemeindeordnung bereits besteht. Wenn Sie dies durch ein Postulat bekräftigen möchten, nehmen wir das selbstverständlich entgegen. Es ist aber so, dass wir nur mit den Partnern, die die gleichen Interessen vertreten wie wir, nicht aussteigen oder stilllegen können, da wir unter 50 Prozent sind. Was natürlich nicht sein darf, ist, dass wir ab 2034 diese Werke weiter finanzieren, ohne den Strom beziehen zu können. Eines darf man nicht ausser Acht lassen: wir sind historisch Verpflichtungen eingegangen und können uns jetzt nicht einfach davonstehlen.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Michael Kraft (SP) Referent; Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Marcel Müller (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Bericht über den Abbruch des Verhandlungsprozesses mit den beiden vorliegenden Interessenten wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021

4010. 2021/140

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 31.03.2021:

Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/520, Beschluss-Nr. 4008/2021.

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3795/2021).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4011. 2020/534

Weisung vom 02.12.2020:

Postulat von Marcel Bührig, Markus Kunz und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/388, von Marcel Bührig, Markus Kunz (beide Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Marion Schmid (SP): Am 3. Oktober 2018 wurde dieses Postulat eingereicht. Das Ziel war die Schaffung eines Stellenpools für Pflegefachkräfte. Zudem wurde ein Bericht gefordert, der die Hintergründe und Ursachen ersichtlich machen soll, warum die Schaf-

fung des Pools notwendig ist: Abwesenheitsquote, Fluktuation, Anforderungen an befristeten Ersatz. Heute müssen Ausfälle über temporäre Pflegefachkräfte überbrückt werden. Das ist sehr teuer, denn es fallen hohe Vermittlungskosten an. So eine Anstellung ist fast doppelt so teuer wie eine reguläre Anstellung. Das Ziel des Postulats ist, Ausfälle departementsintern aufzufangen und diese Leute auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der Betriebe zu schulen. Der Stadtrat legt mit dieser Weisung den Bericht vor. Er verweist darin auf das Postulat 2013/86, das vor einigen Jahren eine ähnliche Forderung aufbrachte. Er legte dar, dass dies aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll sei. Zum einen spezialisieren sich die Pflegeberufe auch in der Langzeitpflege zunehmend. Ein solcher Stellenpool müsste zwingend eine gewisse Grösse haben, damit die entsprechende Verfügbarkeit auch gewährleistet werden kann. Spitzenzeiten könnten in vielen Fällen trotzdem nicht vollständig abgedeckt werden. Die Mitarbeitenden, die in einem solchen Stellenpool angestellt sind, müssten eine sehr hohe Flexibilität und zeitliche Verfügbarkeit aufweisen. Zudem ist die Bewirtschaftung eines solchen Stellenpools sehr zeitaufwendig: Es braucht Personal, eine Software, Planung, Organisation, eine sichergestellte Führung etc. Es wird auf eine Studie verwiesen, dass die Gesamtkosten eines solchen Stellenpools inklusive dieser indirekten Personalkosten um 11 höher wären als bei einer regulären Anstellung. Der Bericht zeigt auch die geforderten Zahlen auf: Die Absenzzahlen liegen im Schnitt bei 4,5 Prozent. Die Fluktuation liegt bei den Alterszentren bei 11,3 und bei den Pflegezentren bei 13,1 Prozent. Auf den ersten Blick sieht das nach viel aus, der Branchendurchschnitt zeigt aber, dass es unterdurchschnittlich ist. Die Fluktuation im Branchendurchschnitt bei den Pflegeberufen liegt bei 18,5 Prozent. Zu Arbeitsbedingungen und Fluktuationen in den Pflegeberufen kommen wir in den anschliessenden Vorstössen. Wie löst die Stadt dies heute? Primär tut sie dies durch gegenseitige Unterstützung: Sowohl innerhalb eines Betriebs als auch betriebsübergreifend. Dort wird ein Vorteil der anstehenden Fusion der Pflegezentren ausgemacht, weil die gegenseitige Hilfe zentrenübergreifend noch besser möglich ist. Weitere Möglichkeiten sind befristete Personal- oder Pensenaufstockungen oder die Rekrutierung von befristetem Ersatz aus dem eigenen Netzwerk der Angestellten und als Ultima Ratio der Einsatz temporärer Pflegekräfte über Temporärbüros. Dies käme vor allem bei sehr kurzfristigen Ausfällen zum Zug und in der Regel handelt es sich dabei auch um sehr kurze Einsätze. Die detaillierte Auswertung dieser Einsätze mit Arbeitsstunden und -ort, wie es im Postulat gefordert wird, ist nicht möglich. So genaue Daten werden nicht erhoben. Erfasst wird hingegen, was es kostenmässig ausmacht: Die Temporärbüros machen etwa ein halbes Prozent der Personalkosten aus. Das ist also nicht sehr viel. Basierend auf all diesen Informationen hat der Stadtrat dargelegt, dass er die Forderung zwar nachvollziehbar findet, sich aber nach sorgfältiger Prüfung und aus den dargelegten Gründen nach wie vor gegen die Schaffung eines Stellenpools ausspricht und an der heutigen Praxis festhalten möchte. Für uns als Kommission sind diese Information und die Antworten, die wir auf all die gestellten Fragen erhalten haben, nachvollziehbar. Darum empfehlen wir Ihnen, den Bericht so zur Kenntnis zu nehmen und den Bericht und das Postulat so abzuschreiben. Dies ist ein einstimmiger Antrag zu beiden Dispositionen.

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): Marion Schmid (SP) hat es erwähnt: Wir werden heute Abend noch intensiv über die Pflege und über deren Verbesserung sprechen. Zum Stellenpool: Im Pflegeberuf gibt es ein Auf und Ab mit Spitzen- und Leerzeiten, wie in jedem anderen Beruf, was auch völlig normal ist. Die Idee eines solchen Stellenpools klingt verlockend, um Spitzen zu decken und die Belastung zu reduzieren. Dieser würde aber dazu führen, dass man Pflegekräfte ständig auf Abruf bereithalten müsste und der Stellenpool müsste eine gewisse Grösse aufweisen, um überhaupt einen Effekt zu haben. Heutzu-

tage spielt die Spezialisierung in der Pflege eine wichtige Rolle: Man müsste also diverse Spezialgebiete abdecken und die entsprechenden Leute in Petto halten. Die Bewirtschaftung kostet viel Geld bei fraglichem Nutzen. In der Kommission und in der Beratung haben wir gehört, dass temporäre Lösungen das letzte Mittel sind, und wir sind überzeugt, dass die Stadt diese einsetzen soll, wo es sinnvoll ist. Wir haben auch gehört, dass in der Pandemie niederschwellige digitale Lösungen angeboten und erprobt wurden. Diese sollen weiter vorangetrieben werden. Natürlich nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und stimmen der Weisung zu.

Markus Kunz (Grüne): *Ich möchte mich für den Bericht und die geleistete Arbeit bedanken, woran nichts auszusetzen ist. Es wird uns allerdings gesagt, dass das Problem mehr oder minder im Griff ist, und gewisse Dinge nicht funktionieren. Schlussendlich muss ich feststellen: Das Problem besteht weiterhin. Wir haben den Vorstoss 2018 eingereicht und mittlerweile ist es eher noch etwas schlimmer geworden. Man sieht das beispielhaft an der Ausstiegsquote von 18,5 Prozent. Man kann schon sagen, das liege unter dem Schweizer Durchschnitt, doch der Wert ist katastrophal hoch. In der Pflege-landschaft Schweiz ist es effektiv noch etwas schlimmer, da gegen 50 Prozent aller Leute, die diesen Beruf – egal auf welcher Skillstufe – mal ergriffen haben, vorzeitig und brutal schnell wieder aussteigen. Diese Situation hat sich durch Corona weiter verschärft. Die Situation ist alles andere als gut, auch wenn ich anerkenne, dass diese Übung so nicht funktioniert hat. Wir haben noch immer einen eklatanten Mangel – sei es bei der Langzeit- oder der Akutpflege. Wir decken den Mangel noch immer zu einem viel zu grossen Teil aus dem Ausland ab und verlagern das Problem auch noch nach Europa. Die Stadt Zürich bemüht sich um Nachwuchs, wie es auch jedes Jahr im Geschäftsbericht ausgewiesen wird. Das ist absolut akzeptabel und bewundernswert, doch ist es noch immer nicht genug. Auch wir stimmen zu, die Sache ist gegessen, aber das Thema ist mit einer noch grösseren Brisanz noch immer offen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Viele Punkte wurden erwähnt, die immer wieder eine grosse Herausforderung darstellen. Zu einigen Punkten kommen wir noch in Form von Vorstössen, die eingereicht wurden und heute zur Debatte stehen. Wir sprechen hier von einem Stellenpool und der Problematik, dass Mitarbeitende in der Pflege krank werden oder sonst ausfallen und entsprechend manchmal sehr schnell Ersatz gefunden werden muss. Das sind tägliche Herausforderungen der Alters- und Pflegezentren. Wir unternahmen viele Anstrengungen, um die Situation zumindest teilweise zu verbessern. Oft werden spezialisierte Fachkräfte kurzfristig als Ersatz gesucht. Dies ist eine der wichtigsten Gründe, warum ein Stellenpool, wie er hier gefordert wurde, aus heutiger Sicht keinen Sinn ergibt. Eine beträchtliche Verbesserung wird zurzeit umgesetzt, nämlich die Zusammenlegung der bisherigen Alters- und Pflegezentren in Gesundheitszentren fürs Alter. Damit haben wir mehr Möglichkeiten, damit Mitarbeiter Häuser kurzfristig wechseln können. Für gewisse Mitarbeiter ist das durchaus attraktiv. Auch in Sachen Digitalisierung sind wir dran; in den kommenden Monaten kommen da noch grössere Fortschritte. Die Arbeitspläne sollten dann nicht nur von überallher eingesehen werden können, sondern auch kurzfristige Absenzen können dann flexibler gehandhabt werden. Ein Stellenpool verlangt zwingend eine gewisse Grösse. Diese Grösse ist schwierig zu erreichen, wenn die notwendige Spezialisierung bei den potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht werden soll. Wir haben das Thema intensiv geprüft und uns gefragt, ob es nicht doch in irgendeiner Form sinnvoll ist, einen Stellenpool zu schaffen. Die gleichen Überlegungen machen wir übrigens beim Stadtspital, um die Lücken nicht nur zur Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch der Patientinnen und Patienten*

zu schliessen. Aufgrund der aktuellen Situation und der bereits aufgelegten Bestrebungen müsste sich die Lage – eine Pandemie ist immer eine spezielle Situation – nicht zuletzt wegen der Zusammenlegung der Alters- und Pflegezentren verbessern und auch für die Mitarbeiter attraktiver werden. In der Kommissionsarbeit konnten wir das, so glaube ich, gut aufzeigen und ich bitte Sie, den Bericht so zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Walter Anken (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Walter Anken (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/388, von Marcel Bührig, Markus Kunz (beide Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juni 2021

4012. 2019/335

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:

Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1525/2019): Mit diesem Postulat soll der Stadtrat beauftragt werden, dem Gemeinderat eine Weisung zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen vorzulegen, damit Einwegplastik entweder verboten wird oder eine angemessen hohe Gebühr für Einwegplastik verlangt werden kann. In der Schweiz verbrauchen wir sehr viel mehr Plastik als andere europäische Länder. Davon wird viel nicht recycelt, sondern verbrannt oder exportiert. Einwegprodukte belasten die Umwelt, vor allem durch ihren Ressourcenverbrauch und bei ihrer Verbrennung entsteht CO₂. Für Einwegplastikprodukte gibt es Ersatzprodukte aus erneuerbaren Ressourcen und aus solchen, die weniger umweltschädlich sind. Es geht in erster Linie also nicht darum, die betroffenen Produkte generell zu verbieten, sondern Alternativen einzusetzen, die nicht aus Plastik bestehen und weniger CO₂ verursachen. Die Diskussion zu diesem Postulat kommt gerade rechtzeitig. Die EU hat bereits im März vor zwei Jahren beschlossen, dass Produkte aus Wegwerfplastik verboten gehören. Im Juli 2021 tritt dieses Verbot in Kraft. Plastikgeschirr, -besteck, -strohhalm und -wattestäbchen sind in der EU also bald Geschichte. In der Schweiz haben Städte wie Genf und Neuenburg entweder bereits ein Verbot von Einwegplastik beschlossen oder Anstrengungen unternommen, Einwegplastik im öffentlichen Raum massiv einzudämmen. In der Stadt Zürich gegen Einwegplastik vorzugehen ist natürlich nur ein kleiner Schritt und löst das grosse CO₂-Problem nicht generell. Aber der Verzicht auf Einwegplastik ist ein sehr einfacher Beitrag auf dem Weg zu einer Stadt Zürich mit Netto-Null CO₂-Emissionen.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat aus den folgenden Überlegungen ab: Auch die SVP-Fraktion nimmt den Umweltschutz ernst. Auch uns ist die Klimaerwärmung nicht egal. Uns stört, dass dies über Verbote und nochmals über Verbote ablaufen soll. Wir sind überzeugt, dass damit nur das Gegenteil erreicht wird. Zudem würde bei einer Annahme die Gewerbefreiheit stark eingeschränkt. Verbote, nochmals Verbote und hohe Gebühren nützen nichts. Der Eingriff in die Wirtschaft über Verbote ist unserer Ansicht nach viel zu massiv. Das zeigt auch die Situation bei durchgeführten Festivitäten. Am Openair Frauenfeld wurde eine hohe Gebühr erhoben, verbunden mit dem Wunsch, dass eine Mehrheit ihre Sachen wieder mitnehmen. Das Gegenteil traf ein: Ganze Zelte sind liegen geblieben. Unserer Meinung nach müssen da andere Massnahmen ergriffen werden. Es gibt sicherlich zweckmässige Mittel, um den Verbrauch zu reduzieren. In der EU gibt es Umweltexperten, die das Verbot von Einwegplastik als plumpe Symbolpolitik bezeichnen. Ersatzprodukte sind in ihrer CO₂-Bilanz oftmals schlechter als Einwegplastik. Somit erreicht man aus ökologischer Sicht das Gegenteil des Gewollten. Nehmen wir das Beispiel des Schwing- und Älplerfests in Zug. Dort war Abfall auszumachen, die Sache wurde aber ohne Verbote zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Ein weiteres Beispiel ist die gute Nachricht, dass die Stadt Zürich an den Procura+-Awards unter 28 Städten in der Kategorie «nachhaltige Beschaffungsinitiativen» mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Sie erhielt diesen Award wegen ihres innovativen und nachhaltigen Einsatzes von Recyclingbeton – RC-Beton – mit CO₂-reduziertem Zement im Hochbau, beziehungsweise wegen der Verwendung von Recyclingasphalt im Strassenbau. Mit solchen Massnahmen erreichen wir viel mehr als mit den verlangten Verboten, um die Stadt Zürich auf dem Weg zu Netto-Null CO₂-Emissionen zu unterstützen. Wir alle können noch besser werden. Auch wir in der SVP-Fraktion sind gerne bereit, aus den Erfahrungen in Genf und Neuenburg zu lernen und dies in der Stadt Zürich erfolgreich umzusetzen. Zusammen werden wir besser, doch können wir nicht mit der Brechstange in so kurzer Zeit alles auf Netto-Null CO₂-Emissionen reduzieren. Auch dafür eine Weisung ausarbeiten zu lassen, die in der Kommission lang und breit diskutiert wird, bringt nichts. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Bättschmann (Grüne): Plastik ist berechtigterweise in die Kritik geraten. Nebst dem Unsinn, ein Produkt herzustellen und zu verbrauchen, das grossmehrheitlich aus einem nicht-erneuerbaren Grundstoff hergestellt und schnell wieder verbrannt wird, haben Plastikverpackungen und andere Kunststoffe noch weitere Begleiterscheinungen. Als Mikropartikel befindet sich der Plastik bereits in Gewässer und Luft. Wir trinken die Mikropartikel mit den künstlichen Pestiziden. Dass wir diese Mikropartikel auch mit den anderen Verunreinigungen in der Luft einatmen, macht es auch nicht besser. Ein anderer Punkt ist, dass Plastik in grossen Mengen in die Gewässer gelangt und darum Fisch und Vögel langsam verhungern, weil sie den Abfall mit Nahrung verwechseln oder sich in den grösseren Plastikhinterlassenschaften verheddern. Auch andere Wildtiere, Kühe und Schafe erleiden Schaden durch den sorglosen Umgang von uns Menschen, die ihre Verpackungsabfälle einfach irgendwo auf der Wiese deponieren. In Drittweltländern vermüllen unsere exportierten Plastikverpackungen die Umwelt und belasten das dortige Ökosystem. Auf den unnötigen CO₂-Ausstoss bei der Herstellung und Verbrennung wurde bereits in der Begründung des Postulats hingewiesen. Ich vermute, dass einige hier drin grummeln werden, dass dies nicht unser Problem sei und wir darum in Zürich mit so einem Einwegverbot nichts ausrichten können. Das stimmt nicht: Jeder noch so kleine Schritt trägt zu einer Verbesserung bei und zwingt Hersteller und Verteiler zum Griff nach Verpackungen aus erneuerbaren Grundstoffen und solchen, die die Umwelt weit weniger belasten. Der Versuch der Stadt, Plastik zu sammeln, zeigte auch optisch, dass wir viel zu viel Plastik verbrauchen: Die Sammelstellen waren andauernd überfüllt. Darum danke ich für die Überweisung des Postulats, denn die grösstmögliche Vermeidung von Plastikverpackungen ist der einzig richtige Weg.

Johann Widmer (SVP): Meine Vorrednerin beklagt den Abfall in der Umwelt. Bitte erzieht endlich mal eure Klimajugend, die sollen gefälligst ihren Abfall nach Kundgebungen und Partys wieder mitnehmen. So kommt der Plastik dorthin, wo er hingehört, nämlich in den Abfall und nicht auf die Wiese. Das ist ein typisches «Utopiepostulat», das deutlich zeigt, wie problematisch die politischen Ziele der Grünen sind. An der ETH gab ich vor vielen Jahren eine Vorlesung zum Thema Kunststoff. Ein Student forderte mich provokativ auf, man müsse Kunststoff zu 100 Prozent recyklieren. Meine Antwort war natürlich, dass dies zu einer Zunahme des weltweiten Kunststoffvolumens führe. Wer diese Aussage nicht versteht, muss sich nicht wundern, denn ich verlange nicht, dass ihr etwas von Kunststoffverarbeitung und -recycling versteht. Dieser Student ist heute Politiker bei den Grünen, verbreitet Utopien, die nicht umsetzbar sind. Genauso ist es mit diesem Postulat. Die Zahlen im Postulat drin sind vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) abgeschrieben. Derjenige, der sie abgeschrieben hat, versteht nicht einmal, was sie bedeuten. Ich gebe zu bedenken: Die Stadt Zürich betreibt ein Fernwärmenetz. Dieses wird hauptsächlich von den Verbrennungsöfen im Hagenholz versorgt. Damit die Verbrennung des Haushaltsmülls funktioniert, muss ein Feuer bestehen. Dieses braucht Brennstoff – etwa Kunststoff, der bitter benötigt wird. Ansonsten muss Öl ins Feuer gegeben werden. Kunststoff ist ein hervorragender Brennstoff, der den Siedlungsabfällen einen guten Brennwert gibt: 11,4 Megajoule pro Kilogramm, mit Kunststoff. Ohne Kunststoff sind es nur 8,5 Megajoule. Als Vergleich: 41 Megajoule pro Kilo beträgt der Heizwert des Heizöls. Mit dem Kunststoff im Müll können 100 Millionen Liter kostbares Heizöl in der Schweiz eingespart werden. Die Postulanten sind also für die Verbrennung von Heizöl und den Privaten wollt ihr die Öl- und Gasheizungen verbieten? Ihr Postulanten wollt die Fernwärme also nicht? Wofür haben wir denn die teuren Leitungen zwischen Hagenholz und Josefstrasse verlegt? Wofür bauen wir ein Fernwärmenetz für Hunderte Millionen Franken? Von der Stromproduktion habe ich noch gar nicht gesprochen. Liebe Grüne und linke Politiker: Es ist unlogisch. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Umweltideologie das Denken abstellt und die Sicht auf Zusammenhänge vernebelt.

Das Problem ist, dass ihr mit solchem Unsinn auch noch durchkommt. Darum geht alles schief, kostet viel Geld und schadet der Umwelt noch viel mehr. Die SVP denkt immer ein wenig weiter, weil wir nicht ideologisch vernebelt sind und Sachpolitik betreiben, die auch etwas nützt. Darum sind solche Postulate abzulehnen.

Walter Anken (SVP): Ich habe im Internet nachgeschaut, wie sich der Plastik, der im Meer herumschwimmt, zusammensetzt. Der grösste Anteil, 22 Prozent, sind Zigarettensammel. Diese könnten wir durchaus vermeiden. 19 Prozent machen Deckel und Verschlüsse aus. 14 Prozent sind Essverpackungen und nochmals 14 Prozent sind sage und schreibe die Wattestäbchen. Es ist richtig, dass der Einwegplastik der grösste Anteil des Plastikmülls im Meer ausmacht. An den europäischen Stränden liegt er etwa bei 50 Prozent. Die Idee, die Verschmutzung der Weltmeere zu reduzieren, finden wir auch sehr gut und es ist sicherlich notwendig. Wer kennt die Bilder von Schildkröten, aus deren Kopf Strohhalme gezogen werden oder Delfine und Haifische, die in den herumtreibenden Netzen erbärmlich verenden nicht? Die EU hat eine Einwegplastikrichtlinie und solche Strohhalme sind dort verboten. Es wurde aber bereits gesagt: Es gibt Umweltexperten in der EU, die dies als plumpe Symbolpolitik bezeichnen. Alternative Produkte sind in der Energiebilanz oft wesentlich schlechter in Sachen Energiebilanz. Vor einigen Jahren hatten wir die Diskussion über die Toni-Molkerei mit ihrem Joghurt im Glas und der Migros mit der Pappe. In Sachen CO₂ scheiterte die Toni-Molkerei. Warum? Das Glas muss zurücktransportiert, begutachtet und gereinigt werden. Das Glas ist in dieser Vollkostenrechnung schlechter als die Pappe, die umweltfreundlich verbrannt werden konnte. Alternativen zum Einweggeschirr sind oft beschichtete Pappe oder Aluminium, was alles andere als ökologisch ist. Untersuchungen zur Einwegverpackung zeigten, würde man Alternativen verwenden, würden diese rund 3,6-mal mehr Energie verbrauchen oder den Faktor der Masse um 2,2 steigern. Die CO₂-Bilanz wäre somit negativ und das wollen wir. Die bessere Lösung aus Sicht der SVP ist es, der Industrie Zeit zu geben, um neue Produkte herzustellen. Das achtlose Wegwerfen des Abfalls ist das eigentliche Problem. Den Menschen muss wieder klar werden, dass der Abfall in den Abfalleimer gehört. Hier stehen die Eltern und die Schulen in der Verantwortung. Heikle Produkte müssen besser gekennzeichnet werden, damit sich der Konsument besser orientieren kann. Bessere Aufklärung und Informationen helfen den Menschen mehr als plumpe Verbote. Als ich als Achtjähriger in die Schule ging, füllte unsere Lehrerin ein Glas mit Erde und einem kleinen Plastikbeutel. Sie sagte uns, wir würden sehen, wie der Plastik aussehen wird, wenn wir die dritte Klasse erreichen. Bis zum heutigen Tag habe ich dieses rote Plastikstück nicht vergessen. Warum? Weil ich als kleiner Junge gelernt habe, dass Plastik in der Erde nicht so schnell verfault. Im Emmental mussten wir in unserer Schulzeit jeweils an zwei Tagen die Wochen Abfall einsammeln. Das war für mich die beste Schule. Darum lehnt die SVP dieses gut gemeinte Postulat ab.

Dr. David García Nuñez (AL): Bevor ich mich mit dem Inhalt des Postulats auseinandersetze, möchte ich eine formale Kritik an das Büro, beziehungsweise der Geschäftsleitung anbringen. Es geht um die Form, die die einreichenden beiden Fraktionen und die parlamentarische Gruppe für dieses Anliegen gewählt haben. Dieses Postulat fordert nämlich keinen Bericht oder Überprüfung eines Sachverhalts, wie das gemäss Art. 74 in der alten oder Art. 93 in der neuen Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) verlangt wird. Es beauftragt den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Weisung zur Anpassung rechtlicher Grundlagen, damit ein Verbot, beziehungsweise eine Besteuerung innerhalb der Stadtgrenzen durchgesetzt werden können. Das ist eine Formulierung, die wir ansonsten in Motionen vorfinden. Gleichwohl ist das Anliegen gemäss Art. 68 in der alten, beziehungsweise Art. 90 in der neuen GeschO GR nicht motionabel, da die angestrebte Änderung kaum in stadträtlicher Kompetenz liegen dürfte. So wurden die Postulantinnen und Postulanten kreativ und erfanden eine neue Vorstossform: das «Mostulat», beziehungsweise die «Potion». Mir soll das alles Recht sein, ich bin ein Freund

aussergewöhnlicher Lösungen für nicht wegzukriegende Probleme. Ich möchte an dieser Stelle aber alle daran erinnern, dass das Büro, beziehungsweise die Geschäftsleitung einen meiner Vorstösse aus formalen Gründen zurückwies, weil ich mich traute, zwecks Sichtbarmachung der Geschlechterdiversität, den Gender-Underline zu verwenden. Mit diesem Formfehler konnte die damalige Geschäftsleitung nicht leben und die Sache dementsprechend sanktioniert. Ich frage mich, wo die disziplinarische Kraft, die Ezgi Akyol (AL) und ich damals zu spüren bekamen, in diesem Fall bleibt. Offensichtlich gilt auch in diesem Rat die Orwellsche Wahrheit, dass alle Tiere gleich, manche jedoch gleicher sind, wenn sie in der richtigen Fraktion sitzen oder die richtigen Themen ansprechen, so dass ihnen auch groteske Formfehler verziehen werden. Keine Angst, ich mache aus meinem Herz nun keine legalistische Mördergrube. Ich beglückwünsche allen, die der normierenden Gewalt der Geschäftsleitung entkommen konnten, möge sie uns alle irgendwann in Ruhe lassen. Das nur nebenbei, denn das Hauptziel dieses Vorstosses wird von der AL nämlich unterstützt. Auch wir möchten den Konsum von Einwegplastik aufs Minimum reduzieren. Das ist – wie die Postulantinnen und Postulanten selbst schreiben – ein weiterer Schritt in Richtung Netto-Null-Ziel. Zusätzlich trägt der Abbau des aktuellen Plastiktsunami zum Schutz unserer Meere und Ozeane bei, was mir als Mittelmeermensch ebenfalls sehr wichtig ist. Die Frage ist also nicht ob, sondern wie und vor allem wie schnell wir dieses Problem lösen werden können. In der Vergangenheit besprachen wir dementsprechend in diesem Rat verschiedene Lösungsansätze. Mehrere Vorstösse – auch seitens der AL – beschäftigten sich mit der Förderung von Recyclingmassnahmen. Paradoxerweise wurde unser Vorstoss zur Verbesserung der PET-Rückgewinnung von zwei der nun vorstössigen Fraktionen abgelehnt, nämlich von den Grünen und der Parlamentsgruppe EVP – und auch von der SVP, die sich nun wegen der Prohibition aufregt. Man betitelte unsere Idee als systemfremd. Zürich könne nicht einfach so vor sich her wursteln – ganz im Gegenteil zum heute verlangten, isolierten Plastikverbot, beziehungsweise Plastiksteuer, die sich offensichtlich problemlos in unser System einfügen lässt. Auch da sehen wir: Stammt die Idee aus der eigenen Küche, lässt man jede Kritikfähigkeit fahren, so dass jedes formaljuristische Problem zur Petitesse verkommt. Sollte der Vorstoss überwiesen werden, sehen manche unserer Fraktionsmitglieder weitere Komplikationen auf uns zukommen. Erstens: Aus Recyclingperspektive ist Plastik nicht in jedem Fall die schlechteste Verpackungsvariante. Jegliche Verordnung muss dementsprechend Abwägungen durchführen und die Ausnahmen zum Totalverbot mitdenken. Diese zu formulieren und vor allem durchzusetzen ist eine byzantinische Aufgabe, die keine Stadtverwaltung ohne den Aufbau eines riesigen Kontrollapparats bewältigen kann. Zweitens: Ein Plastik-Totalverbot dürfte die Durchführung sozialer Anlässe massiv verkomplizieren. Uns ist es bewusst, dass es bereits heute Quartierfeste gibt, die auf Plastik verzichten. Man kann jedoch – bei allem Respekt – die Grösse und Organisation des Quartierfests im Niederdorf nicht mit dem 1.-Mai-Fest vergleichen. Drittens: Die vorgeschlagene Massnahme packt das Problem nicht an der Wurzel an. Plastik stellt nämlich nur die Materialisierung unserer Wegwerfmentalität dar. Es radikal zu verbieten, wirkt wie eine Beruhigungstablette; schnell und entspannend. Solche Tabletten führen jedoch nicht zur Lösung des Problems, wenn das Grundproblem nicht zusätzlich am richtigen Ort – nämlich in Bundesbern – in der richtigen Form – mittels Verfassungs- oder Gesetzesänderungen – und zur richtigen Zeit – am liebsten Vorgestern – anpackt. Aufgrund all dieser Überlegungen ist die AL im Freigang. Manche Fraktionsmitglieder hegen die Hoffnung, dass der Vorstoss doch noch zu strukturellen Änderungen führt, andere sind skeptischer und sehen mehr die erwähnten Nachteile. Dementsprechend bunt wird unsere Abstimmungstafel aussehen.

Samuel Balsiger (SVP): Ich und meine Ratskollegen sahen schon mehrmals beim nach vorne Gehen nach langen Sitzungen auf der linken Seite einen bis an den Rand mit PET-Flaschen gefüllten Abfallbehälter. Selbst diese paar Meter, die der PET-Behälter entfernt ist, scheinen einigen Linken in diesem Ratssaal zu viel Aufwand. Und so

werfen sie die eigentlich recyclebaren PET-Flaschen lieber in den Abfall. Es ist kurios, dass diese linken Gutmenschen überhaupt zu einer Plastikflasche greifen. Warum nehmen Sie nicht von Zuhause eine Glasflasche mit der benötigten Wassermenge mit? Warum nehmen Sie nicht eine leere Flasche und füllen diese hier auf der Toilette? Praktisch auf jedem linken Pult steht eine Plastikflasche. Fast nirgends steht eine Mehrwegflasche. Sie erzählen und fordern etwas, das sie selbst nicht einhalten. Überlegen Sie, was es für eine Wohlstandsgesellschaft bedeuten würde, müsste man überall mit seinem Fläschchen, Löffelchen und Schälchen herumgehen. Wäre das am Schlüsselbund befestigt? Oder an der Hose? Und wenn ich in den Coop gehe, würde ich meine Schüssel hervornehmen und meinen Salat darin abfüllen? Das funktioniert doch gar nicht. Der Beweis ist, dass auf praktisch jedem Pult von Ihnen eine Plastikflasche steht. Selbst wenn Sie jetzt nach meiner Rede die Flasche recyceln, statt sie in den Abfall zu werfen, verbraucht der Recyclingvorgang CO². Es ist erbärmlich, dass Sie hier vorne hochnäsigen von einer besseren Welt fantasieren, aber schau ich auf ihre Seite, steht auf Ihren Tischen überall Plastikabfall.

Ernst Danner (EVP): Das Votum von Samuel Balsiger (SVP) hat mich motiviert, meinen heutigen Konsum offenzulegen. Bei mir sind es bereits zwei PET-Flaschen. Bis 22 Uhr wird mindestens nochmals eine hinzukommen. Es sind also drei Flaschen. Ist das jetzt Einwegplastik, wenn wir es recyceln? Man müsste ein Pfand darauf erheben, damit die Rückgabe ins Geschäft mit den etwa 20 Rappen motiviert würde. So wäre es garantiert nicht Einweg und ich würde dies begrüßen. Wenn die SVP dabei hilft, entsprechende Vorstösse zu formulieren, machen wir sofort mit. So würde die Rücklaufquote dieser Flaschen erhöht werden. Als wir diesen Vorstoss unterschrieben, dachten wir aber nicht an PET, weil dieses retourniert und nicht im Hagenholz verbrannt wird. Es geht um jene Plastikbehälter, die schlussendlich auf der Wiese, im Strassenrand oder – im besseren Fall – im Abfall liegen. Dies ist ein Problem, denn es handelt sich um sehr grosse Mengen. Seitens der EVP sind wir der Meinung, dass da etwas unternommen werden muss, weshalb wir den Vorstoss mitunterzeichneten. Allerdings muss ich Dr. David Garcia Nuñez (AL) Recht geben. Wir sind nicht 100-prozentig konsequent, wenn wir hier unterschreiben. Der Form nach handelt es sich um eine Motion, die in der Form eines Postulats eingereicht wurde. Das liesse sich leicht beheben, schriebe man «der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob er eine Weisung machen wolle». Das ist ein Detail. Heikler ist: Wir sind auch der Meinung, dass die Stadt nur sehr limitierte Kompetenzen hat, hier zu handeln. In der Regel geben wir uns Mühe, nur einigermaßen realistische Vorstösse einzureichen oder mitzuunterzeichnen. Dieser ist am untersten Limit davon, was die Stadt noch machen kann. Wird er aber überwiesen, hat der Stadtrat den Auftrag, zu schauen, was gemacht werden kann, was der Bund machen kann und wie wir als Stadt daraufhin wirken können, dass auf höherer Ebene etwas unternommen wird. Es hat meistens gesamtschweizerisch eine Auswirkung, wenn Zürich so etwas unternimmt. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Elisabeth Schoch (FDP): Auch die FDP hat Sympathien für den Verzicht auf Einwegplastik, nicht aber für ein generelles Verbot und für höhere Gebühren. Bereits beim Postulat GR Nr. 2019/559, das in eine ähnliche Richtung geht, hatten wir Mühe mit der absoluten Formulierung von «keine Einwegplastikprodukte». Wir denken dabei auch an sterile und hygienische Verpackungen von Produkten, wie beispielsweise im Spitalbereich. Dort gibt es momentan noch nicht viele Alternativprodukte. Weiter sind wir auch der Meinung, dass der Vorstoss zu Unzeiten kommt, weil die Wirtschaft genügend gebeutelt ist, weil sie zu Einweggeschirr gezwungen wird. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde eine richtiggehende Wegwerfeschlacht inszeniert. Auch die Industrie ist intensiv daran, den Abfall zu reduzieren und Recyclingangebote zu ermöglichen. Ein generelles Verbot auf dem Gebiet der Stadt Zürich und somit eine weitere Belastung von Detailhandel und Gastgewerbe lehnen wir deshalb konsequent ab. Auch haben wir grosse

Bedenken bezüglich der Umsetzbarkeit. Wir werden diesem Postulat also nicht zustimmen.

Martina Novak (GLP): *Es ist eindrücklich, wie viele Gebrauchsartikel unseres Alltags aus Plastik bestehen: Wattestäbchen, Plastiktüten und -verpackungen und so weiter. Es erstaunt darum nicht, dass die Schweiz einen pro Kopf sehr hohen Kunststoffverbrauch hat. Gleichzeitig ist ein Grossteil der Kunststoffabfälle unserer Haushaltungen nicht rezyklierbar. Die grossen Plastikmengen sind für unsere Umwelt eine grosse Herausforderung. Es gibt aber Bereiche, in denen Einwegplastik bereits heute durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden kann; etwa Verpackungsmaterial in Läden oder das Geschirr und Besteck im Take-Away. In anderen Bereichen, wie der Medizin, gestaltet sich der Ersatz teilweise noch schwierig. Gerade darum ist es wichtig, die Entwicklung von Ersatzprodukten voranzutreiben – ganz im Sinne einer Stärkung von Wertstoffkreisläufen. Aus diesem Grund unterstützen wir von der GLP das Postulat. Es braucht Rahmenbedingungen, die den Ersatz von Einwegplastik durch Alternativen voranbringen, die die Umwelt weniger belasten oder aus erneuerbaren, abbaubaren oder wiederverwendbaren Materialien bestehen. Andere Städte und Regionen sind uns in diesem Bereich teilweise schon sehr weit voraus. Wir würden die Prüfung von Anreizmodellen neben Verboten begrüssen, so dass möglichst viele Bereiche mit auf den Weg gebracht werden können. Ein spezifisches Beispiel, das zeigt, dass Lenkungsabgaben in diesem Bereich funktionieren können, sind Plastiktüten im Detailhandel. Wir erinnern uns: 2016 wurde im Detail eine Mini-Gebühr auf Plastiktüten eingeführt. Die Nachfrage sank in der Folge um 80 Prozent. Wir denken, dass solche Modelle auch grössere Anreize für die Entwicklung von Alternativen zu Einwegplastik bieten können. So werden mehr und mehr kreislauffähige Produkte in den Umlauf kommen und der Umstieg auf Alternativen kann beschleunigt stattfinden.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Gegen den gesunden Menschenverstand ist nichts einzuwenden und wenn man Einwegplastik vermeiden kann, mache ich das aus reiner Vernunft auch. Ich trinke lieber aus Gläsern statt aus Bechern. Walter Anken (SVP) sagte es: Die Probleme mit den Tieren im Meer nehmen überhand. Das ist klar. Ob die Gebühr von fünf Rappen tatsächlich den Verbrauch von Plastiksäcken um 80 Prozent einbrechen liess, ist vielleicht etwas optimistisch. Ich verwende auch keine Plastiksäcke, wenn es sich vermeiden lässt. Aber bei Spontaneinkäufen in der Migros kann ich die Einkäufe auch nicht einfach lose auf dem Arm tragen. Das Postulat ist also wieder einmal gut gemeint, es ist aber auch Teil der Verbotszwängerei, die um sich greift. Sollte man hier nicht mehr auf den gesunden Menschenverstand setzen? Muss man den Leuten gegenüber wirklich so misstrauisch sein, damit sie vernünftig reagieren? Und wenn sie es tun, braucht es so ein Postulat eigentlich auch nicht. Es rennt eigentlich offene Türen ein.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments Stellung.

STR Andreas Hauri: *Es ist klar: wir produzieren insgesamt zu viel Abfall und zu viel Plastikabfall. In der Stadt Zürich entstehen durch die Verbrennung von Plastik 200 000 Tonnen CO₂ pro Jahr – das sind ca. 4 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen. 4 Prozent ist nicht der ganz grosse Hebel zur Erreichung von Netto-Null, aber es sind immerhin 4 Prozent, die auch ein Potenzial ausmachen. Dem Stadtrat ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft wichtig und wir leiten entsprechend viele Massnahmen diesbezüglich ein. Abfälle sollen reduziert und wo immer möglich in einen geschlossenen Kreislauf überführt werden. Und betreffend die Ängste, man habe dann zu wenig Abfälle für die Fernwärme kann ich Sie beruhigen: Es sind in den nächsten Jahrzehnten mit Sicherheit genügend Abfälle vorhanden, damit die sinnvolle Fernwärme funktioniert. ERZ*

(Entsorgung + Recycling) führte 2020 in Höngg und Schwamendingen einen Test in Sachen Recycling durch. Die Erkenntnisse waren beeindruckend. Wir wurden quasi mit Abfallrecycling überschwemmt. Die Bevölkerung ist durchaus bereit, den Abfall so zu recyceln, wie es sinnvoll ist. Wir haben also zwei Themen: Wir verwenden zu viel Plastik und das Thema der Kreislaufwirtschaft. Der Stadtrat wird im Rahmen der Beantwortung dieses Postulats prüfen und aufzeigen, wie man eine flächendeckende und effiziente Lösung sicherstellen kann, wenn man von Entsorgung und Kreislaufwirtschaft spricht. Dies entweder durch eine eigene Leistungserbringung oder durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit privaten Anbietern. Wir müssen uns also überlegen, wo wir Handlungsmöglichkeiten als Stadt Zürich haben. Es gibt andere Städte wie Genf. Es gibt aber auch Städte wie Bern, Biel oder Burgdorf, wo gewisse Einschränkungen bestehen. Da spricht man vor allem von Einwegplastik im öffentlichen Raum. St. Gallen schreibt die Verwendung von Mehrwegbechern bei Veranstaltungen mit mehr als 500 Besuchern vor. Betrachtet man dies, haben wir den grössten Hebel bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Dort sehen wir durchaus Möglichkeiten für gewisse Anreizsysteme, um die Menge des Verbrauchs auf der einen Seite runterzubringen und auf der anderen Seite für das richtige Entsorgen und Recyceln. Diese Anreizsysteme prüfen wir sehr gerne, wie auch weitere Massnahmen. Es ist aber auch klar, dass wir diese 4 Prozent der heutigen CO₂-Emissionen selbst auf null runterbringen können. Dafür braucht es tatsächlich den Kanton und den Bund, die mit entsprechenden Massnahmen unterstützen. In diesem Sinne bin ich gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Das Postulat wird mit 76 gegen 34 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4013. 2020/22

Postulat von Nadia Huberson (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 22.01.2020: Beitritt zum Netzwerk «C40 Cities» für einen aktiven Wissenstransfer und Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nadia Huberson (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2133/2020): C40 steht für Cities Climate Leadership Group oder auf Deutsch: Gruppe zur weltweiten Führerschaft im Klimaschutz. Diese wurde 2005 gegründet und darin sind die 40 grössten Städte der Welt organisiert. Mittlerweile sind über 90 Städte in diesem Netzwerk dabei. Bei C40 geht es darum, städtische Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels zu fördern, die Emissionen und Klimarisiken zu minimieren und gleichzeitig die Gesundheit, das Wohlbefinden und die wirtschaftlichen Chancen der Stadtbewohnerinnen und -bewohner zu erhöhen. Innerhalb von C40 bestehen rund 14 Unter-Netzwerke, was sowas wie Arbeitsgruppen sind, zum Beispiel zur Mobilität, zum Städtebau oder zur Luftqualität. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der C40-Städte verpflichten sich, die Ziele des Pariser Abkommens auf lokaler Ebene zu erreichen. Es freut uns, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen und abzuklären, ob eine Mitgliedschaft in Frage kommt. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich mit einem Beitritt zu diesem Netzwerk einen grossen Beitrag leisten kann mit dem, was sie bereits erreicht hat und bei Dingen, bei denen sie sich inspirieren lassen kann.

Walter Anken (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Februar 2020 gestellten Ablehnungsantrag: Der Beitritt zu C40 soll einen aktiven

Wissenstransfer ermöglichen. Im Postulat steht, die Städte wüssten, wie man die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad beschränken könne. Es ist die Rede von einer Zusammenarbeit auf Regierungsebene, auf Ebene der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung. Was ist C40? Das ist ein Zusammenschluss von 97 Städten, die etwa zwölf Prozent der Weltbevölkerung vertreten. Die Haltung der SVP: Kein Thema ist omnipräsenter als der Klimawandel. In der Begründung des Postulats steht, dass Städte wüssten, wie die globale Erwärmung bekämpft werden müsse. Da kann man sich fragen, wieso man sich da noch zusammenschliessen soll. Die Gründe der Erwärmung sind bekannt, wie der Verlust von Grünflächen, Bäumen, Gewässer, die Versiegelung der Böden, die Globalisierung, letztendlich die Zunahme der Weltbevölkerung und damit einhergehend der steigende Wohlstand. In Zürich ist es speziell die extreme Bautätigkeit, die Verdichtung durch die Masseneinwanderung. Wir wissen es: In der Schweiz beträgt die Klimaerwärmung etwa zwei Grad, im Rest der Welt etwa ein Grad. Das muss uns zu denken geben und die SVP erwähnt das immer wieder. Die verschiedenen Städte der Welt sind sehr unterschiedlich vom Klimawandel betroffen. Je nach geografischer Lage, müssen unterschiedliche Massnahmen ergriffen werden, um den Klimawandel zu bekämpfen – es kann nicht alles über die gleiche Latte gebrochen werden. Zu keiner Zeit in der Vergangenheit gab es mehr Möglichkeiten, uns international auszutauschen – ich erinnere an das Internet. Wozu also so ein Beitritt? Mit der Fachplanung Hitzeminderung hat die Stadt Zürich einen riesigen, bunten und extrem kostspieligen Strauss an Massnahmen zur Hitzeminderung definiert. Sie will das in den nächsten Jahren umsetzen. Die SVP lehnt dieses Postulat ab, da ein Beitritt keinen Mehrwert, sondern bloss Kosten bringt. Wir als Parlament sind verpflichtet, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Die SVP lehnt auch die Textänderung der AL ab, obwohl diese teilweise in die richtige Richtung geht, da sie verhindern möchte, dass zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Zum Klimaschutz ist bereits sehr viel Wissen vorhanden und die Stadt Zürich ist diesbezüglich auch nicht im Hintertreffen. Das Netzwerk C40 ist eines von vielen, man könnte durch den Beitritt zu allen Netzwerken eine ganze Stelle damit auslasten. Zudem sind Beitritte zu solchen Netzwerken mit grossen Kosten bei bescheidenem Output verbunden. Auch wird mit der Mitgliedschaft noch kein CO₂ eingespart – im Gegenteil kommen Flugkosten auf uns zu, die wiederum CO₂ generieren. Wir sind hin und her gerissen, weil es auf der anderen Seite durchaus sein kann, dass neue Ideen hinzukommen. Deshalb stimmen wir diesem Postulat mit wenig Begeisterung zu. Immerhin öffnet es den Blick der Stadt über die Schweiz hinaus.

Martina Novak (GLP): Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, dessen Auswirkungen wir aber lokal zu spüren bekommen. Die Ansätze, mit denen man dem Klimawandel begegnet, werden lokal entwickelt, sind aber auch international von Bedeutung. Es ist wichtig, solche Lösungen im Gesamtkontext und in Beziehung zu internationalen Bestrebungen zu sehen. C40 Cities bietet in diesem Bereich ein niederschwelliges Gefäss für Städte zur Unterstützung beim Wissensaustausch, in der Zusammenarbeit und in der Umsetzung wirksamer Massnahmen gegen den Klimawandel. Neben der Bewältigung der Folgen der Pandemie ist 2021 für die Stadt Zürich auch ein Klimajahr. Im Frühling wurde die Fachplanung Hitzeminderung im Gemeinderat beraten. Dort sahen wir, dass die Städte überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen sind. In Form von Hitzeinseln können sie sich überdurchschnittlich stark erhitzen, was Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Bevölkerung hat. Demnächst beraten wir das Klimaziel unserer Stadt und werden die städtische Klimapolitik neu ausrichten. Darum scheint uns von der GLP der Beitritt zu C40 Cities und auch dessen Zeitpunkt als richtig und wir denken, dass wir von diesem Netz sowohl profitieren als auch uns aktiv einbringen werden können. Darum unterstützen wir dieses Postulat.

Dr. David García Nuñez (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die AL unterstützt die Idee, dass sich die Stadt Zürich dem Netzwerk C40 Cities anschliesst. Weltweit wächst die Anzahl Menschen in Städten und inzwischen werden nicht nur 80 Prozent des globalen BIPs, sondern auch bis zu 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen produziert. Diese Verantwortung kann man nicht abdelegieren, weswegen städtische Lösungsansätze gefragt sind. Die Massnahmen zur Eindämmung der Klimakrise gehören zu den grössten und dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit. Es liegt in unserer Verantwortung, dass die Urbanisierung vorausschauend und klimaresistent erfolgt. Der öde Reflex, die Forderungen als «radikal» oder «ideologisch» zu bezeichnen, verkennet die Tatsache, dass Stadtbevölkerungen höchst anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Sprich: Wir alle werden zu den ersten Opfern der sich anbahnenden Krise zählen. Dementsprechend handelt es sich nicht nur um eine Frage der globalen Verantwortung, sondern liegt in unserem ureigenen Interesse, dass wir den notwendigen Kurswechsel einleiten. Es ist umso besser, dass wir dabei nicht allein sind, sondern von anderen Städten lernen und profitieren können. Gleichzeitig glauben wir jedoch nicht, dass der Stadtrat zur Teilnahme an diesem Netzwerk zusätzliche Ressourcen braucht. Sämtliche administrative Arbeiten können durch die Sekretariate der entsprechenden Departemente übernommen werden. Der Stadtrat braucht nicht zusätzliches Geld, um ein Reisebüro auf die Beine zu stellen. Diese Ressourcen wären nicht nur aus dem Fenster geworfen, sondern würden gerade für die Durchführung von Umweltprojekten fehlen. Sollte der Stadtrat eine Idee aus dem C40 Cities-Netzwerk adaptieren wollen, kann er das entweder in eigener Kompetenz beschliessen oder im Rat eine Weisung mit entsprechender Finanzierungsforderung stellen. Dementsprechend schlägt unsere Fraktion eine Textänderung vor, bei welcher der letzte Teilsatz des Postulats gestrichen wird. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Samuel Balsiger (SVP): Hört man der linken Seite zu, wenn es um die so genannte «Klimakrise» geht, habe ich fast das Gefühl, es seien Todessehnsüchte vorhanden: Wir seien in der Stadt die ersten Opfer; die Klimakrise komme; der Weltuntergang stehe bevor – Sie sind in einer kleinen Welt gefangen, in der Sie mit Todesängsten konfrontiert werden. Blicken Sie aber einmal in die Welt hinaus, so sehen Sie Fakten, wie dass die Schweiz für einen Tausendstel des menschengemachten CO₂ verantwortlich ist. Die Welt geht nicht unter, obwohl man das schon so viele Male gesagt hat. In den 1970er-Jahren hiess es, es käme eine Eiszeit, dann kam das Waldsterben und andere Todessehnsüchte, wegen derer man bei einem Gott eine bessere Welt erleben musste. Dann kommen Sie auch immer wieder mit dem Pariser Klimaabkommen, das China – die grösste Dreck- und CO₂-Schleuder auf dieser Welt – erlaubt, bis 2030 weiterhin zu wachsen und mehr CO₂ auszustossen. Es ist komisch, dass China bis 2030 immer mehr CO₂ ausstossen darf, obwohl schon die Welt angeblich 2030 untergehe. Das verstehe ich nicht. Das Votum der FDP ist auch erstaunlich und zeigt etwas Wiederkehrendes auf: Da wird vom ersten bis zum zweitletzten Satz erklärt, warum die Vorlage aus liberaler Sicht abzulehnen sei. Im letzten Satz heisst es dann aber, man stimme dennoch zu. Wo ist das Credo «weniger Staat, mehr Freiheit»? Bei den FDP-Parteibonzen in ihrer kleinen Welt gilt dieses Credo nicht mehr, aber der normale, liberale Wähler hat häufig eine ganz andere Einstellung. Das CO₂-Gesetz wird von über 60 Prozent der FDP-Wählern abgelehnt, aber fast die gesamte Fraktion im Nationalrat stimmte zu. Ich mache nicht die FDP als Staatsgründerpartei, die unser Land auf eine urliberale Verfassung stellte und die unseren Wohlstand begründet als Ganzes schlecht. Das Problem ist die Parteispitze, bei der abhandengekommen ist, was «liberal» bedeutet. Die Hoffnung wächst, dass an der Basis eine neue Generation entsteht, wie etwa das liberale Komitee gegen das missratene CO₂-Gesetz. Es ist gut, gibt es einen Generationenwechsel bei uns Menschen, da oftmals hintenan etwas Besseres kommt. Da habe ich die Hoffnung,

dass in Zukunft mit der SVP als grossen und der FDP als Juniorpartner wieder eine bürgerliche Politik in diesem Land möglich ist.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wissen Sie, warum in Schweden die Hotels so günstig sind? Das ist, weil dann Überkapazitäten herrschen und die Firmen dann nicht arbeiten. Die Firmen schicken ihre Belegschaften wegen der hohen Steuern in Seminare, die Quasi-Ferien sind. Das mag ja schön und gut sein und wenn das Firmen bezahlen, ist dies denen überlassen. In diesem Fall hier habe ich aber den Eindruck, dass der Beitritt zu so einem Netzwerk ebenfalls zu so einer Reisetätigkeit führen wird – auf Kosten des Steuerzahlers. Vor allem, wenn man wegen eines Postulats diesem Netzwerk beigetreten ist. Denn dann kann man den Beitritt damit begründen, dass er so vom Parlament gefordert worden sei. Und weil man nicht alles am Computer machen möchte, entsteht eine gewisse Reisetätigkeit. Dann wird man diese 97 Städte wohl auch besuchen müssen. Ich habe nichts dagegen, wenn man an solche Orte fliegt. Bloss predigt man auf der einen Seite die Flugscham und auf der anderen Seite propagiert man das Fliegen im Namen eines solchen Netzwerks. Das ist ein kompletter Widerspruch. Wären das wenigstens Netzwerke, die Diskussionsforen sind, aber es sind Veranstaltungen, bei denen man auf eine bestimmte Linie indoktriniert wird – entweder von einem Klimaguru oder einer Klimagura – um die weibliche Form mitzunehmen. Darum ist das Postulat überflüssig.

Ernst Danner (EVP): Wir von der EVP finden dieses Netzwerk grundsätzlich eine gute Sache. Wir haben grosse Sympathien für den Beitritt. Wir haben wenige Vorbehalte: da wäre etwa jener, der von der AL genannt wurde. Wir sind klar der Meinung, dass dies nicht mehr Ressourcen verlangen darf. Wir werden deshalb nur zustimmen, wenn der Änderungsantrag angenommen wird. Wird er abgelehnt, lehnen wir das Postulat ab. Der zweite Punkt: wir versuchten herauszufinden, mit welchen Rechten und Pflichten der Beitritt verbunden wäre und wie das Konstrukt rechtlich konzipiert ist. Dazu haben wir weder im Postulat noch auf der Website von C40 irgendetwas gefunden. Ich habe via Kontaktformular an «C40 incorporated» in New York eine Nachricht geschickt und meine E-Mail-Adresse angegeben und gefragt, was der Beitritt zu so einem Netzwerk bedeutet. Leider habe ich bis heute keine Antwort erhalten, was mich diesem Ding gegenüber etwas negativ gestimmt hat. Entweder haben die zu wenige Ressourcen oder keine Lust gehabt, meine Anfrage zu beantworten. Wir haben aber den Eindruck, dass man sich mit einem Beitritt zu nichts Dramatischem verpflichtet würde. Ausserdem muss der Stadtrat einen Beitritt überprüfen, da es sich um ein Postulat handelt. Tauchen da heikle Punkte auf, würde der Stadtrat sicherlich genau hinschauen.

Matthias Probst (Grüne): Selbstverständlich unterstützt auch die Grüne Fraktion diesen Vorstoss – mit oder ohne Textänderung. Wir finden es intelligent, den Austausch zu fördern. Auf die Schnelle habe ich in der Mitgliederliste viele Städte gesehen, von denen man durchaus etwas Interessantes lernen könnte; etwa Kopenhagen für Velolösungen. Aus Spanien sind verschiedene Städte mit dabei, die kürzlich interessante Verkehrslösungen angegangen sind. Dann sind fast alle grossen Städte dieser Welt mit dabei, die mit spannenden Lösungen auffahren können, da sie etwas autonomer als die Stadt Zürich sind. Heute wurde – vor allem von der SVP – mehrmals vorgehalten, die Schweiz sei nicht wichtig in Sachen Klimaveränderung und was wir machen, bewirke sowieso nichts. Das stimmt leider nicht ganz. Die Schweiz ist in Sachen Klimaveränderung sehr wichtig. Wir finanzieren einiges, sind aber selbst für einen grossen Fussabdruck verantwortlich. Würde die ganze Welt so leben wie wir, bräuchten wir heute schon dreieinhalb Planeten. Das geht offensichtlich nicht auf. Wenn eines der reichsten – und vielleicht auch fortschrittlichsten – Länder der Welt es nicht schafft, seine Emissionen zu senken, können wir das auch schlecht von anderen Ländern erwarten. Erst recht können wir das nicht von Ländern erwarten, an die wir unsere Emissionen ausgelagert haben, wie etwa

China, das die meisten Emissionen importiert – zu einem guten Teil von uns, indem wir unsere Industrie einfach abgeschoben haben. Die Schweiz hat eine sehr hohe Verantwortung in Punkto Klimaveränderung. Man sollte nicht die Länder anschauen – ist dies doch eine relativ willkürliche Betrachtung – sondern es geht um die einzelnen Menschen. Betrachtet man diese, steht die Schweiz in den Top 10 der grössten Umweltsünder der Welt. Da haben wir eine Verantwortung wahrzunehmen und ich bin froh, dass wir diese nun auch verstärkt wahrnehmen. Ich bin überzeugt, dass die Stadt Zürich das Eine oder Andere aus diesem Netzwerk lernen kann. Wenn wir nun vorwärts machen, können wir aber auch den anderen Städten etwas zeigen. Das wäre doch auch eine gute Idee.

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Samuel Balsiger (SVP).

Nadia Huberson (SP): *Im Postulat geht es in erster Linie darum, ob der Beitritt zum Netzwerk möglich und sinnvoll ist, weshalb wir die Textänderung annehmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ich kann Ihnen versichern, dass ich weder todessehnsüchtig bin noch an einen Klimaguru glaube. Ich möchte schlicht meine Verantwortung für Klima und Umwelt wahrnehmen und dort etwas unternehmen, wo es auch einen Effekt hat. Die Stadt Zürich ist Mitglied verschiedener Organisationen, die den Klimaschutz zum Thema haben und arbeitet dort auch mit. Es handelt sich aber nicht um unzählige. In der Schweiz sind wir vor allem im Städteverband aktiv und haben dort zur Klima- und Energiecharta wesentlich beigetragen, sind dort Erstunterzeichnende. International beteiligen wir uns bei drei Organisationen. Das C40-Netzwerk ist insofern interessant, als dass es klare Aufnahmebedingungen stellt. Das Ziel muss mindestens Netto-Null bis 2050 sein. Es braucht einen Massnahmenplan zur Bewältigung von Klimaextremereignissen wie etwa Hitzesommer, Trockenheit oder extreme Niederschläge. Man muss aufzeigen können, welche sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile durch die Umsetzung dieser Verpflichtungen in Zürich entstehen. Und man muss aufzeigen, mit welchen Ressourcen und Partnern Zürich diese Pläne konkret umsetzen möchte. Wer die Verpflichtungen nicht einhält, kann auch aus der C40-Vereinigung ausgeschlossen werden. Dies ist zum Beispiel Basel passiert, weil deren Klimaziel nicht mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel ist. Die Stadt Zürich erfüllt alle Bedingungen: mit unserer Netto-Null-Strategie, mit der Fachplanung Hitzeminderung, mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und -studien zur wirtschaftlichen und sozialen Verträglichkeit. Diese Organisation ist attraktiv für den Wissensaustausch, um voneinander zu profitieren und Best-Practices zu übernehmen. Es geht nicht darum, möglichst viele Flugreisen zu organisieren. Wir können dort auch unsere Erfahrungen bei der Umsetzung von Netto-Null weitergeben. Die Organisation ist aber auch derart attraktiv, dass keine weiteren Mitglieder aufgenommen werden, ausser, ein anderes Mitglied ausgeschlossen wird oder von sich aus entscheidet, es wolle nicht mehr dabei sein. C40 kam übrigens schon mehrmals auf uns zu, da sie an einer Mitarbeit interessiert wären – wir sprechen hier nicht von einer Mitgliedschaft und Mitgliedschaftsbeiträgen. Das ist für uns sicher interessant und wir bleiben dran.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich dem Netzwerk „C40 Cities“ beitreten und sich aktiv am partnerschaftlichen Wissenstransfer und der Kooperation mit anderen Städten für Klimaschutzmassnahmen weltweit beteiligen kann und hierfür die entsprechenden Ressourcen in der Stadtverwaltung bereitgestellt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 92 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4014. 2020/81

Motion von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden vom 04.03.2020:

Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marion Schmid (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2288/2020): In den Forderungen dieser Motion orientieren wir uns an der nationalen Demenzstrategie, vor allem mit dem Fokus auf das Handlungsfeld 1: Gesundheitskompetenz, Information und Partizipation. Es ist wichtig, dies klarzustellen, weil wir diese Forderungen nicht stellen, weil die Stadt im Bereich Demenz schwach wäre – im Gegenteil, die Stadt Zürich ist sehr stark, wie auch in allen anderen drei Handlungsfeldern. Wir haben viele und gute Angebote; über 650 Pflegeplätze allein in den städtischen Alters- und Pflegezentren; zwei Memory-Kliniken; die gerontologische Beratungsstelle; hervorragende Fachkräfte in Diagnose und Behandlung, die in der Erarbeitung der nationalen Demenzstrategie prägend waren. Wir sind auch führend in der Forschung: Die universitäre Klinik für Akutgeriatrie hat die Dual-Health-Studie unter sich – die grösste Altersstudie Europas. Aber: Im Handlungsfeld 1 sind wir vergleichsweise schwach. Was möchten wir dort haben? Wir möchten, dass das zentrale, aber auch das dezentrale Beratungsangebot verstärkt wird – vor allem ausserhalb der Institutionen des GUD, weil für viele Menschen eine Hemmschwelle besteht, sich an solche Institutionen zu wenden. Wir möchten, dass Austauschmöglichkeiten für Betroffene, Angehörige und Freunde initialisiert und unterstützt werden. Wir möchten auch ein Kursangebot für Freiwillige und Angehörige und, dass die Bevölkerung, Firmen und die Verwaltung auf die Thematik sensibilisiert werden. Wir möchten Begegnungsmöglichkeiten schaffen, so dass der Umgang mit Demenz normaler und enttabuisiert wird. In der Stadt Zürich leben aktuell etwa 7700 Menschen mit einer Demenzdiagnose. Durch die steigende Lebenserwartung wird diese Zahl zunehmen. Man rechnet bis 2050 mit einer Verdoppelung dieser Zahl. Wenn Sie nun denken, die meisten dieser Menschen leben sowieso in einem Heim, liegen Sie falsch: 60 Prozent leben Zuhause und bewegen sich tagtäglich in unserer Gesellschaft. Mit der Verschiebung von stationär zu ambulant, was die Altersstrategie anstrebt, wird dieser Anteil vermutlich zunehmen. Wir müssen als Stadt im Umgang mit Menschen mit Demenz besser werden – auch ausserhalb der Institutionen für das Alter; im Alltag, in der Bevölkerung. Es braucht mehr Know-how und Kompetenz und vor allem eine höhere Sensibilität und mehr Erfahrung. Menschen mit Demenz leben mitten unter uns und sollen einen Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir können diese Aufgabe nicht einfach den «Fachleuten» überlassen. Wir möchten auch jene Menschen, die mit Menschen mit Demenz zusammenleben nicht mit dieser Situation alleinlassen, da sie häufig anspruchsvoll ist, in den Anfängen bedrohlich wirkt und mit grossen Ängsten verbunden ist. Das Thema Demenz ist nach wie vor stark tabuisiert, ist mit grossen Konfliktpotenzialen und Schamgefühlen behaftet. Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme der Motion ab und fordert die Umwandlung in ein Postulat. Wir möchten bei der Motion bleiben und ich möchte Ihnen erklären, warum. Mit der Altersstrategie 2035 hat der Stadtrat die zentrale Strategie definiert; die Stärkung des selbstbestimmten Lebens im Alter. Er sagt dabei:

Eine wichtige Querschnittsaufgabe sei die Berücksichtigung und Sensibilisierung der Bevölkerung für Diversität. Dazu gehöre explizit das Leben mit Demenz, wie er in der Motionsantwort schreibt. So explizit finde ich es nicht. Im Massnahmenkatalog kommt das Wort Demenz in genau einer einzigen Massnahme vor und zwar unter 3.8, «Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz im öffentlichen Raum». Klar, die Thematik ist in vielen anderen Massnahmen mitgemeint. Aber mit dem Mitgemeintsein ist das so eine Sache, wie etwa bei den Frauen, die mitgemeint sind – zwar nicht bei den Ärzten, Forschern und Bürgern, aber dafür sehr explizit bei den Putzfrauen, Verkäuferinnen, Sekretärinnen – aber das ist ein anderes Thema. Mitgemeintsein genügt auch in diesem Fall nicht. Das Thema Demenz hat in der Altersstrategie nicht das Gewicht, das es verdient. Der Umgang mit Demenz im Zusammenhang mit dem Alter ist die vielleicht grösste Herausforderung. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, eine Gesamtschau. Die Stadt sagt: Das gebe es alles bereits und wir würden das gut machen. Es ist gut, wenn die Stadt viel in diesem Bereich unternimmt und es ist auch gut, dass es private Player wie etwa «Demenz Zürich» gibt, die viel unternehmen. Aber die verschiedenen Angebote müssen vernetzt und aufeinander abgestimmt sein. Es muss klar sein, wo welche Aufgabe abgedeckt wird und wie diese abgesichert und finanziert ist. Vor allem muss klar sein, wo noch Lücken auf dem Weg zu einer demenzfreundlichen Stadt bestehen. Ich möchte mit einem Zitat von Gaby Bieri, Chefärztin des Geriatrischen Dienstes und eine grosse Fachfrau auf diesem Feld abschliessen: «Eine demenzfreundliche Stadt ist nicht nur besser und freundlicher gegenüber Menschen mit Demenz, sondern sie ist auch besser und freundlicher gegenüber allen Menschen. Sie ist offener, grosszügiger gegenüber der Vorstellung, wie man zu sein hat. Sie ist toleranter der Vielfalt der Menschen gegenüber.» Ich glaube, es lohnt, sich hier auf den Weg zu machen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments Stellung.

STR Andreas Hauri: *Als Gesundheitsvorsteher bin ich immer froh, wenn das Thema Demenz diskutiert wird, weil Demenz uns alle angeht. Marion Schmid (SP) hat in vielen Punkten klar und gut ausgedrückt, wo die Problematiken liegen. Ich könnte Ihnen nun viele Zahlen aufzählen; wie die Situation aussieht, wer betroffen ist, wie viele in stationären Institutionen oder Zuhause leben, wie diese heute betreut werden, wo sie selbstständig sind und wo sie welche Unterstützung brauchen. Ein beträchtlicher Teil davon ist in der Motionsantwort aufgezeigt. Die Situation ist tatsächlich so, dass wir sehr viel in diesem Bereich unternehmen, was aber nicht heisst, dass bereits alles vorhanden ist – das haben wir nie gesagt. Auch auf nationaler Ebene prägen wir das Thema Demenz stark mit, sind in allen wichtigen Organisationen vertreten und haben wichtige Konzepte miterarbeitet. Das aktuellste ist die kantonale Plattformorganisation «Mäander». Ein beträchtlicher Teil der Motionsforderung wird durch genau diese Organisation abgedeckt und indem wir dort Best-Practices an Betroffene und Beteiligte weitervermitteln können. Ein weiteres Element, das ebenfalls in der Motionsantwort enthalten ist, ist die Demenzhotline, die ein Entlastungs- und Präventionsprogramm für Angehörige darstellt. Betrachtet man das heutige Angebot, könnte ich Ihnen hier ebenfalls eine grosse Aufzählung präsentieren. Marion Schmid (SP) hat richtigerweise gesagt, wir sind in der Stadt Zürich sehr gut unterwegs. Es muss aber immer wieder gefragt werden, wie wir als Gesellschaft mit Demenzkranken umgehen: Wo können wir noch spezifischere Beratungs- und Informationsangebote ausarbeiten. Der Stadtrat ist also klar der Meinung, dass – trotz der guten Lage heute – die Themen Enttabuisierung, Information und Sensibilisierung der Gesellschaft im Umgang mit Demenz noch verbessert werden können. Diese Verbesserungen wurden in der Altersstrategie schon klar formuliert. Genau das umschreibt die Schwierigkeiten, die wir mit diesem Vorstoss haben, dass die Anliegen*

grundsätzlich berechtigt sind, wir aber zu allen Anliegen in der Altersstrategie bereits gesagt hatten, dass wir sie anpacken. Zum Teil ist dieses Anpacken bereits in Vorbereitung oder Umsetzung. Das macht es bei dieser Motion schwierig, zu entscheiden. Das Anliegen ist klar und berechtigt. Wir müssen immer an einer Verbesserung der Situation für Demenzbetroffene und -angehörige arbeiten damit Demenzkranke möglichst lange mit wenig Unterstützung funktionieren können. In diesem Sinne lehnen wir den Vorstoss als Motion ab, nehmen ihn aber als Postulat gerne entgegen, um aufzuzeigen, welche zusätzlichen Aktivitäten die Stadt Zürich plant.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Anken (SVP): *Die Motionäre möchten eine kreditschaffende Weisung für die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz unterbreitet haben. Konzepte sollen erstellt und die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die Stadt solle sich an der nationalen Demenzstrategie orientieren. Es ist aber so, dass die Stadt Zürich selbst an der Erarbeitung dieser Strategie beteiligt war. Das GUD engagierte sich bei deren Umsetzung und kennt die nationale Demenzstrategie ganz genau. Eine weitere Forderung ist: Zu Beginn der Krankheit fehle die Diagnose und in der Stadt Zürich werde keine adäquate Behandlung lanciert. Die beiden Memory-Kliniken in der Stadt Zürich bieten ein breites Angebot an ganzheitlichen Abklärungen, Beratungen und Therapien an. Jährlich werden über 500 Neuabklärungen durchgeführt. Oft werden Betroffene von der Diagnoseerstellung bis zum Eintritt in eine Langzeitpflege begleitet. Es kann keine Rede davon sein, dass nicht viel unternommen werde. Eine telefonische Anlaufstelle soll bereitgestellt werden – der Stadtrat hat es zuvor gesagt. Betreuungsangebote ausserhalb des Gesundheitsdepartements sollen verstärkt werden. Die Altersstrategie sieht vor, dass nebst den städtischen Akteuren auch Private bei der Umsetzung miteinbezogen werden sollen. Neben zentralen telefonischen und persönlichen Beratungen ist auch die Zusammenarbeit mit Privaten in den Quartieren vorgesehen – im Sinne von Drehscheiben für ältere Menschen. Selbsthilfegruppen sollen geschaffen werden, doch ein städtisches Kursangebot für Selbsthilfegruppen von Angehörigen besteht bereits. Ich möchte die «Angehörigengruppe für Alzheimer»-Vereinigung erwähnen, «Angehörigenforum für Familien und Begleitpersonen», «Gruppe für pflegende Angehörige» und so weiter. Weiter sollen Moderationspersonen Betroffene unterstützen. Im Entlisberg ist eine moderierte Selbsthilfegruppe für Demenzbetroffene in Planung. Auch dieser Punkt ist also in Arbeit. Weiter sollen Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, Firmen und der Verwaltung ergriffen werden. Die Altersstrategie sieht auch dies vor, so dass sich Demenzbetroffene sicher fühlen, wenn sie unterwegs sind und auf Unterstützung zählen dürfen. Mit diesem Ziel soll die Öffentlichkeit für Demenzkranke weiter sensibilisiert werden – insbesondere im öffentlichen Verkehr sollen Massnahmen ergriffen werden. Demenzkrankheit soll weiter enttabuisiert werden. Der Stadtrat hat in der Altersstrategie 2035 Massnahmen zur Enttabuisierung, Information, Sensibilisierung der Gesellschaft im Umgang mit Demenz aufgegriffen. Memory-Kliniken engagieren sich seit Jahren zur Enttabuisierung dieser Krankheit und der Betroffenen. Die SVP lehnt die Motion ab, da sie bereits heute zu einem grossen Teil erfüllt ist und sämtliche Forderungen bereits in Planung oder realisiert sind. Noch eine persönliche Bemerkung: Als ich las, was alles für Demenzkranke unternommen wird, musste ich mir sagen, wir können uns national und international sehen lassen. Das ist sehr erfreulich.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Auch für uns ist diese Anliegen überflüssig, auch wenn wir viel Respekt vor der Demenz haben. Walter Anken (SVP) hat aufgezeigt, wie auf allen Ebenen bereits gearbeitet wird; lokal, kantonal und bundesweit. Öffentlich-rechtliche und private Organisationen sind am Thema dran. Unter anderem gibt es eine nationale Demenzstrategie und die Plattform «Mäander», die beide bereits genannt wurden. Auch*

die Stadt Zürich hat schon viel unternommen, wie es Marion Schmid (SP) bereits ausgeführt hat. Mit den Pflegezentren, dem Stadtspital Waid und der Zusammenarbeit mit dem USZ haben wir eine sehr gute Ausgangslage. Marion Schmid (SP) führt aus, dass Menschen offensichtlich eine Hemmschwelle haben, städtische Institutionen zu kontaktieren was eigentlich diese Motion begründet. Wenn aber Menschen gegenüber städtischen Institutionen Hemmungen haben, müsste eigentlich Platz geschaffen werden, damit sich private Organisationen entwickeln können. Diese tun dies auf eine sehr gute Art und Weise: Eigenverantwortung ist auch hier gefragt und führt dazu, dass dies unternommen wird, was die betroffenen Menschen und ihre Familien auch brauchen. Wir sind der Meinung, dass es keine weiteren Mittel ausserhalb der bestehenden Strukturen braucht. Viel wird bereits in der Altersstrategie eingesetzt. Unserer Meinung nach unternimmt die Stadt genügend und private Initiativen möchten wir nicht im Keim ersticken und mit Geld ausbluten lassen. Wir lehnen den Vorstoss als Motion ab.

Nicolas Cavalli (GLP): Ende März wurde das Geriatrieforum 2021 online durchgeführt. Ich und andere Kommissionsmitglieder haben ebenfalls daran teilgenommen – insgesamt nahmen, so glaube ich, rund 300 Personen daran teil. Es gab sehr interessante Vorträge und es wurde aufgezeigt, was heute im Bereich der Demenzmedizin existiert, woran geforscht wird und was die Herausforderungen sind. Eindrücklich wurde an verschiedenen Beispielen gezeigt, was die Stadt Zürich heute schon unternimmt. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben, glaube ich, einstimmig erwähnt, dass Demenz oft tabuisiert wird und mit Scham behaftet ist. Umso wichtiger ist, dass das Thema auch auf politischer Ebene offen diskutiert wird. Das Anliegen der Motionärinnen und Motionären wird im Grunde heute schon umgesetzt – auch wenn die Begründung einleuchtend scheint, geht es doch um eine Verbesserung der Situation. Kritisch sehen wir von der GLP, dass bereits sehr viele ähnliche oder gleiche Angebote bestehen. Die Frage stellt sich also, ob der Stadtrat die bestehenden Angebote nicht besser bekanntmachen sollte. Im Vorfeld dieser Ratssitzung habe ich eine kurze Recherche durchgeführt, um zu sehen, wie einfach die Online-Informationsbeschaffung in Sachen Demenz und Zürich ist. Man gelangt auf die Website von «Demenz Zürich»: Dort findet sich eine Liste mit Anlaufstellen – nicht nur städtische, sondern auch kantonale. Der Zugang ist also relativ einfach und es bestehen auf öffentlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Seite bereits diverse Angebote, wie es eigentlich auch Marion Schmid (SP) bereits detailliert ausführte. Die Forderungen der Motion sind auch im Rahmen der Altersstrategie bereits aufgenommen, wie es STR Andreas Hauri erwähnte. Ich möchte dazu das Stichwort «Weiterentwicklung zur Fachstelle für alle Altersfragen» erwähnen. Die Motion würde aus unserer Sicht nur zu einer Doppelspurigkeit führen. Wir lehnen die Motion ab, würden den Vorstoss aber als Postulat im Sinne einer Überprüfung unterstützen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Meine Vorrednerinnen haben bereits einiges erwähnt, weshalb ich mich kurzfassen kann. Ja, die Stadt unternimmt vieles zur Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen. Sie steht im nationalen Vergleich nicht schlecht da, das haben weder Marion Schmid (SP) noch ich in unserer Motion jemals bestritten. Trotzdem ist es so, dass die Eintrittsschwelle, um die notwendige Unterstützung zu erhalten erheblich ist. Es gibt x-Stellen, y-Spezialistinnen und zig-Tausende Dinge, die die Angehörige einer demenzbetroffenen Person zu erledigen haben. In diesem Sinne erstaunt es nicht, dass viele Personen – Betroffene und Angehörige – vor lauter Stress, Problemen und Unterstützungsbäumen, den Hilfwald gar nicht mehr sehen. Nicht minder gross ist die Gefahr, dass die Tendenz der einzelnen Institutionen, nur den eigenen Garten zu pflegen dazu führt, dass man als Hilfesuchender von Pontius zu Pilatus herumgeschoben wird. Den Satz «dafür sind wir leider nicht zuständig» hören Angehörige und Betroffene am laufenden Band. Anders gesagt: Wie so häufig in modernen medizinischen und sozialen Systemen werden Probleme nicht gelöst, sondern höchstens verwaltet. Im folgenden Vorstoss hören wir dazu ebenfalls etwas. Ich mache

dabei aber niemandem einen Vorwurf. Aus Sicht der Institutionen macht diese Schonhaltung immer Sinn. Patienten- und Patientinnen-Nähe und Bedienungsfreundlichkeit sieht aber im 21. Jahrhundert schlicht anders aus. In diesem Sinne ist es für mich als Motionär essenziell, dass die Stadt eine zentrale Triagestelle errichtet, die die Hilfesuchenden zu den dezentralisierten Angeboten leiten kann. Die Frage, die sich stellt ist: Kommt diese Stelle nicht so oder so und trägt diese Motion nicht einfach Eulen nach Athen? Die Antwort lautet Jein. Die Altersstrategie – das haben wir vom Stadtrat gehört – verfolgt eine ähnliche Richtung wie unser Vorstoss. Dies wissen Marion Schmid (SP) und ich selbstverständlich auch. Uns sind die Geburtsmängel dieser Strategie aber nach wie vor präsent. Die Altersstrategie ist ein grob skizzierter Wunschzettel und die zu Bericht gewordene Wollmilchsau. Hinzu kommt der zeitliche Faktor: die Strategie schreitet stetig – das glaube ich STR Andreas Hauri – aber ausserordentlich langsam voran. Konzepte, Ziele, Stossrichtungen ohne materielle Pläne und Auswirkungen können uns und insbesondere Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen nicht zufriedenstellen. Wir brauchen Daten. Die Zeit der Worte ist vorbei. So obliegt es dem Gemeinderat, von Zeit zu Zeit Nägel mit Köpfen zu machen, bevor eine ganze Legislatur vergeht, ohne dass die Exekutive die Komfortzone der Planungsphase verlassen hätte. In diesem Sinne bitte ich Sie darum, dieser Motion zuzustimmen.

Marion Schmid (SP): *Ich möchte auf einige Dinge replizieren. Es wurde vielfach gesagt, es bestünde bereits viel und alles werde bereits gemacht. Ich habe in meinem Eingangsvotum bereits gesagt, dass viel unternommen wird, es gibt aber noch Lücken. Wenn Elisabeth Schoch (FDP) sagt, diese Forderung sei überflüssig, finde ich das befremdend. Sie hat auch gesagt, es sei eine grosse Hemmschwelle, von städtischen Institutionen Hilfe in Anspruch zu nehmen und man solle deshalb besser private Angebote nutzen – und ich gehe davon aus, auch zu stärken. Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Motion nirgends steht, die Stadt müsse dies alles selbst machen und dass es nicht denkbar wäre, einen Leistungsauftrag zu vergeben. Es ist auch nicht so, dass es diese Angebote nicht gäbe: Es wurde auf die Organisation «Alzheimer Zürich» verwiesen, die vieles heute schon anbietet, was wir fordern. Wir haben ebenfalls mit deren Geschäftsführerin gesprochen. Sie unterstützt unser Anliegen ebenfalls. Es ist aber gleichzeitig auch so, dass diese Organisation massgeblich von Spenden lebt und von der Stadt Zürich keinen grünen Rappen erhält. Da sind wir der Meinung, dass damit nicht genügend sichergestellt ist, dass das Angebot für die Stadt Zürich auch tatsächlich besteht. Wenn sie nämlich über kein Geld mehr verfügen oder das Angebot aus anderen Gründen beenden, dann existiert es schlicht nicht mehr. Zumindest von meiner Seite her ist dies nicht tragbar. Auch wenn vieles bereits unternommen wird, bestehen noch Mängel und Lücken. Es kann ein grosser Gewinn für unsere Stadt sein, wenn wir hier einen entscheidenden Schritt weiterkommen – und zwar in Form einer Motion.*

Marion Schmid (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 62 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4015. 2020/83

**Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Ezgi Akyol (AL) vom 04.03.2020:
Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen
Gesundheitsinstitutionen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2290/2020): Gemäss Weltgesundheitsorganisation ist die Gesundheit ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Konkret heisst das, dass Chirurgeninnen und Chirurgen nicht nur Körper, und Psychiaterinnen und Psychiater nicht nur Hirn- oder seelische Funktionen behandeln. Obwohl sich Ärztinnen und Ärzte immer dagegen wehren, zeigt uns die Geschichte, dass die erfolgreichsten Therapien diejenigen sind, die nicht nur die Einzelpatientinnen und Einzelpatienten, sondern auch ihr Umfeld miteinbeziehen. Krankheiten und Störungen sind immer in einem Umfeld eingewoben und müssen nicht nur somatisch und psychiatrisch, sondern auch sozial angegangen werden. In einem solchen holistischen Modell besteht auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fächern und Disziplinen. Selbstverständlich müsste in einem solchen System jede therapeutische Leistung aus dem gleichen Topf finanziert werden. Dies gilt insbesondere, weil die Grenze zwischen Körper, Psyche und Gesellschaft nicht in jedem Krankheitsfall trennscharf gezogen werden können. Leider sieht die Realität in unserem Land anders aus. So können medizinisch relevante soziale Leistungen auch dann, wenn sie wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind, kaum abgerechnet werden. Das gilt im ambulanten Bereich, in dem Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter innerhalb von Tarmed praktisch nicht autonom abrechnen können, so dass ihre Leistungen auf die Gemeinden verschoben werden. Das gilt im stationären Bereich, in dem die geltende Fallpauschalenlogik praktisch blind für die Erbringung sozialer Leistungen im Spital ist. Es gibt aber störrische Ärztinnen und Ärzte, die nicht den finanzpolitischen Irrsinn, sondern die ganzheitliche Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten im Sinne haben. Vielleicht ist das so, weil sie die übergewichtige Frau Meier behandeln, die bei jeder monatlichen Konsultation 500 Gramm mehr auf die Waage bringt und der man im vergangenen Jahr x-mal die Adressen verschiedener Sportangebote überreichte, die sie jedoch aus Scham nicht besucht. Oder weil sie den Herrn Gimenez visitieren, der kaum Deutsch spricht und deshalb den Beipackzettel für seine Medikamente missversteht, was zu wiederholten Notfallhospitalisationen führt, und man ihm unter anderem den Besuch eines Deutschkurses empfiehlt, den er nicht besucht, da er Angst vor dem Sozialamt hat. Oder vielleicht, weil sie die zunehmend erblindenden Herrn Müller betreuen, der funktioneller Analphabet ist und darum die Dokumente nicht ausfüllen kann, die er für seine berechnete Unterstützung bräuchte. Frau Meier, Herr Gimenez und Herr Müller haben körperliche und vielleicht auch psychische Beschwerden. In erster Linie bräuchten sie aber eine gesundheitsbezogene, sozialarbeiterische Unterstützung. Dies wissen viele Ärztinnen und Ärzte und versuchen, die Fälle entsprechend anzumelden. Was dann folgt, ist ein leidiger Spiessrutenlauf. Gehen wir davon aus, dass diese Fälle stationär liegen, dann werden die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter den Ärztinnen und Ärzten Bescheid geben, dass sie diese sozialen Probleme schon sehen, allerdings müssten sie sich um die Verlegung der Patientinnen und Patienten der Rehabilitation kümmern. Man könnte aber selbstverständlich die richtige Adresse abgeben, damit sich Frau Meier in der Bewegungsgruppe, Herr Gimenez im Sozialamt und Herr Müller beim Blinden- und Sehbehindertenverband anmelden können. Selber begleiten könne man diese Personen aber nur ausnahmsweise, dies sei aber eine einmalige Sache und

müsse mit den Vorgesetzten und dem Team besprochen werden. Solche Aktionen würden nämlich nicht durch die Krankenkasse übernommen und das Fehlen eines ganzen Morgens oder nachmittags würde sich auf die Arbeitsleistung anderer auswirken. Im ambulanten Bereich ist die Situation noch verrückter. Da gibt es keine regelmässige und etablierte Kooperation zwischen Somatikerinnen und Somatikern, Psychiaterinnen und Psychiatern und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Jeder Bereich kocht seine eigene Suppe und man trifft sich häufig in vorletzter Sekunde – dann, wenn alle Züge bereits abgefahren sind. Dann wird in einer prekären Situation erwähnt, dass die Krankenkassen die gesundheitsbezogenen Leistungen nicht bezahlen. Lieber sollen andere die Einzelleistungen übernehmen, auch wenn das am Schluss für das gesamte System, für die Patientinnen und Patienten und für uns alle teuer kommt. An dieser Stelle ist es nicht vermessen, von einer national organisierten Fehlallokationsorgie zu sprechen. In der Zwischenzeit werden Frau Meier, Herr Gimenez und Herr Müller herumgereicht, bis die Situation derart eskaliert, dass sie doch stationär behandelt werden müssen. Mit unserer Motion wollen wir die Situation ändern, indem wir die finanzbedingte Versorgungslücke schliessen. Im Rahmen eines Pilotprojekts soll das Verschreiben von sogenannten sozialen Interventionen oder sozialen Rezepten massiv erleichtert werden. In Grossbritannien, wo dieses System bereits bestens funktioniert, hat man die Stelle des sogenannten Link Worker geschaffen. Anhand meiner Problemdarstellung verstehen Sie, woher der Name rührt: Er verbindet verschiedene Settings miteinander. Es braucht also jemanden, der den Patientinnen und Patienten den Sprung zwischen den verschiedenen, hochspezialisierten, medizinischen Settings ermöglicht. Uns ist bewusst, dass diese Funktion in der Schweiz am besten durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter durchgeführt werden kann. Nur muss man diese Menschen anstellen und ihnen den entsprechenden Auftrag erteilen, damit sie sich nicht hauptsächlich damit beschäftigen, was sie abrechnen können, sondern auch damit, was sinnvoll ist. Wir wollen nicht, dass die soziale Versorgung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger vom karitativen Engagement von bereits extrem belasteten Sozialarbeiterinnen- und Sozialarbeiter-Teams abhängt. Es geht darum, dass die soziale Arbeit wieder ihren Platz im Gesundheitswesen findet. Der Stadtrat teilt viele Punkte unserer Analyse und legt in seiner Antwort auch dar, wie er momentan zur Lösung beiträgt. Hauptsächlich erwähnt er die multiplen, über die Stadt verstreuten Sozialdienste und das MoKit (Mobile Krisenintervention) & Kompass Team. Das ist alles schön und gut und ich bin sehr dankbar für diese Zusammenstellung. Die AL stellt gar nicht in Abrede, dass diese Kolleginnen und Kollegen hervorragend arbeiten. Unserer Meinung nach unterlaufen dem Stadtrat aber zwei matchentscheidende Fehler, die aber nochmals aufzeigen, warum diese Motion notwendig ist. Bei MoKit & Kompass handelt es sich um ein sehr wertvolles, aber auch sehr kleines Team, das bei psychischen Krisen, psychosozialen Belastungen oder komplexen, gesundheitlichen, sozialen Probleme zum Zuge kommt. Das sind alles Situationen, die weder den Herrn Müller, den Herrn Gimenez noch die Frau Meier betreffen. Würden sich die Ärztinnen und Ärzte mit diesen Problemen dort melden, würde man ihnen sagen, man sei dafür nicht zuständig. Sie erinnern sich an den vorherigen Vorstoss. MoKit & Kompass müsste viel breiter aufgestellt werden, um diese Verbindungsfunktion stemmen zu können. Bei den bereits bestehenden Sozialdiensten zeigt der Stadtrat exemplarisch, wie die Institutions- und Settingsfixierung zu einem Irrgarten führt. Stellen Sie sich dieses Beispiel vor: Eine an Sucht erkrankte Person, die vom Sozialamt unterstützt wird und sich in der städtischen Suchtfachklinik behandeln lässt, verfügt über zwei Sozialarbeitende, während unsere Frau Meier, Herr Gimenez und Herr Müller niemanden aus diesem Bereich zu Gesicht erhält. Das ist das Problem eines modernen, bürokratisierten Gesundheitswesens. Dafür müssen wir Lösungen entwickeln. Uns ist bewusst, dass mit dieser Idee etwas Innovatives vorgeschlagen wird. Darum beschränkt sich unsere Motion auf ein Pilotprojekt. Wie der Stadtrat dieses Ziel erreichen möchte, ist ihm überlassen. Vielleicht braucht es neue Stellen, vielleicht braucht es eine Reorganisation der bestehenden Strukturen im Sozialdienst, vielleicht bietet gerade der Bau der Reha

*neben dem Triemli eine Möglichkeit, das Aufgabenprofil der spitalinternen Sozialdienst-
arbeitenden zu überdenken. Die Gestaltung dieses Systems bleibt in Exekutivkompe-
tenz. Wer weiss, vielleicht haben wir am Ende dieser Probezeit eine funktionierende, so-
zialarbeiterische Einheit, die die verschiedenen Settings ambulant, stationär, psychiat-
risch, somatisch überbrücken kann und sich auch gegenüber Hausärztinnen und Haus-
ärzten und Privatpraxen öffnet. Damit hätte die aktuell bestehende, perverse Kartoffel-
schieberei ein Ende und wir hätten alle gewonnen – sogar in finanzieller Hinsicht. Da-
rum bitten wir Sie darum, diese Motion zu unterstützen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements
Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die Behandlung und Pflege von Menschen mit komplexen medizi-
nischen und sozialen Problematiken ist tatsächlich eine grosse Herausforderung. Ich
denke, das ist unbestritten. Es ist unbestritten, dass die soziale Situation wie Bildungsni-
veau, Einkommen, Zugang zu Gesundheitsversorgung, aber auch psychische Aspekte
einen grossen Einfluss auf die Gesundheit haben. Eine patientenzentrierte, integrierte
Gesundheitsversorgung gewinnt auch im Raum Zürich immer mehr an Bedeutung, was
richtig ist. Der ganzheitliche Interventionsansatz ist wichtig und muss funktionieren. Jetzt
besteht aber eine ähnliche Situation wie vorher beim Thema Demenz: Die Stadt unter-
nimmt auch in diesem Bereich bereits viele Aktivitäten. Sowohl im Gesundheits- als
auch im Sozialbereich. Die grossen Anstrengungen – hier vor allem auch die sozialen
Aspekte – werden angemessen berücksichtigt. Die Institutionen verfügen vielfach über
Personen, die sich vernetzen, mit den relevanten Stellen zusammenarbeiten und für die
Patientinnen und Patienten die optimale, individuelle und nachhaltige Lösung suchen,
anbieten und umsetzen können. Die Forderung ist aus Sicht des Stadtrats weitgehend
abgedeckt. Es wurde von Dr. David Garcia Nuñez (AL) gesagt, dass zwar viele Ange-
bote vorhanden seien, aber die Vernetzung, die Abstimmung untereinander oder die Bü-
rokratie teilweise problematisch sei. Die Angebote sind da, das kann man sagen. Es gibt
sehr viele vergleichbare Angebote, sei es im stadtärztlichen Dienst, bei der psychiatri-
schen Polyklinik, bei der mobilen Krisenintervention, bei der Suchtfachstelle, bei den
medizinisch-sozialen Ambulatorien, bei den sozialen Diensten des Sozialdepartements
oder bei privaten und gemeinnützigen Akteuren wie dem Schweizerischen Roten Kreuz
(SRK), Spitex Zürich, Pro Senectute – die Liste ist nicht vollständig. Diese und weitere
Angebote sind in den städtischen Institutionen bekannt und es besteht eine etablierte
Zusammenarbeit und Überweisungspraxis. Aber auch diese Motion – und das streite ich
nicht ab – zeigt gewisses Verbesserungspotenzial auf, das wir auch gerne überprüfen.
Wir sehen dieses Verbesserungspotenzial vor allem beim Übertritt von der stationären
zur ambulanten Behandlung – eine klarere Etablierung von Überweisungsprozessen
würden sicherlich helfen. Weiteres Verbesserungspotenzial sehe ich bei einer optimier-
ten Angebotsübersicht, die kein unüberblickbarer Dschungel an Angeboten darstellt und
auch der Informationsaustausch lässt sich noch enger gestalten. Dies sind Massnah-
men, die wir nicht in einer Motion entgegennehmen sollten, sondern gerne als Postulat
prüfen und allenfalls entsprechende Massnahmen in die Wege leiten. Ich danke dafür,
dass Sie dies als Postulat überweisen.*

Weitere Wortmeldungen:

Sofia Karakostas (SP): *Ziel dieser Motion ist es, durch soziale Rezepte die Gesundheit
und das Wohlbefinden der betroffenen Menschen zu fördern, indem Patientinnen und
Patienten unterstützt werden, mehr Kontrolle über ihre Gesundheit zu erhalten und
gleichzeitig ihre sozialen Bedürfnisse zu befriedigen. Das Projekt des Social Prescribing
oder eben des Sozialen Rezepts – das haben wir von Dr. David Garcia Nuñez (AL) ge-*

hört – wurde in den 1990er-Jahren in Grossbritannien entwickelt und basiert auf der Erkenntnis, dass es denen Menschen gesundheitlich besser geht, die über ausreichend soziale Kontakte verfügen. So wird auch in einem Artikel der Schweizerischen Ärztezeitung vom Januar 2020 aus einem wissenschaftlichen Positionspapier zum Thema zitiert, wonach jährlich ähnlich viele Menschen aufgrund geringer sozialer Unterstützung sterben, wie an den Folgen von Lungenkrebs. Das Modell des Sozialen Rezepts setzt dort an, wo reine medizinische Leistungen nicht oder nicht mehr weiterhelfen können: In den Fällen, in denen es um die Vermittlung komplementärer, nicht-medizinischer Leistungen geht, werden im britischen Modell so genannte Link Workers eingesetzt, die zwischen der Ärzteschaft und den weitergehenden Angeboten vermitteln. Die Link Workers sind Fachpersonen aus dem Sozialbereich und würden in der Schweiz den Fachpersonen Soziale Arbeit entsprechen. Die daraus resultierenden Interventionen können sehr unterschiedlicher Natur sein. Nebst den bei uns allgemein bekannten Therapien kommen sehr unterschiedliche Aktivitäten in Frage, die das Ziel der sozialen Teilhabe verfolgen, wie zum Beispiel die Förderung physischer Aktivitäten, Lernangeboten oder andere sozialen Angebote. Die Aktivitäten sind individuell und auf die Bedürfnisse der einzelnen Patientinnen und Patienten zugeschnitten. Das entspricht auch dem zukunftsweisenden Ansatz der personalisierten Medizin, der auch in Zürich in der Forschung stark gefördert wird. Das Modell der Sozialen Rezepte soll auch zu einer Entlastung im ambulanten Bereich führen, denn es gibt Menschen – vor allem ältere Patientinnen und Patienten – die nur deshalb zum Doktor gehen, weil sie einsam sind und für ihre Genesung mehr als nur Medikamente bräuchten. Der Stadtrat anerkennt in seiner Motionsantwort diese Zusammenhänge, weist aber auch daraufhin, dass heute bereits eine Vielzahl sozialer Angebote bestehen, die im Gesundheits- und Umweltdepartement oder im Sozialdepartement angesiedelt sind und auch genutzt werden. Wir sind überzeugt, dass durch die Durchführung eines Pilotprojekts der Sozialen Rezepte Synergieeffekte mit den bereits bestehenden Angeboten genutzt werden können und auf dem bestehenden Angebot und den bereits gemachten Erfahrungen aufgebaut werden kann. Dadurch würde das gesamte Gesundheitssystem profitieren und es wäre vor allem ein Gewinn für die betroffenen Menschen. Aus diesen Gründen wird die SP der Motion zustimmen.

Walter Anken (SVP): Die Motion möchte eine kreditschaffende Weisung für ein evaluiertes Pilotprojekt. Die städtischen Gesundheitsinstitutionen sollen die Möglichkeit erhalten, so genannte Soziale Rezepte auszustellen. Es sollen weiter Link Worker etabliert werden. Begründet wird das Ganze damit, dass dies Patientinnen vermittelt, bei denen die medizinische Behandlung nicht mehr weiterhilft, in die soziale Isolation führt und Beschwerden gar verstärkt. Es wurden genannt: Sportgartenarbeit; Lern- und andere Angebote. Ich bin schockiert über das Votum von Dr. David Garcia Nuñez (AL), weil man dadurch meinen könnte, wir hätten im Gesundheitswesen ein riesiges Chaos in dem die eine Stelle nicht mit der anderen spreche und die einzelnen Leute von einer Ecke zur anderen rennen müssten, um herauszufinden, wo die richtige Behandlung stattfindet. Mich freute daran, dass er die Bürokratisierung als Thema aufwarf und eine Entbürokratisierung des Ganzen fordert. Unsere Ärzte sind nicht so unfähig, dass sie nicht wüssten, wohin sie die Leute vermitteln müssten. Die Link Worker entsprächen in der Stadt Zürich den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Die Stadt Zürich verfügt über diese und vermittelt sie an Personen für nichtmedizinische Massnahmen zur Gesundheitsverbesserung. Gesundheits- und Sozialsysteme in Zürich und in Grossbritannien haben unterschiedliche Strukturen und können deswegen nicht verglichen werden. Das GUD hat multidisziplinäre Teams in den Bereichen Soziale Arbeit, Pflege, Psychologie, Psychiatrie, die vergleichbares anbieten wie die Link Worker. In der Stadt Zürich vernetzen sich die Fachpersonen, um ihren Patienten die optimale Versorgung zukommen zu lassen. Gemäss Stadtrat sind die Forderungen der Motion in den hiesigen Gesundheits- und Sozialsystemen bereits abgedeckt. Der Stadtrat glaubt nicht daran, dass die Link Worker etwas für Zürich bringen würden. Der zusätzliche Personalaufbau durch Link Worker

versursacht nichts anderes als hohe Kosten und hat keine Wirkung. Die SVP lehnt Motion und Postulat ab. Es bringt keinen Mehrwert.

Nicolas Cavalli (GLP): *Die Themen rund um Public Health und Gesundheitsförderung sind aktueller denn je, beschränken sich aber nicht nur auf die Medizin. Es ist bekannt, dass nicht nur medizinische, sondern auch nicht-medizinische Massnahmen die Gesundheit fördern. Auch beeinflussen soziale, wirtschaftliche und weitere Umgebungsfaktoren das Wohlbefinden. Der Interventionsansatz, den die Motion fordert, ist, dass mittels nicht-medizinischen Massnahmen die Gesundheit verbessert werde. Das ist ein wichtiger und guter Ansatz und man kann sagen, dass dieser zum Glück bei uns recht gut funktioniert. Es wurde mehrfach Grossbritannien als Ursprungsland dieser Idee genannt. Dort steckt man relativ viel Geld in das System mit der Erwartung, dass zukünftig viele Leute davon profitieren. Ein Vergleich ist allerdings nicht einfach und mit Tücken versehen, denn in Grossbritannien läuft dies bekanntlich über den National Health Service (NHS) – einem etwas anderen System als in der Schweiz. Konsultiert man medizinische Fachzeitschriften zum Thema, liest man, dass der Ansatz vielversprechend ist. Es sei aber genauso wichtig, bei den Hausärzten anzuknüpfen und sie dafür zu sensibilisieren. Denn sie kennen die Umstände bei ihren Patienten und Patientinnen viel besser als irgendwelche weiteren Anlaufstellen. Es wäre also sinnvoll, ein gesamtheitliches System in Betracht zu ziehen, das sogar auf kantonaler oder nationaler Ebene wirkt. Wir haben mehrfach gehört, dass die Spitäler der Stadt über einen Sozialdienst verfügen. In Zürich bestehen seitens GUD und SD bereits Angebote. Das eigentlich Geforderte besteht also bereits. Wir unterstützen den Vorstoss aber als Postulat, so kann der Stadtrat prüfen, wo Verbesserungsmöglichkeiten bestehen und Anpassungen vorgenommen werden können.*

Johann Widmer (SVP): *Ich erkläre euch jetzt, warum es diese Motion aus eurer Sicht unbedingt braucht: An unseren Fachhochschulen werden immer mehr Sozialarbeiter auf Bachelor- und Masterstufe ausgebildet. Diese teuren Titelhalter brauchen eine Stelle in der Sozialindustrie, da man sie in der Wirtschaft sowieso nicht gebrauchen kann. In den letzten zehn Jahren hat sich die Absolventenzahl dieser sogenannten spezialisierten Fachpersonen aus dem Sozialbereich allein im Kanton Zürich an der ZHAW verdoppelt. Da man die Leute in diesen fragwürdigen Berufen ausbildet, sorgt die Politik dafür, dass sie auch eine entsprechende Stelle finden. Das nennt man Klientelpolitik. Das ist der Zusammenhang dieser nutzlosen und an den Haaren herbeigezogenen Motion. Ihr Linken werft der Industrie immer vor, sie würde mit Werbung Bedürfnisse schaffen, mit denen Geld verdient wird und die Leute betrogen würden. Die Wirtschaft braucht keine solchen niederträchtigen Machenschaften, die Sozialindustrie macht das aber seit Jahren so. Ihr schafft ein Angebot, das in der Ausbildung genutzt wird und die Nachfrage erhöht. Dass die bedauernswerten Absolventen in einer Sackgasse beim Staat landen, ist sehr zu bedauern und eine Verschwendung junger Arbeits- und Innovationskraft. Die SVP fordert daher seit langem, dass man diese Bachelor- und Masterlehrgänge an den Fachhochschulen jedes Jahr überprüft, um zu verhindern, dass dort zu viele nutzlose Berufe ausgebildet werden und der Fokus wieder auf die benötigten Fachleute für die Wirtschaft und im Gesundheitswesen gelegt wird. Dann braucht es auch keine solchen Motiöchen, die nutzlose Stellen schaffen. Würde man die Ausbildungsenergie, die in der Sozialindustrie verschwendet wird, in die Ausbildung der Gesundheitsberufe investieren, müsste man weniger ausländische Fachkräfte aus den umliegenden Ländern entziehen. Lehnen Sie das ab, gebieten Sie der Sozialindustrie endlich Einhalt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Fakt ist, die Schweiz gibt 177 Milliarden Franken für Soziales aus. Sie können also nicht behaupten, es gäbe ein Unterangebot beim Sozialstaat – auch nicht in der Stadt Zürich. Wir überweisen x Motionen, haben x Sozialarbeiter und Institutionen, die sich um alles Mögliche kümmern. Dass Sie aber weiterhin noch mehr*

Ausbau möchten, gründet auf einem unterschiedlichen Verständnis des Menschen. Sie glauben, der Mensch sein unfähig, selbst glücklich zu werden und den Staat braucht, der ihm beibringt zu gehen, zu sitzen, sich selbst zu waschen und so weiter. Ein rechter, Bürgerlicher, echter Liberaler hat ein Menschenverständnis, bei dem man davon ausgeht, dass der Mensch fähig ist, selbst zu arbeiten und glücklich zu werden. Wenn Sie soziale Kontakte brauchen, müssen Sie diese Kontakte halt in Ihrem Umfeld herstellen. Wenn Sie ein Problem haben, müssen Sie sich vielleicht mit anderen Menschen verständigen. Es gibt Vereine, bei denen man mitmachen kann und auch Quartiervereine suchen immer wieder Leute, die mitarbeiten. Mit einem Menschenbild im Sinne von «hilf dir selbst, dann hilft dir Gott» braucht es keinen allmächtigen Staat, der den kleinen, dummen Bürger überall an der Hand nimmt und ihm das Geld aus der Tasche zieht. Wer arbeitet, wird auch glücklich. Auch Menschen, die beeinträchtigt sind, können etwas machen. Es gibt Vorgängergenerationen, die noch vor dem allmächtigen Staat aufgewachsen sind, den wir heute haben: unsere Väter und Grossväter. Die hatten das Überangebot des Staats nicht und ich behaupte, die waren in vielen Dingen glücklicher als irgendwelche Linken die das Gefühl haben, dass 2030 die Welt untergehe.

Elisabeth Schoch (FDP): *Wie in der Motionsantwort des Stadtrats zu lesen ist, macht die Stadt in diesem Bereich schon sehr viel. Natürlich kann man alles noch ein bisschen besser machen. Der Vergleich mit dem Gesundheitswesen Grossbritanniens hinkt jedoch. Wir wissen, dass dort keine derart allumfassenden Angebote bestehen und das Gesundheitswesen dort mitnichten so ausgebaut ist wie das unsere. Wir versuchen hier einen unnötigen Zürcher Finish hinzubringen. Zudem geht es nicht an, dass Gesundheitsmassnahmen, die nicht von den Krankenkassen finanziert werden, einfach den städtischen Steuerzahlern überbürdet werden. Solche sozialen Rezepte wären dann sinnvoll, wenn sie auf Bundes- oder Kantonsgesetzgebung basieren würde und dementsprechend von den Krankenkassen übernommen würden. Wir möchten keinen Sonderweg der Stadt Zürich und lehnen die Motion deshalb ab.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es ist ein komplexer Vorstoss, bei dem man genau hinhören muss, um zu verstehen, um was es wirklich geht. Er wurde als Motion vorgeschlagen. Wir wissen, dass das kreditschaffend ist. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Kreditgrenze von zwei Millionen Franken erreicht werden muss. Es stellt sich die Frage, ob das für ein solch soziales Pilotprojekt gerechtfertigt ist – sicher nicht! Auch beim Postulat muss man sich fragen, ob auch da nicht einmal mehr offene Türen eingearannt werden. Wir wissen: Die Gesundheitskosten explodieren und wir müssen uns fragen, ob wir uns einfach immer noch mehr Luxuslösungen leisten können oder das schlussendlich nur dazu führt, dass an einer anderen Stelle die Gebühren, Steuern oder Krankenkassenprämien erhöht werden müssen. Mir ist schon klar geworden, um was es geht, nämlich darum, das Psychosomatische im Auge zu behalten. Psychologische Schwierigkeiten können sich medizinisch auswirken und das muss nicht einfach nur schulmedizinisch betrachtet werden. Auch dass es sich um einen integrierten, holistischen Ansatz handelt, ist mir klar. Das ist vernünftig, doch braucht es dafür weder eine solche Motion noch ein solches Postulat. Es wurde gesagt, dass die soziale Integration für die Gesundheit wichtig ist. Muss man sich zu diesen sozialen Kontakten immer hinführen lassen oder muss man ein wenig Eigeninitiative entwickeln? Hat es umgekehrt nicht vielmehr die Folge, dass man in eine Unselbständigkeit abgeleitet, wenn zu viel getan wird? Bei der Lebenszufriedenheitstheorie aus der Psychologie gibt es das progressiv ansteigende Anspruchsniveau: Man wird mit der Zeit immer anspruchsvoller und muss immer mehr unternehmen, um die Zufriedenheit aufrechtzuerhalten. Oder anders gesagt: Die Menschen werden immer unzufriedener und unglücklicher, wenn man die Situation nicht ständig verbessert. Beim vorvergangenen Vorstoss ging es um die Vernetzung der Städte im Netzwerk C40. Gehört das psychologisch zusammen? Das Erkenntnisinteresse von heute Abend ist, dass Basel aus dem C40 rausgefliegen ist. Da*

wird mir Basel direkt sympathisch. Ich höre schon die kommenden Schnitzelbänke, aber nicht jene, bei denen die Basler selbstkritisch sind, sondern es wird gefragt, wann die Zürcher endlich auch auf die Idee kommen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Wir bleiben bei der Motion. Ich möchte kurz auf meine Vorrednerinnen und Vorredner replizieren. Walter Anken (SVP) kann ich antworten: Das Chaos in der Medizin ist erheblich. Das sage ich nicht nur als Arzt, sondern derzeit auch als Patient. Wäre ich nicht so gut strukturiert, wäre mein Leben aktuell ein Chaos – und ich habe «nur» zwei Muskelzerrungen. Zu den Fakten: Ich weiss nicht, was Sie sich vorstellen, wie viele Sozialarbeiter in dieser Stadt rumschwirren und angestellt sind. Im Mo-Kit & Kompass Team sind es 3,8 Vollzeitstellen plus 60 Stellenprozent für einen Peer-Berater, den ich Ihnen auch als Sozialarbeiter zugestehe. Das sind keine fünf Personen für die ganze Stadt, für über 450 000 Menschen. Im Waid sind es 7,7 Stellen für 3800 jährliche Beratungen bei 8900 Patienten. Hier von Luxus und einer Industrie zu sprechen, wie es Johann Widmer (SVP) tat, ist für mich unverständlich. Im Triemli sind es 10,5 Stellen für 3500 Beratungen; in der Suchtfachklinik sind es zwei Vollzeitstellen. Ich weiss auch nicht woher der Vorwurf der Klientelpolitik kommt. Bin ich etwa Sozialarbeiter? Können Sie nicht lesen? Auf der Website steht, was mein Beruf ist und ich möchte genau nicht diese Arbeit machen, nur weil Tarmed mir dies bezahlt. Ich möchte, dass diese Arbeit von Leuten gemacht wird, die das studiert haben und besser können als ich. Zu Samuel Balsiger (SVP) und Elisabeth Schoch (FDP) betreffend des erwähnten Zürich-Finischs und warum diese Patientinnen und Patienten sich nicht selbst soziale Kontakte besorgen: Offensichtlich verstehen Sie nichts von psychiatrischen Erkrankungen und sozialer Isolation. Offensichtlich würde es auch nichts bringen, wenn ich Ihnen dies nun erkläre, aber wissen Sie: Michael Schmid (FDP) hat Samuel Balsiger (SVP) einen Vorschlag gemacht, sich auf ein Getränk zu treffen. Nehmen Sie doch Professor Gutzwiller gleich mit dazu, einem ausgewiesenen Experten im Bereich Public Health, und lassen Sie sich von ihm erzählen, was ein biopsychosoziales Modell ist.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 64 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4016. 2021/236

**Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 02.06.2021:
Errichtung eines Ringfencing für die Beteiligung der Stadt an Atomkraftwerken
zwecks Reduzierung der finanziellen Haftungsrisiken**

Von der SP- und Grüne-Fraktion ist am 2. Juni 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten, mit der es möglich wird, für die Beteiligungen der Stadt Zürich an Atomkraftwerken ein so genanntes Ringfencing zu errichten, zum Beispiel,

indem man die Beteiligungen in einer separaten und zu gründenden Aktiengesellschaft isoliert, die sich im Besitz der Stadt befindet.

Begründung:

In Artikel 125 Abs. 2 GO wird der Stadtrat ermächtigt, die Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu veräussern. Daneben muss aber die ebenso grosse Bedrohung durch diese Beteiligungen infolge Haftungsrisiken möglichst schnell und gleichzeitig angegangen werden.

Die Stadt Zürich ist keine Mehrheitsaktionärin oder Alleinaktionärin bei Atomkraftwerken oder bei Beteiligungsgesellschaften, sondern sie hat überall Partner. Im Unterschied zu allen anderen Partnern hält die Stadt ihre Aktien aber direkt und nicht via Tochtergesellschaften, denn das ewz ist eine Dienstabteilung der Stadt. Die Axpo Holding zum Beispiel schützt sich mit der Tochterfirma Axpo Power AG (Aktionärin des KKG) im Falle höher Nachzahlungen für das Tiefenlager gegen den Durchgriff auf die Vermögen der Holding. Dass dies beim ewz nicht der Fall ist, bewirkt ein erhebliches, im Ernstfall sogar bedrohliches Haftungsrisiko, das die Stadt schon seit Jahrzehnten offenbar duldet.

Das Konstrukt der «Partnerwerke» basiert auf einer vollständigen solidarischen Haftung aller Partner, auch im Krisenfall. Ob sogar eine solidarische Haftung für Drittwerke besteht, ist rechtlich umstritten. Falls die anderen Partner Konkurs gehen bzw. zahlungsunfähig werden, steht die Stadt Zürich als Kommune alleine da. Da die Versicherungen es ablehnen, atomare Unfälle über eine bestimmte Summe hinaus zu versichern, und weil auch die Bedingungen für den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds immer wieder Gegenstand von gerichtlichen Streitfällen sind, ergeben sich extrem grosse finanzielle Haftungsrisiken für die Stadt. Mit Hilfe einer Auffanggesellschaft, in der die AKW-Beteiligungen isoliert werden können, kann ein so genanntes Ringfencing errichtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

4017. 2021/237

Postulat von Martina Zürcher (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:

Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege

Von Martina Zürcher (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass für die Critical Mass jeweils eine ordentliche Bewilligung (mit Route usw.) ersucht wird, damit die immer beliebtere monatliche Veranstaltung (ähnlich wie der Monday-Night-Skate) ohne grössere Beeinträchtigungen der zentralen Verkehrswege, insbesondere des öffentlichen Verkehrs und der Rettungswege, stattfinden kann.

Begründung:

Besonders bei warmen Temperaturen ist die monatliche Critical Mass ein beliebtes Happening für Velo-Fans. Am Freitagabend, 28. Mai 2021 waren es so viele Teilnehmer/innen, dass das Verkehrsnetz der Stadt Zürich zusammengebrochen ist, Rettungswege wurden blockiert, Personen sollen die Nottüröffnungen in feststeckenden VBZ-Bussen betätigt haben.

Gemäss der Schriftlichen Anfrage 2020/292 hatte die Sicherheitsvorsteherin und Exponenten ihres Departements schon Kontakt mit Personen rund um die Organisation der Critical Mass. Würde die Veranstaltung in Absprache mit dem Sicherheitsdepartement organisiert und bewilligt, könnte das Happening Critical Mass, ähnlich wie der Monday-Night-Skate, sicherer durchgeführt werden und würde insbesondere die VBZ weniger beeinträchtigen.

Mitteilung an den Stadtrat

4018. 2021/238

**Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 02.06.2021:
Berücksichtigung der Ziele Netto-Null und 2000-Watt-Gesellschaft sowie der
7-Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen bei der Anmietung von
Flächen**

Von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) ist am 2. Juni 2021 folgendes
Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Zumieten von Flächen, die Ziele «Netto Null», 2000-Watt
Gesellschaft berücksichtigt werden können und wie die 7- Meilenschritte zum umwelt- und energiegerech-
tem Bauen auch bei Objekten, welche die Stadt zumietet Beachtung finden.

Begründung:

Bei der «Beschaffung» von Mietflächen werden keine qualitativen Anforderungen zum umwelt- und energie-
gerechten Bauen berücksichtigt.

Z.B werden die 7-Meilenschritte und die Massstäbe zum umwelt- und energiegerechten Bauen nicht als
Entscheidungskriterien herangezogen, ob eine Fläche angemietet wird oder nicht.

Ob ein Objekt angemietet wird, wird in erster Linie aufgrund des entsprechenden Flächenbedarfs der
Dienstabteilungen (Flächengrösse, Grundriss, Nutzungsqualität, Lage, u.ä.) entschieden.

Der Stadtverwaltung kommt auf dem Weg zu Netto-Null eine Vorbildrolle zu. Bei der Anmietung von Flä-
chen sind diese Ziele ebenfalls zu berücksichtigen und als zentrale Kriterien zu beachten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4019. 2021/239

**Schriftliche Anfrage von Severin Meier (SP), Matthias Renggli (SP) und 8 Mitunter-
zeichnenden vom 02.06.2021:**

**Gestaltung der Seepromenade zwischen dem Strandbad Tiefenbrunnen und dem
Fährsteg Tiefenbrunnen, Möglichkeiten zur Verlängerung der Seepromenade und
zur Begrünung des Trottoirs der Bellerivestrasse mit Bäumen sowie Finanzierung
der Massnahmen über die kantonalen Mittel für den Bau von Uferwegen**

Von Severin Meier (SP), Matthias Renggli (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am
2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Chinawiese, das Strandbad Tiefenbrunnen sowie die Wiese beim Fährsteg Tiefenbrunnen sind äusserst
beliebt bei Badenden und Flanierenden; Naherholung an schönster Lage für die Stadtbevölkerung. Jedoch
klafft eine ungenutzte, unschöne, ca. 200 Meter lange Lücke zwischen dem Strandbad Tiefenbrunnen und
dem Park beim Fährsteg Tiefenbrunnen. Statt einer lauschigen Wiese oder einem Park führt eine ausla-
dende Ufermauer von der Bellerivestrasse zum See. Es ist nicht ersichtlich, weshalb dieses brachliegende
Potential ungenutzt bleiben sollte. So verwundert es nicht, dass dieser Abschnitt im Leitbild zum Seebecken
der Stadt Zürich als «Gebiet mit Entwicklungspotential» gekennzeichnet ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass das Seebecken im Bereich vom Strandbad Tiefenbrunnen bis
zum Park beim Fährsteg Tiefenbrunnen grundsätzlich zu einer attraktiven Verlängerung der Seeprome-
nade umgestaltet werden sollte? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Seepromenade an der entsprechenden Stelle durch Landgewin-
nung mittels Aufschüttung eines ca. 30-50 Meter breiten, begrünten Abschnitts zu verlängern?
3. Wie steht der Stadtrat zur Idee, die Seepromenade an der entsprechenden Stelle durch Holz- oder
Steinstege, welche das Baden ermöglichen, zu verlängern?
4. Wäre aus Sicht des Stadtrats auch eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten (siehe Fragen 2 und
3) vorstellbar – insbesondere, falls eine Landgewinnung nur in begrenztem Umfang möglich ist?

5. Wie steht der Stadtrat zur Idee, an der entsprechenden Stelle das Trottoir der Bellerivestrasse mit Bäumen zu begrünen und den Einstieg in die neu geschaffene Verlängerung der Seepromenade zu ermöglichen?
6. Könnten nach der Einschätzung des Stadtrats kantonale finanzielle Mittel gemäss § 28 b StrG für den Bau von Uferwegen dafür in Anspruch genommen werden?

Mitteilung an den Stadtrat

4020. 2021/240

Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:

Leitbild Strategie Seebecken, Vorgehen bei der Verlegung und Aufhebung von Bootsplätzen und Bojen, Planung von Hafen- und Trockenplätzen, Einbindung der Bootsbesitzenden in den Prozess sowie Entwicklung der Vermietung von Sharing-Angeboten

Von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss dem Leitbild Strategie Seebecken vom September 2009, rev. März 2018, soll die Anzahl Bootsplätze (Hafen-, Bojen- und Trockenplätze) im Sinne eines Plafonds bestehen bleiben. Gleichzeitig soll jedoch das Seebecken mittels Konzentration der Anlagen entlastet werden. Bei der Definition der zu verlegenden Anlagen sollen in erster Linie die ökologischen, archäologischen und städtebaulichen Aspekte sowie die Bedürfnisse an eine sichere Schiffsstationierung berücksichtigt werden. Eine wahrnehmbare Reduktion der unzähligen ausserhalb der Hafenanlagen liegenden Bojen wurde bis jetzt jedoch noch nicht festgestellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wird bei der Verlegung von Bootsplätzen vorgegangen, um mittels Konzentration eine Entlastung der Anlagen zu erreichen? Gibt es einen Zeitplan? Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?
2. Sind derzeit Hafen- und Trockenplätze in Planung wie z.B. Marina Tiefenbrunnen? Wenn ja, wo und wann ist die Realisierung geplant?
3. Welche Bootsplätze sollen verlegt bzw. aufgehoben werden? Werden Bojen ausserhalb der Hafenanlagen zuerst verlegt? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie viele Bojen wurden in den letzten Jahren bereits verlegt / aufgehoben? Wie viele Bojen sollen langfristig insgesamt reduziert werden?
5. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass eine zumindest temporäre Reduktion der Bojen zielführend ist, um die angestrebte Entlastung tatsächlich zu erreichen?
6. Wie werden Bootsbesitzende, welche einen Bootsplatz mieten oder mieten wollen, in den Prozess mit eingebunden?
7. Wieviele der vorhandenen Bootsplätze sind insgesamt für die Vermietung von «Sharing-Angeboten» vorgesehen? Wie hat sich die Vermietung von «Sharing-Angeboten» in den letzten Jahren entwickelt?

Mitteilung an den Stadtrat

4021. 2021/241

Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:

Bademöglichkeiten im Seebecken, Potenzial und Projekte für zusätzliche Infrastrukturen für Schwimmende, Sanierungspläne für den Abschnitt Bellevue bis Utoquai und Schaffung von Badebuchten im Abschnitt Hafen Riesbach bis Strandbad Tiefenbrunnen sowie Verhinderung von Nutzungskonflikten mit den angrenzenden Quartieren

Von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Seebecken lädt zum Flanieren und in den wärmeren Jahreszeiten auch zum Baden und Schwimmen ein. Ausserhalb der Badeanstalten sind die Möglichkeiten dafür jedoch begrenzt. Zudem ist ein Einzeleintritt für städtische Badeanstalten – z.B. Strandbad Tiefenbrunnen, Strandbad Mythenquai oder Seebad Utoquai – mit derzeit CHF 8 nicht vernachlässigbar und auch die Anzahl der Plätze ist limitiert. Für viele Menschen ist der Betrag für einen Eintritt zu hoch für einen kurzen Besuch, beispielsweise nach der Arbeit. Auch vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung ist in Zukunft mit einer verstärkten Nutzung des Zürichsees durch Badende und Schwimmende zu rechnen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass mittelfristig deutlich mehr Möglichkeiten zum Baden und Schwimmen im Zürichsee geschaffen werden müssen? Wenn nein, warum nicht?
2. Wo im Seebecken sieht der Stadtrat ein Potenzial, um zusätzliche, ausserhalb der Badeanstalten liegende Infrastruktur für Schwimmende (Einstiege, Treppen, Sand- und Kiesbereiche etc.) zu schaffen?
3. Sind bereits konkrete Projekte in Planung, welche Infrastruktur zum Baden und Schwimmen im Zürichsee beinhalten? Wenn ja, welche? Sind bei diesen auch ökologische Aufwertungen geplant?
4. Abschnitt Bellevue bis Utoquai: Während bei den Einfassungen der Bäume mit Holz schöne Sitzgelegenheiten geschaffen wurden, sind fehlende Steinplatten mit einem grünlich gefärbten Kiesgemisch (provisorisch wirkend) ausgebessert worden:
 - a. Wie ist der Zustand der Anlage? Wann steht die nächste (grössere) Sanierung an?
 - b. Gibt es bereits Sanierungspläne? Ist mit einer Renovation des Bestehenden oder mit einer allfälligen Neugestaltung zu rechnen?
 - c. Ist die Bereitstellung von zusätzlicher Infrastruktur für Badende und Schwimmende – beispielsweise Stege oder Flosse – in diesem Bereich grundsätzlich möglich?
5. Abschnitt Hafen Riesbach bis Strandbad Tiefenbrunnen: Zur Befestigung des (aufgeschütteten) Ufers wurden in weiten Bereichen ca. kopfgrosse Steine verwendet. Nur an wenigen Orten wurden diese in schmalen Bereichen von Hand etwas beiseite geräumt:
 - a. Wurde schon in Betracht gezogen, mehrere kleinere Badebuchten zu schaffen, indem diese Steine auf einer Breite von ca. 10 m bis 20 m durch Sand oder Kies ersetzt würden? Wenn ja, wann wird dies umgesetzt? Wenn nein, was spricht dafür bzw. dagegen?
 - b. Was wären die planerischen und ingenieurtechnischen Herausforderungen, um solche Badebuchten zu schaffen? Wie lange würde es von der Planung bis zur Realisierung dauern?
6. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass durch die Verlegung von Parkplätzen, welche direkt an die Promenade / Parkanlage angrenzen, Platz gewonnen werden könnte, um die Flanier- und Erholungsbereiche im Seebecken zu vergrössern? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, gibt es bereits Projekte?
7. Welche Pläne und Konzepte gibt es, um Nutzungskonflikten zwischen den angrenzenden Quartieren und den diversen Besuchern sowie Veranstaltungen entlang der Seepromenade entgegenzuwirken?

Mitteilung an den Stadtrat

4022. 2021/242

Schriftliche Anfrage von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 02.06.2021:

Illegale Partys im Gebiet Hasenrain, Feststellung der Aktivitäten vor Ort, Auswirkungen der Partys auf die Wildtiere, Ergebnisse der Personenkontrollen durch die Polizei und Angaben zu den Delikten sowie Massnahmen zur Verhinderung der illegalen Festivitäten

Von Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Müller (SVP) ist am 2. Juni 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 2021 trafen sich mehrere hundert Personen zu einer illegalen Party beim Hasenrain. Die ausgerückten Einsatzkräfte der Polizei wurden mit Flaschen und Steinen sowie mit Feuerwerk angegriffen. Es musste Gummischrot und Reizstoff eingesetzt werden. Neben Lärm und viel Abfall wurde offenbar ein Polizist verletzt und nur eine Person wurde festgenommen. «Partys» finden in letzter Zeit wieder vermehrt beim Hasenrain statt, welche tief in die Nacht dauern und zum Teil mit Feuerwerkskörper «begleitet» werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann hatte die Polizei erfahren, dass eine illegale Grossveranstaltung beim Hasenrain stattfindet? Wurde sie erst durch die lärmgeplante Anwohnerschaft darauf aufmerksam gemacht? Zu welchem Zeitpunkt war die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt?
2. Der Hasenrain scheint ein Hotspot für Openair-Partys zu sein. Werden keine regelmässigen Patrouillenfahrten vor Ort durchgeführt, um illegale Aktivitäten festzustellen?
3. Veranstaltungen im Wald sind melde- und bewilligungspflichtig. Sind im Jahr 2021 entsprechende Gesuche für das Hasenraingebiet und seine Umgebung für diesen Abend oder diese Nacht eingereicht worden? Wurden solche bewilligt und mit welchen Auflagen waren diese verknüpft?
4. Das Gebiet des Hasenrains ist mitten im Waldgebiet und viele Wildtieren haben zurzeit Nachwuchs. In der Hauptsetzzeit vom 1. Mai bis 30. Juni werden unter anderem Rehkitze geboren. Welche Auswirkungen haben solche Partyveranstaltungen für diese Tiere und deren Population?
5. Wie viele Personen befanden sich vor Ort? Wie viele davon wurden kontrolliert?
6. Wohnen diese Personen im Kreis 9 oder sind sogar Personen von ausserhalb der Stadt angereist? Welche Nationalitäten haben die kontrollierten Personen?
7. Wurden Wegweisungen ausgesprochen? Falls nein, weshalb nicht?
8. Konnten, neben der einen Person, die offenbar verhaftet wurde, weitere Personen eruiert werden, die Straftaten und Delikte begangen haben? Konnten Filmaufnahmen sichergestellt werden? Waren Bodycams im Einsatz? Falls nicht, warum nicht?
9. Offenbar werden an solchen Veranstaltungen auch immer wieder verbotene Substanzen konsumiert. Konnten Drogen sichergestellt werden? Wenn ja, welche Menge waren dies und um was für Drogen handelte es sich?
10. Was wird zukünftig unternommen, um solche illegalen Festivitäten zu verhindern?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

4023. 2019/494

BeKo RP SLÖBA/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Gabriele Kisker (Grüne)

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Brigitte Fürer (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

4024. 2020/111

SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Julia Hofstetter (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Roland Hurschler (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

4025. 2020/113

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Bührig (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 31. Mai 2021):

Julia Hofstetter (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

4026. 2021/53

Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:

Stadtmagazin unter vbzonline, Anzahl Zugriffe auf das Portal und auf die redaktionellen Beiträge, Angaben über die Kosten, die bisherige Entwicklung und die Zielgruppe sowie Hintergründe zum Betrieb des Portals und zur möglichen Weiterentwicklung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 470 vom 19. Mai 2021).

4027. 2021/104

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 10.03.2021:

Vergabe des Bauauftrags für den Fussgängerübergang Greencity-Wollishofen, Hintergründe zur Vergabe des Auftrags an eine ausserkantonale Firma, Beurteilung der Vergabekriterien bezüglich Nachhaltigkeit sowie Massnahmen zur Bewältigung ausserordentlicher Schneefallereignisse in Zusammenarbeit mit städtischen Betrieben

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 469 vom 19. Mai 2021).

Nächste Sitzung: 9. Juni 2021, 17 Uhr.